

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonienzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

- 1. Wahlkreis: Stadtverordneter Dr. Leo Arons, Berlin.
2. Wahlkreis: Geschäftsführer Richard Fischer, Berlin.
3. Wahlkreis: Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin.
4. Wahlkreis: Stadtverordneter Paul Singer, Berlin.
5. Wahlkreis: Arbeitersekretär Robert Schmidt, Berlin.
6. Wahlkreis: Schriftsteller Georg Ledebour, Zehlendorf bei Berlin.
Für Nieder-Barnim: Stadtverordneter Artur Stadthagen, Berlin.
Für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter Fritz Zubeil, Berlin.

Der Nutzen der Kolonien für die Arbeiter.

II.

Doppelt hält besser, denkt Dernburg, und so begnügt er sich nicht mit dem einen Beweis des Segens, den die Kolonien über den Arbeiter ausschütten. Er fügt ihm einen zweiten hinzu, und es geniert ihn recht wenig, daß beide zu einander nicht stimmen.

Einem wirklichen Nutzen an den Kolonien haben bisher nur die Industriearbeiter gehabt, welche ja jetzt die Kolonialpolitik in Wausch und Bogen verdammten wollen. Von jenen verrechneten 700 Millionen Mark, die Deutschland für seine Kolonien ausgegeben hat, ist sicher mehr als die Hälfte, wenn nicht drei Viertel als Arbeitslohn in die Hände der Industrien gegangen und hat direkt die Arbeitsnachfrage vermehrt und auf die Löhne eingewirkt.

Ist das richtig, dann kann man nur bedauern, daß nicht der zehnfache Betrag für die Kolonien ausgegeben wurde. Jehtmal mehr Lohn wäre gezahlt, die Arbeitsnachfrage zehnfach gesteigert worden!

Wir wollen hier nicht die Berechnungen unseres ersten Artikels wiederholen, die zeigen, daß die Kosten der Kolonialpolitik mit 700 Millionen zu gering angesetzt sind und daß vom Wert einer Ware der Arbeitslohn in der Regel nicht drei Viertel, sondern im Durchschnitt viel weniger, vielleicht nur ein Fünftel ausmacht. Bleiben wir bei den Zahlen Dernburgs, fragen wir bloß: Woher kommen die 700 Millionen?

Das Lieb, das Dernburg hier zum besten gibt, ist bloß eine Variation der alten Kinderfibel-Ökonomie, wonach es den Arbeitern um so besser geht, je mehr die herrschenden Elemente als Privatleute und durch den Staat verschwendend. Um so mehr Geld komme unter die Leute. Diese samose Ökonomie fragt nicht, woher das Geld stammt, das aus den Händen der Reichen und den Kassen des Staats unter die „Leute“ kommt. Ist es in diesen Händen und Kassen gewachsen oder vom Himmel hineingefallen? Nein, diese Werte mußten zuerst geschaffen werden durch Arbeiter und dann wurden sie diesen in verschiedenen Formen, als Profit, Steuer und dergleichen abgenommen. Glaubt man, daß diese Werte als Geld nicht unter die „Leute“ gekommen wären, wenn man sie den Arbeitern nicht abgenommen hätte? Nein, die Arbeiter hätten dies Geld mindestens ebenso sicher ausgegeben, wie die Reichen und der Staat, die es ihnen abknöpfen. Es hätte vielleicht ebenso viele Arbeiter ernährt, als es in der Form von kapitalistischer Revenue oder Steuer ernährt. Nicht der Grad sondern die Art der Arbeitsnachfrage wird dadurch bestimmt. Es werden im ersteren Falle Arbeiter beschäftigt, die wieder für die Arbeiter arbeiten, die die Genußmittel oder Lebensmittel der Arbeiterklasse vermehren; im zweiten Falle Arbeiter, die für den Staat oder die Reichen arbeiten oder auch nur unnütz paradiere. Im ersten Falle werden vielleicht mehr Häuser und Wäcker und Schuster beschäftigt, im zweiten mehr Bediente, Stallknechte, Soldaten und Hölige.

Welche Art „Arbeiter“ sind es nun, denen der größte Teil des Geldes zufließt, das sich

die Arbeiter Deutschlands von ihrem Konsum an Brot und Fleisch, an Büchern und Kleidern abzwacken müssen, um die Kosten der Kolonien zu decken?

Da haben wir zunächst die Kolonialbeamten, die Hängepeters und die Jeskos mit ihren Cousinen. Deren „Arbeitsnachfrage“ mag wohl gesteigert, deren Löhne mögen erhöht worden sein. Aber zu den deutschen Industriearbeitern zählen sie nicht.

Dann kommen alle die Lieferanten, nicht bloß von deutschen Industrieprodukten, nein, von amerikanischen Konserven, afrikanischen Pferden, indischem Reis — die Arbeitslöhne dafür gehen auch nicht in die Hände deutscher Industriearbeiter. Den Löwenanteil gewinnen vielmehr ausländische Agrarier und deutsche Wiedermänner, die wissen, wo Warthel den Post holt. Der Fall Lippelskirch ist nur eine zufällig bekannt gewordene Stichprobe, die ahnen läßt, welche Korruption in den Kolonien herrscht und wie der Staat dort geprellt wird, wo jede Kontrolle so viel schwerer ist und wohin man am liebsten Elemente abschleibt, die man in Deutschland gern los wäre. In keinem Zweige des deutschen Kapitalismus werden höhere Profite zu finden sein wie in dem der Lieferungen für die Kolonien — kein Wunder, daß das Kapital so begeistert für sie ist!

Dann aber wird das den deutschen Arbeitern abgenommene Geld dazu benutzt, Arbeitslöhne an Soldaten zu zahlen, weiße und farbige. Der weiße Mann hält in dem tropischen Klima nicht lange aus. Wir wissen, wie selbst in Südwestafrika, das noch die gesündeste der deutschen Kolonien darstellt, unsere deutschen Truppen vom Typhus dezimiert werden. Man zieht es daher vor, wo man kann, Eingeborene als Werbepolizisten anzuwenden. Was von jeder Werbepolizei gilt, ob sie aus Weißen oder Farbigen rekrutiert werde, gilt auch von dieser. Es sind die vielfach schlechtesten Elemente, die sich da als freiwillige Soldaten verkaufen, und die Erziehung in der Kaserne trägt nicht dazu bei, sie zu heben. Zur ursprünglichen Rohheit der Barbarei fügen sie dort alle Laster der Zivilisation, so daß sie schließlich die abstoßendsten Seiten beider ohne eine ihrer Lichtseiten vereinigen. Diese Söhne bilden die vornehmsten Werkzeuge unserer Kolonialpolitik bei der Verbreitung jener höheren Sittlichkeit in den Kolonien, von der Dernburg vor seinem ethischen Publikum so eifrig schwärmte.

Die Arbeitsnachfrage nach diesen edlen Elementen ist, dank den 700 oder 1500 Millionen, die wir in unsere Kolonien gesteckt, stark gewachsen und ihre Löhne sind erheblich gestiegen. Aber zur deutschen Arbeiterschaft gehören diese Elemente glücklicherweise nicht.

Natürlich verbrauchen die Kolonialbeamten und die Schutztruppen auch deutsche Produkte. Allerdings eigener Art. Von den 20 Millionen Mark Einfuhr in Südwestafrika aus Deutschland entfielen 1905 auf Bier 2 Millionen, Branntwein 1 1/2 Millionen, Wein und Champagner 1/2 Million Mark; also ein Fünftel der Gesamteinfuhr auf Alkohol. Waren aber diese 20 Millionen Mark in den Taschen der deutschen Arbeiter geblieben, so wären sie ebenfalls für deutsche Produkte ausgegeben worden, wenn auch in geringerem Maße für Alkohol. Diese Produkte hätten dann aber deutsche Arbeiter nicht bloß produziert, sondern auch konsumiert, nicht Kolonialbeamte und weiße und farbige Soldaten und Händler in Afrika.

Unser Bankdirektor sieht in den Arbeitern freilich nur die Produzenten, nicht die Konsumenten. Er meint, sie müssen glücklich sein, wenn sie arbeiten dürfen. Ob sie das, was sie erzeugen, auch selbst verbrauchen oder ob es von anderen verbraucht wird, ist ihm gleichgültig. Aber den Arbeitern nicht.

Neben den schon erwähnten Elementen gibt es endlich auch wirkliche Arbeiter in den Kolonien, die von dem Gelde, das für diese ausgegeben wird, Löhne beziehen. Aber deutsche Arbeiter sind darunter fast so selten wie weiße Raben. Das tropische Klima macht für die Weißen jede schwere Arbeit zu einer mörderischen. Beim Bahnbau in Südwestafrika wurden nicht Deutsche verwendet, sondern Italiener; aber auch die rissen aus.

Die vornehmste Arbeitskraft bildeten bisher in unseren Kolonien die Eingeborenen. Das gilt auch für Südwestafrika. Man schwärmt uns von dem Metallreichtum dieses Landes vor. Er ist noch recht problematisch. Aber wenn er selbst so reiche Bergwerke ermöglichte wie im britischen Südafrika, welchen Vorteil hätten die Arbeiter davon? Die englischen Bergarbeiter finden keinen Platz in jenen Bergwerken, für die England einen so blutigen und kostspieligen Krieg geführt hat. Und das gleiche gilt für Südwestafrika.

Um Stimmung zu machen, veröffentlichten jüngst zwei edle Seelen, die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ und das „Berliner Tageblatt“, einen Bericht der südafrikanischen Minengesellschaft über die Otaviminen, der, wie jeder Bericht einer Aktiengesellschaft, den man für die Börse bestimmt, alles im rosigsten Lichte sieht. Das gehört zum Geschäft, wie jedenfalls auch unser Bank- und Kolonialdirektor recht wohl weiß. Da heißt es unter anderem von der Zumebergube, es seien dort beschäftigt circa 80 Weiße und 519 Schwarze, Hereros, Damabos und andere. Also bloß als Beamte und Antreiber, nicht als Arbeiter kommen die Weißen in den Minen Südwestafrikas in Betracht.

Run hat unsere weiße Kolonialpolitik dort freilich die schwarzen Arbeitskräfte möglichst ausgerottet. Sollten aber trotzdem und trotz aller natürlichen Hindernisse die Kolonien sich etwas heben, was nicht sehr wahrscheinlich ist, dann werden unsere Kolonialpolitiker und Kapitalisten das Beispiel des britischen Südafrika nachahmen und Chinesen importieren. Die Arbeitsnachfrage nach diesen zu steigern ist unsere Kolonialpolitik vortrefflich geeignet. Tatsächlich denkt man in den deutschen Schutzgebieten an die Einfuhr von Chinesen und hat in Samoa bereits damit begonnen. Um Arbeitslöhne für Chinesen zu schaffen, werden die Arbeitslöhne der deutschen Arbeiter besteuert bis zu einem Betrage von 80 Millionen pro Jahr.

Das ist der Segen, den die Kolonien dem deutschen Proletariat bringen!

Wenn sich dabei die deutschen Arbeiter nur damit krösten könnten, daß sie mit ihrem Gelde eine Pflicht internationaler Solidarität erfüllten, daß sie den Hottentotten und Chinesen zu einer Hebung ihrer Lebenslage verhülften. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Hottentotten wären glückliche Menschen, wenn das deutsche Volk für Südwestafrika kein Geld übrig gehabt hätte. Hunderte von Millionen hat man verschleudert, um ein paar hundert Hottentotten zu expropriieren und zu zwingen, als Schuldklaven oder Kriegsgefangene Hörige ein trübseliges Dasein zu fristen.

Und der Chinesen, die teils durch Unwissenheit, teils durch direkten Zwang getrieben werden, die Kontraktklaverei auf sich zu nehmen, harret ein menschliches Los. Dank ihrer Hilflosigkeit werden sie so geschunden, daß sie erschreckend dahinstarben und nur die wenigsten ihren Kontrakt überleben.

Das deutsche Proletariat sorgt nicht bloß für seine eigenen Interessen am besten, wenn es die Ausgaben für die Kolonien verweigert, sondern auch für die deutschen Soldaten dort, denn es fordert nicht, daß sie hilflos unten bleiben, sondern daß sie schleunigst von einem ebenso unwürdigen wie aufreibenden Dienst entlastet werden. Und es sorgt damit auch für die schwarzen

und gelben Arbeiter, die ein Aufhören unserer Kolonialpolitik vor entscheidlicher Knechtschaft bewahren würde.

Gerade diese Knechtschaft der Arbeiter in den Kolonien, das ist es aber, was unsere Kapitalisten für diese so begeistert. Hier in Europa ist das Proletariat in stetigem Fortschreiten begriffen. Trotz aller staatlichen Unterdrückung, aller Unternehmerverbände, aller Verdrückungen seiner ökonomischen Lage wachsen seine Organisationen, wächst seine Klarheit und seine Geschlossenheit und damit auch seine Macht, weiß es die Kapitalisten immer mehr zur Anerkennung seiner Ebenbürtigkeit zu zwingen.

Aber gleichzeitig erstet ein neues Paradies des Kapitalismus in den Kolonien mit ihren schwarzen und gelben Arbeitern. Das sie in Deutschland erscheinen, in den Kolonien finden sie es in Fülle: völlige politische Rechtlosigkeit der Arbeiter. Kein Wahlrecht, kein Koalitionsrecht. Der Kapitalist als Gott geachtet, jeder Arbeiter, der sich vor ihm nicht beugt, als Verbrecher behandelt, jede gemeinsame Arbeitsverweigerung zur Rebellion gestempelt und mit dem Tode bestraft.

Dies Kapitalistenparadies aufs schnellste auszubauen, dort ein Neudeutschland zu schaffen ohne Sozialdemokratie, mit vollster Diktatur des Kapitals, das ist jetzt der heiße Drang, der unsere Kapitalistenklasse befeuert und für unsere Kolonialpolitik begeistert.

Wägen sie freisinnig oder nationalliberal oder konservativ sein, sich am „Simplizismus“ vergnügen oder am „Reichsböten“, sie schwärmen alle für Dornburg. Und unsere bürgerlichen Gelehrten, die trotz aller ethischen Kläusen ein so tiefes Verständnis für kapitalistische Plussmacherie haben, sie jubeln ihm zu und ersticken ihr kritisches Gewissen dem Bankdirektor gegenüber, das eifert Karl Marx gegenüber so regt sie.

Das alles ist sehr wohl begründet. Aber eine ungläubliche Dummheit ist es, zu glauben, man könnte das deutsche Proletariat überreden, diese Kolonialpolitik mitzumachen, daß es selbst das Geld zu dem Stride herbeige, an dem es gehängt werden soll.

Die Solidarität des Proletariats ist international, dank der Internationalität der kapitalistischen Konkurrenz. Je gedrückter, abhängiger, billiger die Proletarier des Auslandes, desto schwerer für die Proletarier des eigenen Landes, Freiheit und Wohlstand aufrecht zu erhalten oder zu erringen.

Wir verfechten unsere eigenen Interessen, wenn wir die schwarzen und gelben Arbeiter in Neudeutschland verfechten. Und darum gilt es, am 25. Januar dieser Kolonialpolitik, die ein neudeutsches Sklavenreich mit dem Gut und Blut des deutschen Proletariats aufrichten will, eine zerstückelnde Niederlage zu bereiten.

Wahlkampf.

Die konservativen Wahlrechtsfeinde.

Die „Post“ ruft zur Belämpfung „sozialdemokratischer Wahlmöglichkeiten“ auf, die sie frecher Weise erfindet. Unerschämmt läßt sie darauf los, daß „zahlreiche“ sozialdemokratische Wahlmöglichkeiten im Jahre 1903 vorgekommen seien. Dann kommt sie abermals auf die von uns schon zur Genüge abgetane Meldung vom großen „Wählerstich“ in Leipzig zurück. Eine Erwiderung auf diese niedrigen Anschüsse lohnt sich nicht. Amageln aber muß man folgende Schlussfolgerung:

„... so sollte dem in Zukunft mit einer zeitlichen Begrenzung der Aufnahmefähigkeit für Erlangung des Wahlrechtes in einem Wahlkreise begegnet werden. Diese Maßregel, welche in vielen anderen Staaten besteht, sollte auch im Deutschen Reich getroffen werden, zumal sich durch die sozialdemokratischen Manipulationen die Abwägung der Wahlrechte herabgesetzt hat. Die Ergänzung des Wahlgesetzes nach dieser Richtung hin sollte eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein.“

So fordert das konservative Organ mitten im Wahlkampf ganz ungeniert zur Wahlentziehung des Proletariats auf! Nach dem „Reichsböten“ die „Post“!

Is eine schärfere, eine frechere Herausforderung der Arbeiter und der kleinen Leute denkbar?

Verächtlich wäre das Volk, das auf solche Herausforderung nicht die gebührende Antwort fände!

Regierungs-Wahlagitiation.

Aus Dresden wird telegraphiert:

Das amtliche „Dresdener Journal“ meldet: Angesichts der Freisprechungen über eine Forderung des sächsischen Landtagswahlrechtes haben wir an maßgebender Stelle, Erfindungen einbezogen und können auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen, daß ein Entwurf des neuen Wahlgesetzes für die Zweite Kammer der Ständeversammlung in der Zeit bereits vorliegt und in seinen wesentlichen Grundlagen auch im Schoße der Regierung Annahme gefunden hat. Der Minister des Innern Dr. Graf v. Hohenhausen und Bergen hält an der von ihm wiederholt ausgesprochenen Absicht bedingt fest, den Entwurf des neuen Wahlgesetzes dem Landtage so bald wie möglich, d. h. so gleich bei dessen im Herbst zu erwartenden Zusammenzutreten zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses Meldung bringt auch die „Leipziger Zeitung“ in Leipzig. Diese hochhoffiziale Erklärung hat offenbar den Zweck, die Empörung der großen Masse des sächsischen Volkes über den Wahlrechtszustand von 1896 und über die Verweigerung jeder wirklichen Wahlrechtsreform zu befähigen, und so das Resultat der Reichstagswahlen zu verbessern. Indes ist die Ankündigung der amtlichen Blätter so nebelhaft, daß sie im Lande vertieft wenig Eindruck machen wird. Wie die Wahlrechtsänderung aussehen wird, das ist nämlich die Hauptfrage darum und über diese Hauptfrage sagt die Meldung — nichts! Die sächsischen Wähler aber haben noch nicht vergessen, wie das „Reformprojekt“ des verlassenen Ministerpräsidenten v. Wegmann aussah, wie wenig von Reform in diesem Projekt steckte, wie es mehr eine Verhöhnung, denn auch nur eine teilweise Erfüllung der Volksforderungen war und wie selbst dieser Wechselbalg den herrschenden Konservativen noch zu weitgehend war. Will die sächsische Regierung Eindruck machen mit ihrer Ankündigung, so wird sie schon in unmissverständlicher Weise die Grundzüge ihrer geplanten Wahlrechtsänderung angeben müssen. Tut sie dies nicht, so wird das sächsische Volk aus dieser Tatsache schon seine Schlüsse ziehen können.

So wertlos indes die Meldung der sächsischen Regierungspresse an sich ist, sie ist doch wertvoll als ein Symptom. Als Anzeichen des bösen Gewissens, als ein Zeichen der Angst vor den Wirkungen der Wahlrechtsverweigerung. Die Stundgebung ist gewissermaßen der Versuch einer Entschuldigung dafür, daß das Dreiklassenunrecht noch nicht beseitigt ist.

In Sachsen empfindet man also das Bedürfnis nach einer solchen Entschuldigung für den Fortbestand der Dreiklassenwahlrecht. Und in Preußen? In Preußen empfindet man in den herrschenden Kreisen nichts dergleichen! In Preußen ist die brutale Wahlrechtsverweigerung das Zeichen, in dem wir stehen, und keiner der Herrschenden hält es für nötig, daran auch nur ein Strichlein zu ändern. Das preussische Volk soll „patriotisch“ stimmen und das Dreiklassenunrecht stillschweigend weitertragen! Es soll sich eignen für die „nationale Ehre“ in

Südwestafrika, und der Schmach, die ihm in Preußen angetan wird, vergessen!

Preußens Wähler, merkt's Euch! Weht die Luftung am Wahltag!

Die Gegner an der Arbeit.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß dort eine Sammlung für einen nationalen Wahlbundes eingeleitet worden ist, deren Ertragnis dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zugute kommen soll. Geplant ist die Unterstützung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie; auch andere Wahlverbände, z. B. gegen das Zentrum gerichtete, sollen unterstützt werden. Die mit einem Aufruf veröffentlichte erste Sammlung ergab 10 000 M.

Die Gegner machen, wie auch diese Meldung wieder erweist und sonst noch viele Anzeichen beweisen, fieberhafte Anstrengungen, um die Sozialdemokratie zurückzuwerfen. Dieser Wahlkampf wird schärfer als alle vorhergehenden; wir werden damit zu rechnen haben, daß den Gegnern eine Mobilisierung größerer Scharen von Indifferenten, von solchen, die bislang Nichtwähler waren, gelingen wird. Die Sozialdemokratie wird deshalb alle Kräfte aufbieten müssen; den wachsenden Anstrengungen der Gegner muß kräftigere, gesteigerte Arbeit unserer Partei entgegengelegt werden; von den Scharen der Nichtwähler muß der Sozialdemokratie der größere Teil zugeführt werden!

„Freie Liebe“ und Zentrumskern.

Aus Baden schreibt man uns: Die katholische Geistlichkeit ist in ihrem politischen Uebermuth etwas gedemüthigt worden durch die Nachricht, daß der Pfarrer Pfister von Schwenningen (Seckreis) seine Beleidigungslagen gegen die sozialdemokratische und blodliberale Presse nunmehr zurückgezogen hat. Die Enthüllungen aus dem katholischen Pfarrhause, welche die „Frankf. Ztg.“ im vorigen Herbst nach einem Artikel des Konstanzer Demokratienblattes in die weiteste Öffentlichkeit brachte, bewiesen wieder einmal, in welche sittlichen Gefahren die katholische Geistlichkeit durch das Jökilb gerät. Im Anschluß an die körperliche Mißhandlung seiner pfarrhörtlichen Haushälterin erhob diese und eine andere Weiblichkeit gegen den Pfarrherrn Vorwürfe, die geeignet waren, den konfessierten Herrn in seinem Amte unmöglich zu machen. Die agitierende Zentrumsgestaltlichkeit, die immer wieder mit der „freien Liebe“ nach dem Gladbacher Diktat gegen die Sozialdemokraten politische Wahlgeschäfte betreibt, stand einer unangenehmen Enthüllung gegenüber. Der Versuchungsversuch durch eine Einschüchterung der Presse mittels Strafandrohung ist nun mißlungen. Alle Klagen sind vom Pfarrherrn zurückgezogen. Unangenehm kommt dem wahl-agitatorischen Klerus auch die neueste Kunde, daß der katholische Pfarrer von Kirchdorf im Seckreis kündigt wurde, als der Staatsanwalt eine Untersuchung gegen ihn einleitete wegen unrichtiger Beschäftigung mit unerwünschten Mädchen. — Von diesen Vorwürfen teilen die geistlich redigierten Zentrumsklätter ihren Lesern gewöhnlich nichts mit. Es handelt sich eben nicht um Vergehen gewöhnlicher Sterblicher.

Armut entrechtet!

Wir lesen in unserem Ludwigschafener Parteiorgan, der „Fälz. Post“:

„Annähernd 800 Personen können in Ludwigschafen am 25. Januar von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, weil sie im Laufe des letzten Jahres Armenunterstützung bezogen haben oder eine solche noch beziehen. Diese im Verhältnis zu der Einwohnerzahl Ludwigschafens, — nach der letzten Volkszählung einschließend der beiden Vororte Mundenheim und Freienheim 72 888 Seelen — erschrecklich hohe Zahl derjenigen der Vermittler der Armen, denen es nicht möglich ist, den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen aus eigener Kraft zu bestreiten, also auf die Wohlthätigkeit ihrer Mitmenschen und auf die Unterstützung aus gemeindlichen Mitteln angewiesen sind, diese Zahl ist eine fürchterliche Anklage gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung und gegen die herrschenden Klassen, die diese Ordnung als etwas Heiliges, Unabänderliches darzustellen lieben.“

Die württembergische Demokratie im Reichstagswahlkampf.

Stuttgart, 12. Januar. (Eig. Ber.)

Im „Vortwärts“ vom 6. Januar berichtet wir über die ebenso unerwartete wie auch unmotivirte Rechtschwenkung der württembergischen Volkspartei.

Diese Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie, mit der man bei den Landtagswahlen verbunden gewesen, war natürlich nur möglich durch den Abschluß eines Bündnisses mit den soeben noch aufs heftigste belämpften Nationalliberalen.

Der Abschluß ist auch erfolgt, aber es zeigt sich immer deutlicher, daß die Volkspartei dabei in jeder Beziehung die Heereingefallene ist. Zunächst können die Nationalliberalen sich schon gar nicht auf eine so enge Freundschaft mit der Volkspartei einlassen, weil sonst der Vauerubund dafür Rache an ihnen nehmen würde. So lag z. B. der Volkspartei außerordentlich viel daran, für die von ihr zugunsten der Kandidatur Friedrich Raumanns in Heilbronn betriebene „Sammlung aller Liberalen“ auch die Nationalliberalen zu gewinnen. Diese tun aber nicht mit, sondern haben ihre Anhänger aufgefodert, für den Vauerubund Dr. Wolff zu stimmen. Damit ist das Schicksal der Kandidatur Raumanns, die jetzt nur noch als eine einseitig-volksparteiliche bezeichnet werden kann, besiegelt und es wird nach menschlichem Ermessen unser Kandidat Landtagsabgeordneter Feuerstein mit Dr. Wolff in die Stichwahl kommen.

Trotz dieses Streiches, den die Nationalliberalen der Volkspartei in Heilbronn spielten, fällt sich diese immer noch veranlaßt, die nationalliberale Kandidatur Hieber in Cannstatt positiv zu unterstützen, obgleich Hiebers politische Haltung namentlich in der Handels- und Wirtschaftspolitik als eine wachsende agrarische bezeichnet werden muß, und im Wahlkreise Stuttgart, wo die Nationalliberalen den baugewerblichen Schachmacher Hauher aufgestellt haben, diesem keinen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Des weitern unterstützt die Volkspartei in Ehlingen positiv den nationalliberalen Prof. Weyel, von dem ein im „Schwäbischen Merkur“ über eine seiner Wahlreden gegebener Bericht sagt: „Er entwickelte in vorzüglicher Weise seine Grundzüge, auf welche sich die Deutsche Partei (d. i. Nationalliberale), der Bund der Landwirthe und die Volkspartei gut vereinigen können.“ Danach muß ja dieser Professor ein ganz hervorragendes politisches Weisheit sein!

Was die Volkspartei für diese Liebedienste von den Nationalliberalen als Gegenleistung erhält, ist von geradezu beschämender Geringsfügigkeit. Die Nationalliberalen haben zugelagt, die Kandidaturen Bayer in Reutlingen, Konrad Haushmann in Vödingen und Wieland in Göppingen zu unterstützen. Die Situation Vödingen wäre aber in seinem Wahlkreise auch ohne den Abschluß des Bündnisses kaum ungünstiger gewesen, und in bezug auf Konrad Haushmann wäre die Volkspartei klüger gewesen, wenn sie, statt mit den Nationalliberalen zu partiiern, bei der Sozialdemokratie für den ziemlich sicheren Fall der Stichwahl mit dem Zentrum um gut Wetter gebeten hätte. Die Kandidatur Wieland in Göppingen ist schließlich nur dem Namen nach eine volksparteiliche, und die Nationalliberalen konzentrieren in Wirklichkeit mit der Unterstützung dieses Hurratrioten in politischer Beziehung nicht das geringste.

Gegenüber der Volkspartei es sich bieten lassen, daß ihrem bisherigen Abgeordneten Storz in Ulm von den Nationalliberalen und Vauerubundlern ein gemeinsamer Gegenkandidat entgegengestellt wird, obgleich doch Storz jener bekannte Flotten- und Kolonialist ist, der nach seiner Teilnahme an der Studienfahrt nach Kamerun so entkünstliche Berichte darüber veröffentlichte. Daß die Nationalliberalen ferner in Heilbronn den Agrarier gegen Raumann unterstützen, wurde schon erwähnt.

Ebenso unterstützen sie in Böblingen den Agrarier gegen den volksparteilichen Kandidaten Leo, obgleich dieser noch vor wenigen Wochen Mitglied der nationalliberalen Partei gewesen ist, sowie gleichfalls die Agrarier in den Kreisen Hall und Gerabronn, obgleich die Volkspartei in letzterem Wahlkreise den früheren Abg. August aufgestellt hat, der in bezug auf Schutzzölle bedenklich agrarisch aufgehaucht ist.

Aus alledem geht hervor, daß die Volkspartei bei den für die Reichstagswahl getroffenen Verabredungen in jeder Beziehung die „laderte“ sein wird. Das wird auch in volksparteilichen Kreisen immer deutlicher eingesehen und kommt z. B. in einem am 11. Januar von der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichten Artikel zum Ausdruck, in dem es heißt, das Verhalten der Nationalliberalen zeige, wie dünn das nationale und wie zerfallene das liberale Feigenblatt der Nationalliberalen sei. Es zeugt aber von keiner erheblichen politischen Einsicht, wenn das von der Volkspartei erst jetzt begriffen wird, wo es zu spät ist.

Im übrigen treten immer mehr Anzeichen dafür auf, daß die volksparteilichen Wähler das verdräterische und verberbliche Spiel ihrer Leitung nicht mitmachen werden. In einer Reihe örtlicher Organisationen der Volkspartei, wie Wödingen, Jüssenhausen und anderen, ist von führenden Persönlichkeiten bereits ausgesprochen worden, daß die Rechtschwenkung der Volkspartei einen Treubruch gegen die Sozialdemokratie, mit der man soeben gemeinsam gekämpft habe, bedeute und daß die Wähler daher der Parole ihrer Parteileitung nicht folgen wollen. Unter diesen Umständen kann die Sozialdemokratie die Entwicklung der Dinge in Ruhe abwarten.

Aus der Wahlbewegung in Franken.

Der Kolonialklub weist in Franken einige kleine Risse auf. Vollständig zustande gekommen ist er eigentlich nur in Unterfranken. Dort wird die Parole: „Alles, was nicht schwarz oder rot ist, einig gegen Zentrum und Sozialdemokratie!“ befolgt. In den fast ganz agrarischen Kreisen Röhlingen, Kuchstadt a. S. und Lohr wählen die Liberalen aller Nuancen die bündlerischen Kandidaten, während in den Kreisen Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg, wo auch die Industrie eine gewisse Rolle spielt, die Wähler für die liberalen Kandidaten stimmen. In Ober- und Mittelfranken dagegen sind die „Verteidiger der nationalen Ehre“ gespalten. Die Bündler und Konservativen fühlen sich als „deutschgesinnte Parteien“ in ihrer Ehre gekränkt, weil die Liberalen in jedem Kreise ihre Kandidaten aufstellen, ohne sich vorher mit den anderen Parteien ins Einvernehmen zu sehen, und sie dann den letzteren zur gefälligen Annahme präsentieren. Sie stellen deshalb eigene Kandidaten auf, so in Bayreuth, Kulmbach, Fürth, Bamberg usw. In Nürnberg haben sich aus dem gleichen Grunde die Mittelständler abgetrennt, zu denen sich die Konservativen gesellen haben. Der Liberalismus ist über diesen „Verrat“ am Würgerthum sehr erbost.

Im Wahlkreise des Fischthun-Zerschneidens.

Im Wahlkreise Essen hat die Wahlbewegung mit aller Kraft eingesetzt. Eröffnet wurde der Kampf, wie üblich von unserer Seite, mit einer überfüllten Versammlung in der Genosse Due-Vochum sprach. Die Wahlarbeiten werden mit großem Eifer betrieben. Unsere Versammlungen sind ausnahmslos sehr stark besucht und die Stimmung besonders im Stadtkreise Essen berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Von unserer Partei ist wiederum Genosse G e w e h r - E l b e r f e l d als Kandidat aufgestellt. Für das Zentrum laudiert wieder der bisherige Abgeordnete des Kreises Giesbert. Die nationalliberale Partei hatte Mühe, einen Durchfallkandidaten zu finden. Nachdem die Herren Rechtsanwält Riemeyer, Krupp von Bohlen und Halbach, und Dr. Wiedfeld abgelehnt, haben sie den Postwartheier Ernst Wiedenhoff auf den Schild gehoben. Herr Wiedenhoff ist eine in Essen fast gänzlich unbekannt Persönlichkeit. Sehr angebracht war deshalb ein Flugblatt der Nationalliberalen, das den Titel führte: „Wer ist Ernst Wiedenhoff?“ Auch sonst lassen die „Nationalen“ sich die Wahl einen gehörigen Dagen Geld kosten; geben sie doch — da die Stadt keine Wählerlisten drucken läßt — auf eigene Kosten Wählerlisten heraus, um am Wahltag den Schlepperdienst organisieren zu können. Dieses alles wird indessen nicht verhindern können, daß die Stimmzahl noch mehr zusammenschmilzt wie 1905. Die Nationalliberalen haben in Essen ausgespielt. Das Vergnügen einer eigenen Kandidatur leisten sich diesmal die Freisinnigen, die seit Jahren mit den Nationalliberalen zusammengehängen. Sie erforschen den Vektor Linden. Herr Linden ist natürlich ein „entschieden“ liberaler Mann. Wie verlautet, ist außerdem noch der Allermittelständlerkandidat christlich-antimilitärischer Couleur, Herr Franz Behrens aufgestellt. Wegen der bekannten Vorgänge in Essen steht das gesamte organisierte Proletariat Deutschlands mit gespannter Aufmerksamkeit nach Essen. Die hiesigen Genossen werden den 25. Januar zu einem Ehrentage machen.

Wahlbewegung in Pommern.

Im Wahlkreise Randow-Greifenhagen ist der Wahlkampf ein recht erditterter geworden. Die Konservativen wollen diesen Kreis mit der kleinen Majorität durchaus wiedergewinnen. Alle Städte und Dörfer werden von den Agenten der Konservativen, des Reichsverbandes, des Bundes der Landwirthe, des Flottenverbund und einer Anzahl Pastoren mit allerlei Agitation heimgesucht.

Ein Duzend verschiedene Flugblätter hat man schon verbreitet, von welchen eins das andere an Lügen und Verdrückungen gegen unsere Partei übertrifft. Doch lassen sich die Arbeiter dieses Kreises dadurch nicht irre machen; es ist ihnen vielmehr ein Ansporn, dem Gegner diese Waffe aus der Hand zu schlagen. In den Versammlungen des Bundes der Landwirthe sollen alle Anwesenden vor Beginn der Versammlung das schöne Lied „Heil dir im Siegerkranz“ singen. Wer das nicht will oder kann, muß die Versammlung verlassen, denn nach der Meinung des Referenten muß jeder gute Deutsche dieses Lied kennen. Und doch muß der Referent alle Abend allein singen, weil die noch übrigbleibenden Königstreuen Bauern nur die Drummstimme singen können.

Unsere Genossen sind auf dem Posten, wo es geht, treten sie dem Gegner entgegen und widerlegen seine falschen Angaben über das angebliche herrliche Afrika und die nach seiner Meinung nicht vorhandene Fleischnot. Gewöhnlich wird dann die Versammlung schnell geschlossen.

Unsere Versammlungen waren in allen Städten und Dörfern auf das erfreulichste besucht, 500—800 Besucher in den Industriekreisen, 100—200 Besucher auf den Dörfern ohne Industrie. In Grabow sprach Genosse Singer vor 3000 Personen. Eine Stunde vor Anfang wurde abgesperrt. 1000—1500, welche keinen Platz fanden, mußten umkehren.

In allen Versammlungen waren die Frauen stark vertreten und gaben ihre lebhafteste Zustimmung zu den Protesten gegen die Fleischsteuerung.

Der Kandidat des Kreises, der Genosse Körstgen, hat seit Weihnachten in 20 Städten und Dörfern Versammlungen abgehalten und überall den besten Empfang gefunden. In allen Orten gab man das Versprechen ab, dafür sorgen zu wollen, daß der Kreis nicht wieder an die Konservativen zurückfalle.

In einer zweiten Durchreise im Kreise werden sich sechs Berliner Genossen beteiligen, um in den letzten acht Tagen noch einmal dahin zu gehen, wo für unsere Partei Säle zu haben sind.

Wahlkampagne in Hamburg und den Nachbarkreisen.

In Hamburg weht ein frischer, frohlicher Wind in der Wahlbewegung. Wenn wir vor acht Tagen berichteten, die von unserer Partei emporgerufenen Wählerversammlungen seien sämtlich fast besucht, zum größten Teil überfüllt, so läßt sich von den in der vergangenen Woche stattgehabten nur noch das letztere konstatieren. In fast all diesen Versammlungen, deren Zahl nicht geringer war, kam es zu lebhaften, aber streng sachlich verlaufenen Auseinandersetzungen mit den Vertretern des „entschiedenen“ Liberalismus, die sich freuten, vor solch imposanten Versammlungen sprechen zu dürfen. So sagte in einer Riesensammlung für den dritten

Hamburger Wahlkreis im Stadtteil Rotenburgsort der Kandidat der Neuliberalen, Dr. Brabant, ein Sohn des früheren Oberstaatsanwalts und späteren Senators von Hamburg, er sei in einer Wählerversammlung des nationalliberal-reaktionären Rischmasch's gewesen, wo man ihm nur Anfragen gestatten wollte. Solche Versammlungen sollte man überhaupt nicht besuchen. Die ganz andere sei es doch in den sozialdemokratischen Versammlungen! Freunde habe es ihm bereitet, wie er sich mühsam einen Weg zur Bühne habe bahnen müssen. Soweit seien die Liberalen noch nicht vorgeschritten; solche Wählerversammlungen vermöchten sie nicht aufzuweisen. Aber, Herr Doktor, dann werden Sie doch Sozialdemokrat! Tief eine Stimme aus der vieltausendstimmigen Menge. Dr. B.: Mein, das Geschäft ist nicht zu machen. — Trotzdem sind diese entschiedensten Liberalen in bezug auf das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unsichere Kantonsisten. Sie wollen es wohl für den Reichstag bestehen lassen, halten es aber vorläufig für das Landesparlament für inopportun, weil dann die Massen regieren würden. Mit anderen Worten: So lange die Arbeiter sich nicht zum entschiedenen Liberalismus zurückgemauert haben, müssen noch die Privilegierten wählen bestehen bleiben unter Wiederherstellung des früheren Zensuswahlrechtes für die allgemeinen Wahlen, bei dem es der Arbeiterschaft im günstigsten Falle möglich gewesen wäre, einige 40 Mandate von 160 zu beziehen. Das alles wird diesen „wirklich“ Liberalen, die allerdings nicht mit dem scholten Berliner Freisinn und deren sonstigen Genannungsgeossen verwechselt werden dürfen, ausgiebig zu verstehen gegeben.

Damit auch der Humor zu seinem Rechte gelange, hat in einem Verammlungsinne ein kolonialbegeisterter Handlungsbesitzer, namens Alfred Roth, dem Exterieur und der „Tipp“ nach ein Referat gehalten, sich als bernhardinischer Klopffechter produziert. Als ihm ein anderer Jünger Merkurs, der realpolitisch veranlagt ist, einige derbe Wahrheiten geigte, schnarrte der Kolonialenthusiast diesen an: „Herr, sind Sie satisfaktionsfähig?“

In einer am Donnerstag einberufenen Rischmascherversammlung stellte sich der von nationalliberalen Reichstagswählern von 1884 aufgestellte Kandidat für den zweiten Hamburger Wahlkreis, Herr Reimer, Mitglied des Landesparlaments, vor, der sein Sprüchlein herabsagte und in richtiger Erkenntnis der Sachlage, der einzige leibliche Moment in den wirren Gebankengängen, sich als „Opferlamm“ bezeichnete, das in nationalem Interesse getrachtet werden müsse. Der ebenfalls von dem genannten Wahlrechtsüberverein für den dritten Hamburger Wahlkreis aufgestellte Durchfallskandidat, Oberstaatsanwalt, Großfabrikant und gleichfalls Abgeordneter zum Landesparlament und Wahlrechtsüberer Rudolf Sieverts, will das jetzige Reichstagswahlrecht nur so lange bestehen lassen, bis es im Reiche nicht drunter und drüber gehe.

Neben diesen Versammlungen wurden solche zu dem am 1. Februar stattfindenden Bürgerchaftswahl (Landesparlament) abgehalten, die ebenso zahlreich besucht waren und in denen es ebenfalls zu Kontroversen mit den Gegnern kam.

In Altona (s. schleswig-holsteinischer Wahlkreis) kam am Donnerstagabend in einer liberalen Wählerversammlung ein Redewort zwischen dem liberalen Kandidaten Rechtsanwalt Dr. Löwensthal, der als gemeinsames „Opferlamm“ für sämtliche bürgerliche Parteien sich am 25. Januar abschlichten lassen will, und unserem Genossen Frohne zum Auszug, bei dem ersterer vor einer nach Tausenden zählenden Wählerchar glatt in den Sand gestreckt wurde. Bemerkenswert sei, daß diese in zwei großen Sälen tagende Versammlung schon eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurde.

Am 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Ottenschen-Binneberg) spricht täglich Genosse von Elm vor zahlreich besuchten Versammlungen.

Am 10. schleswig-holsteinischen Kreise (Herzogtum Lauenburg) haben bislang mehrere sehr stark besuchte Versammlungen stattgefunden, in denen überall eine frohe Kampfbestimmung herrschte. Unser Kandidat, Genosse Lesche, stellt sich auch dort den Wählern vor, wo uns Versammlungsdokale nicht zur Verfügung stehen.

Das letzte Aufgebot des Freisinns in Berlin.

Die Freisinnigen Berlins, die hier bekanntlich mit den Nationalliberalen zusammenmarschieren, arbeiten diesmal mit höchster Kraftanstrengung, um wieder Terrain zu gewinnen, zum mindesten aber den ersten Wahlkreis, den einzigen, den sie noch in Groß-Berlin besitzen, gegen die vorwärts drängende sozialdemokratische Flut zu halten. In der zweitgrößten Stadt des Reiches, in Hamburg, hat der Liberalismus bereits darauf verzichtet, noch Erfolge zu erzielen; er liefert nur noch Scheingefechte. In Berlin raffen hingegen die Liberalen noch einmal ihre letzte Kraft zu einem Verzweiflungskampfe zusammen, um zu halten, was zu halten möglich ist. Nochmals soll am Wahltag mit Aufwendung äußerster Macht und Geldmittel versucht werden, in die sozialdemokratischen Kampfreihen Breche zu legen. Die Mittel, die das „Bureau für Sammlungen“ der vereinigten liberalen Parteien (Behrenstr. 47) bisher zusammengebracht hat, sind bereits recht beträchtlich, und doch werden noch immer von diesem Bureau Hunderte von dringenden Aufforderungen versandt, in denen um Anweisung größerer Geldbeträge bei der Mitteldeutschen Kreditbank oder der Bank für Handel und Industrie ersucht wird. Ein günstiger Wind hat uns wieder mal eine Liste der in dem betreffenden Bureau eingelaufenen Beträge auf den Redaktions-tisch geweht, aus der wir nur einen Teil der größeren Beträge verzeichnen:

Rudolf Woffe, Jerusalemstr. 48	8000 M.
Kommerzienrat Steinthal (Deutsche Bank)	3000
Dr. Eduard Simon, Berlin	3000
James Simon, Klosterstraße	3000
Hermann Wachstein, Großbeerstraße	3000
Kommerzienrat Ernst Meyer (E. J. Meyer)	2500
Edolph Jaroslowsky (Jaroslowsky u. Co.)	1000
Oskar Rothchild, Regentstr. 19a	1000
Louis Ring, Senebeckstraße	1000
Albrecht Guttmann, Bleibtreustr. 15/16	1000
H. Kränkel (Jacquier u. Securinus)	2000
Fritz Springler, Monbijouplatz	500
Gustav Jacoby, Berlin	1000
Kommerzienrat Hugo Landau, Berlin	1000
Ferdinand Springer, Fasanenstr. 10	1000
Hermann Hecht, Königs-Allee 35	1000
Kommerzienrat G. Fromberg	1000
Kommerzienrat Kopecki, Berlin	1000
Hermann Gerson, Berlin	1000
Kommerzienrat Moser, Berlin	1000
Ludwig Lehmann, Berlin	500
Carl Cohn, Berlin	500
Oskar Guldshinsky, Berlin	500
Venot Oppenheim, Tiergartenstr. 8a	500
Dr. Cassierer, Berlin	700
Justizrat Dr. Lewinski, Fasanenstr. 128	250
F. Zausl, Alexanderstr. 34	100
Geh. Justizrat Dr. Braun, Behrenstraße	400
Anton u. Alfred Lehmann, Berlin	500
Dr. Martin Cohn, Rechtsanwalt, Corneliusstraße	300

Simon Djaloszinski	300 M.
Mag. Wjgodzynski	200
Mag. Bergmann, Kurfürstendamm	300
Rechtsanwalt Djaloszinski, Berlin	150
Heinrich Naab, Inselstr. 9	500
Michael Kohn	300
D. Vrp, Landsbergerstr. 92	500
Carl Thieme, Prinzen-Allee 24	300
Dr. Walter de Cuyper, Gr. Richterfelde	500
August Deter, Neue Königstr. 34	500
Gebrüder Schubert, Quispowstr. 18/23	300
D. Sandmann, Alexandrinenstraße	200
Mag. Richter (Emil Ebeling)	500

Das sind nur einige der größeren eingegangenen Beträge. An der Spitze steht Herr Koffe, der Besitzer des „Berliner Tagebl.“, mit 8000 M. Die Vergabe mag ihm schwer geworden sein; doch erreicht er vielleicht durch diese Opferwilligkeit, seinen alten Wunsch erfüllt zu sehen, trotz seines Spezialgönners Jacobi Berliner Stadtrat zu werden. Ihm folgt eine lange Reihe Berliner Finanz- und Geschäftsgrößen — ganz erlässlich, denn diese Wilschöpfe wird zweifellos von der welt- und kolonialpolitischen Brähe das Fett abschöpfen. Es ist also nicht nur nationale Begeisterung, die zur Vergabe der schönen Moneten bestimmt.

Leider wird das schöne Geld, wie der 25. Januar den Herren beweisen wird, umsonst verpulvert. Für die Arbeiter ergibt sich aus diesem Aufgebot aller freisinnigen Kräfte um so dringender die Forderung, am Wahltag ihre Pflicht zu tun, damit am Abend des 25. Januar über allen Berliner Wahlkreisen das rote Banner flattert. Auch das letzte Aufgebot der Freisinnigen muß gesprengt werden.

Der Freisinn als Verwandlungskünstler.

Wir haben dem Freisinn bereits durch eine ganze Reihe von Zitaten nachgewiesen, welche katastrophenartige Wandlung sich in seiner Stellung zur

Kolonialpolitik

vollzogen hat! Die „Freisinnige Ztg.“ zum Beispiel, das führende Organ der freisinnigen Volkspartei begeistert sich heute für dasselbe Südwestafrifa, das Land der Dornbüschel, Dattelkisten-Vegetation, das sie noch im November 1905 als heillose, absolut wertlose Sand- und Dornenwüste bezeichnete.

Heute freilich sind wir in der Lage, ein freisinniges Dokument zur Erheiterung aller Freunde politischen Humors beibringen zu können, das beweist, daß der Freisinn es jedem Verwandlungskünstler zuvor zu tun vermag, daß er mit der Geschwindigkeit eines „gedöhlten Blütes“ in das gestern vom Freisinn noch verspottete, heute durch Dornbüschel zu ungeahnten Ehren gebrachte Kolonialwams hineingeschlüpft ist!

Am 23. Oktober 1906 stand im 18. hannoverschen Wahlkreise Erziehung an. Die freisinnige Volkspartei hatte den Charlottenburger Stadtverordneten und Lehrer Ditto aufgestellt. In einem für diesen Kandidaten verbreiteten, vom Wahlkomitee der freisinnigen Volkspartei des 18. hannoverschen Wahlkreises unterzeichneten Flugblatt hieß es:

„Und wird denn überhaupt mit dieser sogenannten Finanzreform wenigstens wirklich Ordnung geschaffen in unseren Reichsfinanzen? Wird damit entgegengewirkt der Schuldenlast, die in den letzten 18 Jahren von 884 auf 3543 Millionen gewachsen ist? Keineswegs! Alle die drückenden Steuern werden dem Tropfen auf dem heißen Steine gleichen, so lange nicht Sparsamkeit in der Reichsverwaltung geübt wird, so lange namentlich Hunderte von Millionen für eine Kolonialwirtschaft verwandt werden, an der bisher dem Deutschen Reiche nur Verluste erwachsen sind, Verluste an Geld und Ansehen und ganz besonders auch an Menschenleben treuer Söhne des deutschen Vaterlandes.“

So der Freisinn wenige Wochen vor der Reichstagsauflösung am 13. Dezember!

Herr Ditto kandidiert jetzt im Wahlkreise Torgau-Liebentwerda. Unsere dortigen Genossen wird es besonders interessieren, zu erfahren, wie Herr Ditto noch vor drei Monaten über die Kolonialpolitik gedacht hat!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar 1907.

Deutschland am Scheidewege?

Beim Erzählen seiner kolonialen Märchen hat Dornbüschel neulich auch scharfe Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gerichtet. Er erzählte vom amerikanischen Baumwollkrieg und führte aus, daß jede Preissteigerung um 4 Pf. auf ein Pfund Rohbaumwolle dem Weltmarkt 320 Millionen Mark koste. Da nun aber 1904 eine Preissteigerung von 40 Pf. eingetreten sei, so sei dadurch dem Weltmarkt ein Tribut von 3200 Millionen Mark auferlegt worden. Man hätte nun annehmen sollen, daß er gesagt hätte, solche Ausbeutung müsse beseitigt werden, indem der kapitalistischen Wirtschaft ein Ende gemacht würde. Zu solchem Schluß kam der Kolonialdirektor jedoch nicht, denn die Partei, die solche Ausbeutung beseitigen will, soll ja in erster Linie bekämpft werden.

Dornbüschel behauptete weiter, jene Preistreibererei habe Deutschland 150 bis 200 Millionen Mark gekostet. Diese Ziffern sind unrichtig. Als Dornbüschel die Geschichte erzählte, hat er anscheinend nicht daran gedacht, daß am Lützowufer ein kaiserlich statistisches Amt ist, das alljährlich das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ herausgibt und in diesem Buch Ziffern mitteilt, die mit derartigen Märchen in keinem Widerspruch stehen. Nach Dornbüschel ist in Amerika die Baumwolle von 1899 bis 1904 von 2 1/2 Pence auf 9 Pence für ein amerikanisches Pfund gestiegen. 1899 war auch in Deutschland ein Jahr mit sehr niedrigen Baumwollpreisen. In Bremen sank der Preis, der 1896 81,9 M. betragen hatte, 1899 auf 67,3 M. pro Doppelzentner. Für die folgenden Jahre sind dann folgende Preissteigerungen verzeichnet: 1900 103 M., 1901 88,5 M., 1902 91 M., 1903 114,8 M., 1904 124,3 M., 1905 97,2 M. für einen Doppelzentner. Nun gibt das „Statistische Jahrbuch“ den deutschen Baumwollverbrauch (Einfuhr nach Abzug der Ausfuhr) mit folgenden Ziffern an:

1902	3 104 240 Doppelzentner	= 294 602 000 Mark.
1903	3 440 520	= 334 743 000
1904	3 570 070	= 419 671 000
1905	3 684 440	= 362 061 000

Durchschnittlich wurden 1902 für einen Doppelzentner 91,58 Mark bezahlt. Gäßen wir 1904 die Baumwolle für denselben Preis erhalten, dann hätten wir für die 3 570 070 Doppelzentner statt 419 671 000 nur 327 304 107 M., also 92 366 893 M. weniger zahlen müssen. Von den 150 bis 200 Millionen, die wir angeblich jährlich als Steuer zahlen sollen, ist diese Summe noch recht weit entfernt. Auch redet Herr Dornbüschel von einem Verbrauch von

470 Millionen Mark für Rohbaumwolle. Er hat offenbar auf Seite 172 des „Statistischen Jahrbuchs“ diese Ziffern unter „Einfuhr“ gelesen und geglaubt, was eingeführt ist, sei auch verbraucht worden. Hätte er sich die Mühe gemacht und einmal zwei Seiten weiter geblättert, dann hätte er unter Ausfuhr Rohbaumwolle mit 51,3 Millionen Mark verzeichnet gefunden und Baumwollwaren mit 336,9 Millionen Mark. Da in den ausgeführten 428 320 Doppelzentner Baumwollwaren doch mindestens 500 000 Doppelzentner Rohbaumwolle stecken, so sinkt der heimische Verbrauch auf drei Millionen Doppelzentner herab. Liegt auf diesen eine Steuer von 150 bis 200 Millionen Mark, dann darf, selbst wenn man die Preise von 1904 zugrunde legt, der Doppelzentner nicht mehr als 66 M. kosten. Herr Dornbüschel mag einmal bei den Pflanzern in Ostafrika, die ja 1904 schon 431 Doppelzentner, und in Togo, die 834 Doppelzentner lieferten, anfragen, ob sie dafür liefern wollen.

Der Hinweis auf die Ausbeutung der Verbraucher durch amerikanische Ringbildungen wird gewiß die nationalen Spießbürger in Bewegung setzen. Aber merkwürdig ist es, daß gerade Herr Dornbüschel sich über das unmoralische Treiben der New Yorker Preistreiberer entrüstet. Die Entrüstung wäre begründet, wenn Herr Dornbüschel aus Boston und in Kolonialamt gekommen wäre und nun zum ersten Male etwas über das Treiben an den Börsen höre. Solche Preistreiberer kommen doch nicht nur an der New Yorker Baumwollbörse, sondern auch in Deutschland vor. Da Herr Dornbüschel Bankdirektor war und seine Bank auch Bergwerksaktien hatte, wird er auch wohl davon gehört haben, daß 1900 das Kohlsyndikat mit einem Schlage den Preis für Hochofenkoks, den es für 14 M. pro Tonne verkauft hatte, auf 17 M. erhöhte und von den Leuten, die keine Verträge hatten, 20 und selbst 34 M. pro Tonne nahm. Wie viel hat damals das Preismandöver dem Weltmarkt und speziell dem deutschen Markt gekostet?

Selbstfalls ist auch dem Herrn Kolonialdirektor bekannt, daß die Industrie außer den Rohstoffen, die er nennt, auch Eisen gebraucht. Es wird ihm daher auch nicht unbekannt sein, daß Kohleisen im rheinisch-westfälischen Bezirk 1898 ab Werk 67,3 M. pro Tonne kostete und von den Eisenhändlern 1900 auf 101,4 M. getrieben wurde. Die verruchten Amerikaner trieben in den Jahren 1902 bis 1904 den Baumwollpreis von 91 M. auf 124,3 M., also um 33,3 Proz. und belasteten dadurch den deutschen Verbrauch mit circa 90 Millionen Mark; unsere Eisenhändler steigerten den Eisenpreis von 67,3 M. im Jahre 1898 auf 101,4 M. im Jahre 1900, also um 49,5 Proz. Da der deutsche Verbrauch an Kohleisen 1900 9 106 868 Tonnen betrug, so wurde hierdurch der Verbrauch mit 298 Millionen Mark belastet. Sollten hiergegen auch die Kolonien helfen?

Wir können Dornbüschels Argumente gut verwerten. Die Ringbildung im Baumwollhandel hängt nicht davon ab, ob die Baumwolle am Mississippi oder in Ostafrika oder in Togo wächst; sie ist ein Erzeugnis der kapitalistischen Produktion. Sollten die von Dornbüschel gerügten Missetände beseitigt werden, dann müssen wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Solche spekulative Belastungen, wie die New Yorker Baumwollbörse der Welt auferlegt, werden so lange bleiben, als die kapitalistische Gesellschaft besteht. Soll die Menschheit davon befreit werden, dann muß ein großes Grab gegraben werden, worin neben dem Baumwollkrieg auch die circa 500 bestehenden deutschen Syndikate untertaucht finden.

Kasernenfreuden.

Von Ende September bis Ende Dezember 1906 wurde die gerichtliche Verurteilung von 31 Soldatenmißhandlungen bekannt. In Strafen wurden ausgesprochen 3 Jahre 11 Monate 28 Tage Gefängnis, 8 Monate 3 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 24 Tage gelinder Arrest, 23 Tage Stubenarrest, 2 Degradationen.

Auf Preußen treffen: 3 Jahre 6 Monate 14 Tage Gefängnis, 6 Monate 12 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 5 Tage gelinder Arrest, 23 Tage Stubenarrest, 2 Degradationen (18 Vorgesetzte, darunter vier Offiziere); auf Bayern 4 Monate Gefängnis, 10 Tage mittlerer Arrest, 8 Tage gelinder Arrest (3 Vorgesetzte); auf Sachsen 1 Monat 14 Tage Gefängnis, 1 Monat 11 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 11 Tage gelinder Arrest (10 Vorgesetzte).

Die bestraften Offiziere sind: Oberleutnant zur See Paaschen neun Tage Stubenarrest, Leutnant von Lübtow vom Grenadierregiment Nr. 7 ein Jahr Gefängnis und Dienstentlassung (hat sich auch der unerlaubten Entfernung schuldig gemacht); Leutnant Vergelt vom Gothaer Infanterieregiment 14 Tage Stubenarrest, ein ungenannter Leutnant fünf Monate Gefängnis und Dienstentlassung. Der Herr Kriegsminister v. Einem hat versprochen, daß er die Mißhandlungen aus der Armee hinausbringen werde. Bis jetzt ist es ihm nicht einmal geglückt, das Offizierkorps in der bewußten Richtung zu säubern.

Im Jahre 1906 überhaupt wurde die gerichtliche Verurteilung von 147 Soldatenquälern bekannt. Der verhängte Freiheitsentzug betrug 27 Jahre 7 Monate 15 Tage.

Auch im Jahre 1906 waren die Bestrafungen äußerst mild. Der Feldwebel Hoppel z. B. beschimpfte Untergebene in rohester Weise, er befahl ihnen, wenn das Mantelfutter nicht trocken war, mit ausgestreckten Armen die Mäntel zu halten und dabei langsamen Schritt zu machen, bis die Mäntel trocken waren. Ein anderes von ihm beliebtes Erziehungsmittel bestand darin, daß er auf dem Bauche liegende Mannschaften zwang, „kehrt zu machen“, also sich am Boden zu wälzen. Auch Schläge mit der Säbelscheide teilte er aus usw. Dennoch wurde er nur mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. Dies ist ein Beispiel für viele. Gewiß sind die Soldatenschildereien auch eine Folge des preussischen Militärsystems; aber sie können trotzdem durch eine Verschärfung der einschlägigen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches sowohl in bezug auf die Zahl wie auf die Schwere wesentlich verringert werden. Jedoch die Reichsleitung und der Bundesrat lassen alles beim alten.

Am 25. Januar ist Gelegenheit geboten, der Regierung auch für die Schmach der Soldatenquälerei die entsprechende Duntung anzustellen.

Deutsches Reich.

Ein offizielles Geständnis.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ ist durch unsere letzte Veröffentlichung arg in die Enge getrieben worden. Sie weiß nichts anderes zu erklären, als daß sie „an ihren früheren Feststellungen nichts zu ändern“ habe. Die Unterwerfung der Hottentotten sei tatsächlich erst an dem von ihr mitgeteilten Termin, am 23. Dezember, erfolgt. „Daß bereits monatelange Verhandlungen vorgegangen sind, ist nie bestritten, auch mehrfach dem Reichstage zur Kenntnis gebracht worden.“ Der Beginn der Verhandlungen falle allerdings in den Oktober. Wann und ob aber diese Verhandlungen zum Siege führen würden, habe bei der Unberechenbarkeit der Hottentotten niemand übersehen können.

Man sieht, daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ heute denn doch ein dankenswertes Geständnis zu machen gezwungen ist. Sie gibt endlich zu, daß bereits seit Oktober die Verhandlungen im Gange waren. Sie behauptet allerdings, daß das auch dem Reichstage zur Kenntnis gebracht worden sei. Wir gestatten uns, das zu befreiten, so lange es der „Nordd. Allgem. Ztg.“ nicht beliebt, uns Datum und Wortlaut dieser „Kenntnisgabe“ zu verraten!

Sie haben festgestellt, daß nicht nur der Reichstag selbst in seiner bewilligungsfreudigen Minderheit der Ansicht war, daß selbst bis zum 1. April 1907 an eine Unterwerfung der Wotanten nicht zu denken sei, sondern wir haben auch durch ein Zitat bewiesen, daß der Vertreter der Regierung, Oberstleutnant Quade, noch am 13. Dezember behauptete, daß die Hottentotten statt Friedensgelüste zu zeigen, noch 500 bis 600 Mann stark, b. h. zahlreicher als früher im Felde ständen. Diese Tatsachen werden durch keine Verlegenheitsausflüchte des offiziellen Blattes aus der Welt geschafft werden können. Es bleibt schon dabei, daß der Reichstag von der Regierung über den tatsächlichen Stand der Kriegslage in Südwestafrika getäuscht worden ist!

Abgewiesen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat mit ihrem Bemühen, die Zentrumsblätter durch entstellte oder gefälschte Zitate aus früheren Vebelschön oder Liebknechtischen Reden gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen, wenig Glück. Die „Germania“ fertigt z. B. den Versuch des Regierungsorgans mit nachstehender hochhafter Bemerkung ab:

„Die Nordd. Allg. Ztg.“ zitiert einige bekannte religionspolitische Aussprüche von Sozialdemokraten, um der Zentrumsblättern die Meinung zu machen, daß sie vom religiösen Standpunkte eine schmerzliche Zurechtweisung an die Wähler stellen, wenn sie „in einer Reihe von Wahlkreisen der Sozialdemokratie durch Proklamierung der Stimmenhaltung den Sieg zuschanden.“ Liberale Blätter drücken das mit furchtbar ernster Miene ab, auch solche, die es im Kulturkampf als ihre Lust erklärten, außerhalb des Schattens der Kirche zu leben und zu sterben. Wie tief mögen sie sich in ihrem religiösen Empfinden durch die Zitate verletzt fühlen! Der „Nordd. Allg. Ztg.“ möchten wir aber doch raten, zuerst einmal ihre liberalen Schüßlinge ins Gebet zu nehmen, die in einer Reihe von Wahlkreisen durch direkte Unterstützung der Sozialdemokraten den Sieg „zuschanden“ beabsichtigen.“

Tatsächlich bedarf es nur eines Blickes in die nationalliberale Presse, um zu erkennen, daß, wenn es der „Nordd. Allg. Ztg.“ um die christliche Religion zu tun wäre, sie in den von ihr aus wahlpolitischen Gründen gepriesenen Blättern des Nationalliberalismus noch weit schönere Zitate finden könnte, und zwar ohne alt, vor 25 und 30 Jahren gefallene Äußerungen zurückzugreifen und diese fälschen zu müssen. So schreibt beispielsweise heute die „Rhein. Westf. Ztg.“:

„Die Religion ist für die Politik ein noli me tangere. Sie sollte es wenigstens sein; gleichgültig, ob katholisch, evangelisch, israelitisch oder monistisch. . . . Das Verstehe, man wolle dem Volk die Religion rauben, muß in demselben Verhältnisse an Glauben und Kredit einbüßen, als in die Nation das Maß philosophisch-historischer und naturwissenschaftlicher Bildung einzieht, das urteilsfähig macht. Wer eingesehen hat, daß es eine absolute „richtige“ Religion nicht gibt, daß nicht alle daselbe glauben müssen, daß aber jede Religiosität, wie immer sie sich äußern mag, ihre relative Berechtigung in sich trägt, der gelangt zu einer Toleranz, die jedes Kulturkampfgeschwätz und jeden konfessionellen Dünkel zum Schweigen bringt.“

Eine gemeine Denunziation.

Die „Hamburger Nachrichten“, das Spezialorgan der Dynastie Widmark und der „nationalen“ Hamburger Regierbilistoren, nächst der „Post“ die feinste Blüte der deutschen Presse, leistet sich zur Veränderung wieder mal eine Denunziation gegen die Hamburger Volksschullehrer. Sie schreibt:

„Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Heft 12 des „Pädagog. Archivs“ von Prof. Dr. Freytag unter dem Abschnitt „Programmplan“ folgende Mitteilung findet: „Charlottenburg, Stadt. Realgymnasium. Nachträglich ist uns noch der Katalog der von Herrn Prof. Dr. Richard Sadke verwalteten Schülerbibliothek zugegangen, welche 2700 Bände umfaßt und nach Stufen und Wissenschaften geordnet ist. (Folgt die Anordnung.) Was die Auswahl der belletristischen Lektüre betrifft, so hat sich die Bibliothekverwaltung völlig auf den von Herrn Sadke und Wolgast vertretenen Standpunkt gestellt, was lebhaft zu bedauern ist. Die alten Jugendfreunde Hoffmann und Rieth sind ebenso ausgeschlossen wie die herausragendsten Jugendschriftsteller unserer Tage, und Karl May erst recht. Daß Herr Wolgast und sein Hamburger Anhang fast mit beiden Händen auf sozialdemokratischem Boden stehen, scheint leider noch wenig bekannt zu sein (Doch!), oder es imponiert vielleicht der Ton der Unfehlbarkeit, mit dem die Herren der „Prüfungsausschüsse“ auftreten. Daß Johannes Spriß nicht auf den Index gesetzt ist, muß von Herrn Wolgast ein Versehen sein.“

Wir wollen nicht verschlei, die hamburgische Oberschulbehörde auf diese neue Bekätigung der sozialdemokratischen Gesinnung eines Teiles der hiesigen Lehrerschaft aufmerksam zu machen. Wir können nicht auf die Ansicht verzichten, daß Leute, welche sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, also Anhänger der Revolution sind, nicht als Lehrer der Jugend zugelassen bleiben dürfen, am wenigsten in einem Staatswesen, das, wie das hamburgische, erst im vorigen Jahre durch Gesetz befreit hat, daß es die Sozialdemokratie als staatsgefährlich ansieht und von der Ausbreitung derselben schlimme Befürchtungen für die Zukunft Hamburgs hegt.“

Der Kampf mit „geistigen“ Waffen.

Die zentrumsagrarische „Rheinische Volksstimme“ begleitet die Mitteilung des „Vorwärts“ über das Verhalten der kirchlichen Bevölkerung gegenüber sozialdemokratischen Flugblattverteilern in Baden mit folgender Bemerkung:

„Würden ferner Landleute, die sich vermessen wollten, unter den sozialdemokratischen Waffen agrarische Flugblätter zu verteilen, nicht vielleicht noch wesentlich schlimmere Erfahrungen machen? Würde es da bei Drohungen mit einem Prügel bleiben? Und doch wollen die Bauern von den Industriearbeitern, denen sie im übrigen gute Arbeitsgelegenheit sichern, weiter nichts, als solche Preise für Korn und Vieh, daß sie dabei bestehen, einen nur einigermaßen „menschenswürdigen“ Arbeitslohn erzielen können. Die Sozialdemokraten aber wollen dem Bauer alles nehmen, was ihm hoch und heilig ist: Religion, Vaterland, das angestammte Fürstentum, den Besitz seiner von den Vätern ererbten Scholle, das eigene Haus und die eigene Familie! Gläubten die Herren Umsturzer, daß die Bauern in Baden das ganz vergessen hätten?“

Also, gläubiges Zentrumsvolk: schlag sie tot, die roten Umstürzer, die dir Haus und Hof, Religion und Vaterland nehmen wollen. Selbstverständlich ist diese Unterstellung ebenso blödsinnig wie die andere, daß Sozialdemokraten die Verteiler gegnerischer Flugblätter mißhandeln würden. Das christliche Blatt ist deshalb auch so vorsichtig, sich jeden Beweis seiner Behauptungen zu sparen. —

Die Geistlichkeit im Wahlkampfe.

Am Sonntag hat die rheinische Zentrumsparterie in Köln eine Provinzialversammlung abgehalten. Redner waren die Herren Spahn und Gröber. Spahn kam in seiner Rede auch auf die Wahlarbeit zu sprechen. Alles müsse daran gesetzt werden, daß das Zentrum wieder in seiner ausschlaggebenden Stärke in den

Reichstag einziehe; darum sei es nötig, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte angespannt werden. Hier sei die Tätigkeit der Geistlichkeit ganz besonders wertvoll. Der Geistliche sei der Rothelfer seiner Gemeinde in allen Dingen; die politische Aufklärung der Wähler durch den Geistlichen gehöre mit zu dessen religiösen Pflichten, denn in letzter Linie gehe dieser Wahlkampf wie kein anderer um die Frage: Entweder christliche oder nichtchristliche Weltanschauung. Das letzte Ende aller Philosophie sei die Erkenntnis, daß man glauben müsse. Alle Fragen des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens müssen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung behandelt werden; die ganze Gesellschaft müsse, mit einem Worte Less XIII. zu sprechen, in Christo restauriert werden.

Das ist die Art, wie das Zentrum politischer Geschäfte wegen die blöde Masse in den religiösen Zaum hineinzieht, und die gesalbten Diener Gottes leisten der Partei in diesem schmutzigen Treiben willige Dienste. —

Proletariats Ende. Ein Menschenalter war der Schlosser Waldmann in der durch ihre Wohlfahrtsvereinigungen „berühmten“ Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Arbeit. Jetzt, da aus dem Alten ein Prolet nicht mehr herauszukommen war, wurde er entlassen, er, der an die „geheilte Existenz“, an die Worte „seines Königs“ glaubte! In der Verzweiflung ging er hin und erhängte sich. — Warum? fragt die bürgerliche Presse, er hatte doch 70 Pf. pro Tag Pension — 70 Pf. pro Tag für sich und seine Familie! — warum? —

Die Fleischnot. Nach einer Zusammenstellung des Schlachthofes in Trier ist dort die Zahl der geschlachteten Tiere im Jahre 1906 gegen das Jahr vorher von 34 829 auf 29 545, also um 4 784 Stück oder 14 Proz. zurückgegangen. Die Zahl der geschlachteten Ochsen sank von 2021 auf 1571, der Rinder von 1504 auf 1310, der Mälder von 11 784 auf 9185, der Schweine von 14 284 auf 12 144 Stück. Bei den weniger in Betracht kommenden Gattungen blieb die Zahl der Schlachtungen stehen oder stieg ein wenig.

Und nicht nur die Menge des Fleisches hat sich vermindert; auch die Qualität hat sich bedeutend verschlechtert. —

Ausland.

Dänemark.

Schulbesetzung.

Ein sozialdemokratischer Gesekentwurf über Speisung der Schulkinder beschäftigte am Freitag in erster Lesung das Folkething, wurde ziemlich wohlwollend aufgenommen und schließlich einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen. — Es besteht in Dänemark ein Gesetz über Schulbesetzung, das aus dem Jahre 1902 stammt, den Kommunen aber lediglich das Recht gibt, die Privatwohlthätigkeit auf diesem Gebiete durch Zuschüsse zu unterstützen. Dies Gesetz ist ziemlich wirkungslos geblieben: Von 59 Städten, über die Genosse Stauning im Folkething berichten konnte, haben nur 20 Schulbesetzung und nur 10 solche mit Gemeindezuschuß; von 800 Landgemeinden besteht Schulbesetzung nur in einer, und das ist eine Nachbargemeinde Kopenhagens! Der Gesekentwurf unserer Parteigenossen soll den Gemeinden die Pflicht auferlegen, in den Wintermonaten für Speisung der Schulkinder zu sorgen, und zwar mit Unterstützung aus Staatsmitteln.

Japan.

Die sogenannte „Abrüstungsfrage“ soll gemäß einem von japanischer Seite geäußerten Wunsch auf der nächsten Haager Friedenskonferenz zur Beratung gelangen. —

Der japanischen Regierung, die durch ihre ungeheuerlichen Rüstungen nach Beendigung des Krieges mit Rußland die Nation nach europäischem Muster anzufangen und zu erschöpfen begann, steht der Antrag auf „Abrüstung“ sehr läßlich zu Gesicht. Genau so läßlich wie seinerzeit dem „Friedensvaren“!

Australien.

Tom Mann hat eine Gefängnisstrafe von fünf Wochen erdulden müssen, weil er in Melbourne, wo er für den Sozialismus eifrig agitiert, entgegen den polizeilichen Verboten sozialistische Straßenversammlungen abgehalten hatte. Zwanzig andere Straßenredner und Agitatoren wurden zu gleicher Zeit verhaftet. Man kennt in Melbourne nur zwei Parteien: das der Sozialisten und das der Anti-Sozialisten, und der Kampf zwischen den beiden wird mit Heftigkeit geführt.

Aus der Partei.

Im Dienst unserer Sache gestorben.

Bürgerliche Blätter aus Saargemünd melden: Der Arbeiter Brenner von hier trug Sonntags sozialistische Flugblätter in der Wolmüstergegend aus. Abends, zwischen 8 und 9 Uhr fuhr er auf der Müllwagenstraße den Führer des Postwagens nach dem Wege nach dem Bahnhofe Böllingen. Er gelangte aber dort nicht an, sondern wurde am anderen Morgen erstoren auf der Straße liegend aufgefunden. Man brachte den Unglücklichen in den Bahnhof Böllingen, wo er starb. Brenner ist etwa 38 Jahre alt und Vater von mehreren Kindern. Er sollte seine Frau waren kürzlich typhuskrank. — Ehre dem Opfer treuer Pflichterfüllung, das mit seinem schwachen Körper seine proletarische Schuldigkeit tat. Auch er wird in der Geschichte des Befreiungskampfes des Proletariats unter den namenlosen Helden verzeichnet sein.

Die Dresdener „Sächsische Arbeiterzeitung“ meldet: Der Klempner Emil Meyer war mit dem Verteilen von Flugblättern beschäftigt. Als er vom Korridor einer 3. Etage nach der Treppe zurückgehen wollte, stürzte er die Treppe hinunter, wodurch er einen Schädelbruch erlitt. Der Tod trat bald darauf ein. Die eigentliche Ursache des Todes und des Sturzes ist nach der Untersuchung des Herrn Sanitätsrats Dr. Plethner ein Lungenschlaganfall gewesen. Der Schlaganfall hat offenbar getroffen in dem Moment, als er die Treppe hinabsteigen wollte. Die Dresdener Arbeiterzeitung wird dem Uraben, den selbst Krankheit nicht davon abhielt, seine Pflicht für die große Sache der modernen Arbeiterbewegung zu tun, ein ehrendes Andenken bewahren!

Parteiliteratur.

Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Äußerungen Wilhelms II. Zusammengefasst von Wilhelm Schröder. München. G. Völk u. Co. 1 M.

Die Schrift gibt eine Sammlung der für den Politiker bemerkenswerten Reden und sonstigen öffentlichen Äußerungen (Depeschen, Schreiben) Wilhelms II. Der Herausgeber hat aber den Namen nicht so eng gezogen, daß er nur reinpolitische Äußerungen aufnahm, sondern er hat auch die Reden und Erlasse über wissenschaftliche, künstlerische und kirchliche Angelegenheiten eingefügt, soweit diese Äußerungen den Politiker interessieren. Dagegen sind alle unpolitischen Ansprachen fortgelassen.

Die Auslassungen sind nicht chronologisch, sondern nach Materien geordnet. Das erleichtert allerdings einerseits das Nachschlagen — demselben Zwecke dient ein eingehendes alphabetisches Sachregister — hat aber auch seine Nachteile, da die Rubrizierung mancher Rede Wilhelms II. wegen der darin behandelten mancherlei Materien nur rein willkürlich bestimmt werden kann. Und über das, was das Wichtigste an solchen vielseitigen Kundgebungen ist, kann man höchstens anderer Ansicht sein als der Herausgeber.

Die Brauchbarkeit des Buches wird erhöht durch die Beigabe kurzer historischer Erläuterungen. Im allgemeinen glücklich ist auch die Praxis, aus den Kundgebungen nur die wesentlichen Stellen, die wirklich die Öffentlichkeit interessieren und das Charakterbild Wilhelms II. bereichern, anzuführen. Während ist dagegen, daß der Herausgeber da, wo er eine Äußerung in einer Rubrik in gekürzter Form anführt, keinen Hinweis auf die Stelle angebracht hat, wo man die Auslassung in anderer Rubrik in vollständigerer Form findet. Das Sachregister kann hier nicht immer ausbilden, da eben das Stichwort, worunter dort die Kundgebung angeführt ist, nicht immer dasselbe ist, worunter die gekürzte Wiedergabe gebracht ist.

Trotz dieser Ausstellungen ist das Buch indes ein brauchbares Hilfsmittel für den Politiker und wird dem Redner und Redakteur besonders auch in diesem Wahlkampfe noch Dienste leisten können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffkonto der Presse. In die Fußstapfen Ehrenlimans ist der Redakteur des Jittauer Amtsblattes Dr. Lohm eingetreten. Dieser Herr, der bei seinem Amtsgericht die eidesstattliche Versicherung hat abgeben müssen, sein Amtsblatt völlig unparteiisch zu redigieren, fiel in der gefährlichsten Weise über die Sozialdemokratie her; er verächtigte und beschmugte die Jittauer Genossen aufs ärgste. Der „Arme Teufel“ hat dem Herrn mehrfach tüchtig heimgeleuchtet und ihn auch an seinen Eid auf die Unparteilichkeit erinnert. Derselbe Herr nun, der die Sozialdemokratie so unflätig bekämpfte, lief daraufhin zum Kabi, um sich die arg zugerichtete Ehrenhofe wieder rücken zu lassen. Auf diese Weise kam schon Genosse Schmetter früher zu einigen Monaten Gefängnis; am Montag mußte sich auch Genosse Edmund Fischer, der bisherige Vertreter des Jittauer Reichstagswahlkreises auf Grund einiger Artikel im „Armen Teufel“, die er gezeichnet hatte, wegen Lohmbeleidigung verantworten. Genosse Fischer lehnte die beiden Schöpfen, zwei Jittauer Fabrikbesitzer, mit denen er schon mehrfach im „Armen Teufel“ abgerechnet hatte und die ihm daher offenbar sehr wenig gewogen waren, ab. Das Gericht ging aber darauf nicht ein. Darauf erklärte Genosse Fischer, in Erwartung eines gerechten Urteils vor einer höheren Instanz, auf jede Verteidigung vor dem Schöffengericht verzichten zu wollen. So geschah es auch. Die Verhandlung war daher sehr kurz. Bemerkenswert ist noch, daß sich Herr Lohm mit der Auslassung gegen eine Vertagung der Sache wendete, Fischer wolle die Sache nur bis nach den Wahlen hinauszuziehen, wo er dann als Abgeordneter nicht verfolgt werden könnte. Man scheint also sicher in gegnerischen Kreisen mit der Wiederwahl Fischers zu rechnen. Das Urteil lautete auf acht Wochen Gefängnis. Natürlich ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage).

Der Uebertritt der Hausdiener in den Transportarbeiterverband.

beschäftigte gestern abend eine sehr stark besuchte Versammlung bei Bugenhagen, zu der nur Mitglieder des alten Hausdienervereins Zutritt hatten. Bekanntlich hatten eine Anzahl Mitglieder, die mit der Vereinigung der beiden Transportarbeiterorganisationen nicht einverstanden waren, es vermocht, die ruhige und sachliche Erledigung des Uebertritts durch Störung der Versammlungen zu hindern und eine eingesezte Kommission hatte einen Beschluß des Gerichts herbeigeführt, der eine nochmalige Abstimmung notwendig machte. Aber das Hoffen der Unzufriedenen auf ein anderes Resultat war vergeblich. Nach einem kurzen Vortrage des Vorsitzenden Wappler ergab die Abstimmung der Versammelten gegen einzelne Stimmen die Annahme des Uebertritts zu den bekannten Bedingungen.

Offensichtlich ist damit die Angelegenheit des Uebertritts endgültig erledigt und die bisher Widerstrebenden schließen sich im Interesse der Gesamtorganisation dem Handels- und Transportarbeiterverband an. Nur die Einheit und Geschlossenheit der Organisation schafft die Möglichkeit der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die den in dieser Berufsgruppe tätigen Proletariern bitter not tut!

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft“, sozialistische Wochenchrift, Heft 16. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.

Blutau. Heft 2. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) Abonnements einschließlich der Post- und Verlagsgebühren per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Voelckerstr. 63.

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und lebenden Sprachen. Herausgegeben von Emanuel Müller-Baden (erscheint beim Deutschen Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57, in 66 Lieferungen zu je 60 Pf.).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der zurückgewiesene Dreckschraf.

Leipzig, 15. Januar. (B. Z. V.) Das Reichsgericht hat die Revision des Grafen Bähler-Klein-Tschirne verworfen, der am 20. Oktober vom Landgericht Berlin I wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander, begangen durch Reden und Flugblätter, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Agitation auf Kosten der Steuerzahler.

Hamburg, 15. Januar. Wie der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, wird ansatz des stellvertretenden Kolonialdirektors Dornburg, der verhindert ist, der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika v. Lindequist in der von der Handelskammer einzubrufenden Versammlung über Kolonialfragen sprechen.

Eisenbahnunglück.

Rom, 15. Januar. (B. Z. V.) Bei Sarnato stieß ein aus vier Wagen, von denen zwei mit Reisenden besetzt, zwei mit Holz beladen waren, bestehender, von Biadello kommender Zug auf einen Zug aus Vicenza, der Sand beförderte. Zwanzig Personen sind verwundet, zwei davon schwer.

Explosion im Bankgebäude.

Petersburg, 15. Januar. (B. Z. V.) Heute Abend 10 1/2 Uhr erfolgte in der kaiserlichen Kreditgesellschaft eine Explosion, durch die das Gebäude in Flammen gesetzt wurde. Es sind Verluste an Menschenleben zu beklagen. Näheres liegt noch nicht vor.

Eine Erdbeben-Katastrophe.

New York, 15. Januar. (Nebung der „Associated Press.“) Die Stadt Kingston auf Jamaica ist durch ein Erdbeben zerstört worden. Viele Menschenleben sind vernichtet. Das Kabel nach Kingston, sowie dasjenige nach Panama über Jamaica ist unterbrochen, der Landtelegraph ist bis auf eine Entfernung von 5 Meilen von Kingston wieder hergestellt. Die Western-Union Telegraph-Company, die die Nachricht von dem Erdbeben zuerst verbreitete, hat dieselben von ihrem Vertreter in St. Thomas erhalten.

Mischmarschlied.

Reaktionäre Wahlkampfmarzellaise. (Den Degenklündern des Reichstagenverbandes gewidmet.)

Wohlan, wer Macht und Mammon achtet, Der seh' sich dreist an unsern Tisch: Wenn auch das Volk im Elend schmachtet, Nur „immer lustig“, immer frisch! „Brotwucher!“ „Fleischnot!“ hört man klagen, „Zahllos die Opfer!“ — Alles Quatsch! Und ob der „Große Kladderadatsch“ Mög über uns zusammenschlagen, Wir häufen Geld auf Geld! Deutschland voran der Welt! Was kümmert uns der Arbeit Fron, Uns Edle der Nation!

Der Feind, den wir am tiefsten hassen, Der uns umlobert rot und lacht, Das ist der Freiheitsbrand der Massen, Den nur des Korsets Schwert durchbricht. Ist erst der Degen uns genommen, Dann Tischlein-deck-dich gute Nacht! Noch lacht die Welt uns, wenn's auch kracht, Mag doch „nach uns die Sintflut“ kommen! Noch fühlen wir uns stark, Wie Kröcher voller Mark! Dem Kurs, dem alten, folgen wir, Den uns geführt Bismarck!

Das freie Faustrecht der Kanone Hilft uns zum Siege, nun wohlan! Schon dröhnt der Arbeit Bataillone Gewalt'ger Massentritt heran! Das Schwert soll uns zusammenscharen, Wir wolk'n, den Degen in der Hand, Vor Freiheitsdrang das Vaterland, Das Volk vor Wissenskraft bewahren! Treib', Studt, aus Schul' und Haus Den frechen Freigeist aus! Die Friedhofsrufe, fromm und schlicht, Ist erste Bürgerpflicht!

Uns slicht die Nachwelt keine Kränzchen, Drum tanz' uns „Goldne Halb“ wer kann, Frisch auf zum lust'gen Cancantänzchen, Ist auch der Boden ein Vulkan! Die Jubelhymne steig zum Himmel, Je höher rauscht die „Wacht am Rhein“, Je mächtiger wir überschrei'n Der Armensünderglock' Gebimmel! Wir fürchten-nimmerdar Der Roten Rotten Schar! Wir hau'n die Hottentotten tot Und rotten aus, was rot!

Auf denn zum Tanz, Buschzißus-Ritter, Bereichert Euch, slicht Schienen neu! Doch nicht der Kerker Eisengitter, Sonst bricht uns aus der Freiheit Leu! Mußt auch der Säbelmann sich legen Ins Grab, sein Säbel blieb zum Stück! O Reichsstatenkanzler zück Den kühnen Bonaparte-Degen! Nicht spotten laß mit Dir! Red hoch Dein Schlachtpanier! Das Schwert, das Schwert, das Schwert zieh' blank, Das einft der Korse schwang!

Vater Staat als Arbeitgeber.

Die preussische Regierung macht besonders viel Aufhebens davon, daß in den neuen Etat 14 Millionen für Gehaltsaufbesserungen eingestellt sind. Auf den ersten Blick könnte es ja so scheinen, als ob es sich dabei um eine Riesensumme handelt; untersucht man aber die Sache näher, so lösen sich die Millionen in Wohlgefallen auf und es bleibt nichts als Blendwerk übrig. Zunächst spielen 14 Millionen in einem Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit mehr als 3187 Millionen Mark balanciert, gar keine Rolle. Wenn man dann weiter in Erwägung zieht, auf wieviel Beamte sich das Geld verteilt, dann wird man zu der Erkenntnis kommen, daß die Regierung auch nicht im entferntesten ihrer Pflicht nachgekommen ist. Von den 14 Millionen sollen nämlich bedacht werden eine größere Anzahl von im Außendienst beschäftigten Beamtenkategorien, insbesondere Förster, Grenz- und Steueraufseher, obere und mittlere Bezirksbeamte, Schulleute und Genarmen und außerdem noch 50 200 Beamte der Eisenbahnverwaltung, darunter Bahnhofsvorsteher, Bahnmeister, Eisenbahnassistenten, Lokomotivführer, Zugführer, Werkführer, Schirmermeister, Wagenmeister, Lademeister und Weichensteller erster Klasse. Die zahlreichen Unterbeamten und Arbeiter dagegen gehen wieder einmal so gut wie leer aus, sie sollen mit bloßen Unterhaltungen abgepeppt werden. Und das, obwohl die Regierung die Notwendigkeit der Schaffung eines „bei der gegenwärtigen Steigerung der Preise

vieler Lebensbedürfnisse doppelt wünschenswerten Ausgleichs“ selbst anerkennt.

Im Reich, das vor Schulden nicht mehr ein noch aus weiß, werden Millionen für kulturwidrige Zwecke zum Fenster hinausgeworfen, und vor dieser Verschwendung Einhalt gebietet, wird als Vaterlandsfeind verurteilt. Im größten deutschen Bundesstaat, der förmlich im Gelbe schwimmt, hat man nichts übrig, um die Unterbeamten und Staatsarbeiter besserzustellen, und die Beamten, die sich mit Petitionen um die Besserung ihrer Lage an den Landtag wenden, werden von den Vertretern der Regierung von der Tribüne des Dreiklassenparlamentes herab geräffelt.

Wie dringend aber gerade die Unterbeamten und Staatsarbeiter einer Aufbesserung bedürfen und wie leicht der Staat bei gutem Willen dazu imstande wäre, das lehrt uns ein Blick in den dem Landtage zugegangenen Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und baltischen Staats-eisenbahnen im Rechnungsjahr 1905. Die Eisenbahnverwaltung ist wohl der größte Arbeitgeber. Nicht weniger als 413 508 Beamte und Arbeiter, darunter 7058 weibliche Arbeitskräfte, mußten im Jahre 1905 in ihrem Dienste stehen. Von diesem gewaltigen Heer waren nur 1488 höhere und 52 922 mittlere Beamte, alles andere waren Unterbeamte, Gehülfen, Betriebsarbeiter, Bahnunterhaltungsarbeiter, Werkstättenarbeiter und dergleichen. Nicht mitgerechnet sind die 220 Regierungsbaumeister und Bauführer, 258 Hilfsupernumerare und 890 Gepäckträger, die keine Vergütung aus der Staatskasse empfangen, sowie die 5942 Arbeiter, die beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den außerordentlichen Ergänzungs- und Erweiterungsarbeiten auf den in Betrieb befindlichen Strecken beschäftigt waren.

Die Eisenbahnverwaltung ist aber nicht nur der größte Arbeitgeber, sie macht auch die glänzendsten Geschäfte. Betrag doch der Gesamtüberschuß im Jahre 1905 nicht weniger als 681 Millionen gegen 633 im Jahre vorher! Im Etat für 1905 waren nur (1) 634 1/2 Millionen Mark Ueberschuß vorgesehen, der wirkliche Ueberschuß betrug also 46 1/2 Millionen mehr als der erwartete.

Dabei ist das Jahr 1905 keineswegs ein Ausnahmejahr, ähnlich hohe Ueberschüsse sind wiederholt zu verzeichnen.

Welchen Vorteil haben nun die Beamten und Arbeiter von diesen gewaltigen Ueberschüssen? Kommt auch ihnen etwas von dem Riesengewinn zugute? Wird ihre Lage aufgebessert, sei es durch Erhöhung ihrer Bezüge, sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit? Lassen wir auch hier die amtlichen Zahlen reden!

Eine tabelarische Uebersicht über die an die Gehülfen, die Hilfskräfte im unteren Dienste, die Handwerker und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne läßt erkennen, daß für zahllose Kategorien die Löhne sich nicht viel über Hungerlöhne erheben. Für ein Tagewerk sind im Durchschnitt an Vergütung oder Lohn gezahlt worden für Hilfskräfte im unteren Bahnhof- und Abfertigungsdienste 2,80 Mk., für Hilfskräfte im unteren Bahnbetriebs- und Bahnunterhaltungsdienste 2,21 Mk., für Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst 2,73 Mk., für Hilfskräfte im Zugdienste 2,43 Mk., für Betriebsarbeiter 2,84 Mk., für Bahnunterhaltungsarbeiter 2,41 Mk. Werden die Tagewerke und Löhne sämtlicher Klassen von Bediensteten (einschließlich der Werkstättenlehrlinge) zusammengefaßt, so ergibt sich für ein Tagewerk im Durchschnitt 2,89 Mk. Ist es angesichts dieser Zahlen zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die riesigen Ueberschüsse aus dem Schweiß der Beamten und Arbeiter erpreßt werden?

Wie die Löhne, so lassen auch die sonstigen Arbeitsbedingungen so viel als möglich zu wünschen übrig. Die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals hat sich ja in den letzten Jahren etwas verkürzt, ist aber angesichts der schweren und verantwortungsvollen Dienste immer noch viel zu lang. Es sei nur erwähnt, daß 120 678 Beamte und Arbeiter eine durchschnittliche Dienstdauer von 10 bis 11 Stunden, 63 743 eine solche von 11 bis 12 Stunden und 24 215 sogar noch darüber hinaus aufzuweisen haben! Selbst beim Lokomotiv- und Zugbegleitungsdienste begegnen wir noch Dienstdauern von mehr als 10 Stunden.

Dementsprechend sind die Ruhetage recht dünn gesät. Es liegt ja in der Natur des Eisenbahnbetriebs, daß nicht jeder Beamte und Arbeiter Sonntag für Sonntag dienstfrei ist, aber zum mindesten sollte man doch für jeden in jeder Woche einen vollen Ruhetag verlangen. Selbst von der Erfüllung dieser bestehenden Forderung sind wir noch weit entfernt. Von 419 734 besonders aufgeführten Beamten haben nur 305 036 mehr als 2 Ruhetage monatlich, 99 223 haben monatlich 2, 10 325 monatlich 1 1/2 und 5150 monatlich nur einen Ruhetag. Allerdings sind hierbei dienstfreie Zeiten von weniger als 18 Stunden außer Ansatz geblieben, aber die Verwaltung wird eine dienstfreie Zeit von dieser Dauer auch wohl kaum als Ruhetag zu bezeichnen wagen!

Man sieht an diesen wenigen Daten, wie weit wir noch davon entfernt sind, daß die staatlichen Betriebe „Kusturbetriebe“ werden. Die Vertretung des Geldsacks im Dreiklassenparlament hat ja auch alles Interesse daran, zu verhindern, daß der Staat den privaten Arbeitgebern mit gutem Beispiel vorangeht.

Geradezu ekelerregend ist es, welche Aufhebens die Verwaltung von ihren sogenannten Wohlfahrtsanstaltungen macht. Was zahllose private Arbeitgeber als ganz selbstverständlich betrachten, das glaubt der Staat erst noch als besonderen Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu müssen. Was will es besagen, wenn angesichts der besonderen Leistungen, die der Dienst an einzelne Beamte stellt, diese nebst ihren Familien einen Anspruch auf ärztliche Behandlung haben. Daß für 2378 Bahnärzte ganze 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben sind, braucht doch wahrhaftig nicht erst noch eigens erwähnt zu werden. Auch darüber, daß gewissen Beamten und Arbeitern die unentgeltliche Benutzung von Badeanstaltungen gestattet ist, oder davon, daß ständige Arbeiter bei militärischen Übungen von nicht mehr als 14 Tagen, wenn sie verheiratet oder überwiegend Ernährer von Familienangehörigen sind, 1/2 des Lohns erhalten, pflegt ein sozial gesinnter Arbeitgeber heute kaum noch ein Wort zu verlieren, das betrachtet er einfach als selbstverständlich.

Die ganzen „Wohlfahrtsanstaltungen“ der Eisenbahnverwaltung sind nicht der Rede wert, sie bleiben weit hinter dem zurück, was private Arbeitgeber tun, und wo sie sich darüber hinaus heben, werden sie zum Wohlfahrtswindel. Hier ist vor allem der sogenannte „Allgemeine Verband der Eisenbahnvereine“ zu nennen, der mit Hilfe der Verwaltung gegründet ist, angeblich um seinen Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu gewähren, in Wirklichkeit dagegen, um sie von den auf Besserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften abzulenken, mit anderen Worten, um ihnen ihr Koalitionsrecht zu nehmen!

Das ist des Pudels Kern. Darauf läuft im großen ganzen die von Herrn von Thiesen begonnene und von seinen Nachfolgern fortgesetzte Sozialpolitik hinaus: Man hält die Staatsbeamten und Arbeiter dauernd auf einem niedrigeren Niveau der Lebenshaltung als die Beamten und Arbeiter der Privatindustrie, man macht ihnen das Koalitionsrecht streitig und hindert sie, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Man macht sie zu Staatsflaven,

und bei den Wahlen glaubt die Regierung sie dann als Stimmvieh ausnutzen zu können.

Hoffen wir, daß die Staatsarbeiter und Beamten sich ihrer Menschenwürde bewußt sind und daß sie am 26. Januar die Hoffnung der Regierung und der herrschenden Klassen zuschanden machen! Das sind sie sich selbst, das sind sie ihrer Familie, das sind sie ihrer Klasse schuldig!

Zur Wahlbewegung in Oberschlesien.

Wenn irgendwo im Deutschen Reich, dann dürfte im fernab vom geistigen und politischen Leben gelegenen Oberschlesien der Kampf der sozialdemokratischen Partei ein schwerer und was augenblickliche Erfolge angeht, auch unerfreulicher sein. Was anderswo die Agitationsarbeit im Winter mühsam macht: endlose schlechte Wege, zahllose weit verstreute Dörfer, das hat der Flugblätter verteilende Parteigenosse hier in besonders reichem Maße. Nirgends aber im Reich finden sich so auf Notwendigkeit verpöchtete Genarmen, Ortspolizisten, Amts- und Gemeindevorsteher, wie im dicht an Rußland liegenden Oberschlesien, nirgends auch so noch ihrer Macht auf die Gemüter bewußte, rücksichtslos im Dienste einer politischen Partei arbeitende Geistliche, wie der ober-schlesische Zentrumsklerus, nirgends so brutale Soldatenteile des Kapitalismus, wie es ober-schlesische Verksbeamte sind. Um den Wählern die sozialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel sicher zukommen zu lassen, werden sie vielfach an die von und zur Schicht gehenden Berg- und Hüttenarbeiter verteilt. Eine Verteilung in den arnseligen Hütten dieser Proletarier würde in sehr vielen Fällen dazu führen, daß Flugblätter und Stimmzettel längst, bevor der Mann heimkommt von den durch den Klerus fanatisierten Weibern dem Ofen überantwortet sind. So stehen denn unsere Genossen an den Eingängen zu Gruben und Hütten und verteilen ihre Gaben an die Ab- und Jugenden. Eine solche Arbeit dauert mindestens drei, vier Stunden und oft erheblich länger, denn Arbeitsbeginn und Ende derselben fällt hier nicht, wie in Werkstätten und Fabriken, auf eine ganz bestimmte Zeit, sondern erstreckt sich bei den Hunderten und Tausenden mit den verschiedensten Konzentrationen vertrauten Arbeitern auf viele Stunden. Was unter solchen Umständen die Arbeit des Flugblattverteilers im harten Winter bedeutet, davon können sich unsere, nur die Agitationsarbeit in der Werkstatt kennenden Genossen gar nicht den rechten Begriff machen. Dabei müssen die Verbreiter immer darauf sehen, daß sie auf öffentlichen Wegen bleiben, denn wenn sie etwa der Grube oder der Hütte gehörende Wege und Plätze betreten, machen sie bald die Belanntschaft roher Hölzer und derber Knäpfe, geschwungen von den Herrn Steigern, Kuffchern und ähnlichen Anrechtshellen. Und oft genug versuchen diese Helden die sozialdemokratischen Verbreiter mit Drohungen und Mißhandlungen auch von den öffentlichen, zur Grube oder Hütte führenden Wegen zu verjagen, was einigen der frohen Gesellen, die an die Unrechte gekommen, schon sehr schmerzliche Zurechtweisungen eingetragen hat, während oft die Genossen der brutalen Uebermacht weichen müssen.

Trotz all dem hier im einzelnen gar nicht aufzuführenden Schwierigkeiten der Agitation erfüllt die kleine Schar ober-schlesischer Genossen tapfer ihre Pflicht und so sind schon jetzt über 800 000 Flugblätter im Industriebezirk verteilt und weitere 800 000 werden in diesem und den benachbarten, zum Agitationsbezirk Kattowitz gehörenden ober-schlesischen Wahlkreisen folgen, nebst obigen hunderttausenden Stimmzetteln. Zur Eroberung auch nur eines Mandates wird diese Arbeit freilich so bald nicht führen, dazu sind die meist polnischen Proletarier dieses Bezirkes noch viel zu fest einmal in den Fängen der Geistlichkeit und dann in den Rehen des polnischen Nationalismus.

Um die polnischen Arbeiter ganz fest an sich zu fesseln, haben die Nationalpolen in nicht weniger wie vier ober-schlesischen Wahlkreisen Geistliche als Reichstagskandidaten aufgestellt und machen nun nicht nur in der Vertretung nationaler Interessen, sondern auch in der Betätigung kirchlicher Gesinnung dem besten Zentrumsmann gefährliche Konkurrenz. Der Erfolg dieser Politik, die man wohl auf den Führer der „gemäßigteren Polen“, Kaplerowski, zurückführen darf, wird nicht ausbleiben. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Polen nicht nur ihre beiden bisherigen ober-schlesischen Mandate, Kattowitz-Jadze und Weiden-Latowitz, behaupten, sondern noch zwei bis drei weitere, bisher dem Zentrum gehörende ober-schlesische Kreise dazu erobern, in anderen Kreisen eine sehr große Stimmenvermehrung erlangen werden.

Ungeachtet der äußerst vorteilhaften Situation der Polen gegen die Sozialdemokratie, verfolgen sie diese doch mit fanatischem Eifer und lassen in Presse und Versammlungen kein Mittel niedriger Lüge und Verleumdung unversucht. Eine besondere Rolle spielen in den Zeitungen und Flugblättern der Sorjaner und Kaplerowski neben der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie die angeblichen Schandthaten dieser in der russischen Revolution Beschimpfung des weichen (polnischen) Adlers, Schändung und Ausplünderung von Kirchen, Brandstiftung, Raub und Mord an Unschuldigen, besonders an national gesinnten russisch-polnischen Arbeitern und ähnliches mehr.

So dünn und erbärmlich eine solche Kampfweise ist, vorläufig finden diese „Vollstrecker“ doch noch ihre Rechnung dabei. Wie lange noch? Das wird wesentlich abhängen von der Intensität und der Geschwindigkeit, mit der die sozialdemokratische Agitationsarbeit in der polnischen Bevölkerung einsetzt. Es gilt das nicht nur für Oberschlesien, sondern auch für die übrigen Teile der preussischen Monarchie, in der die polnische Bevölkerung vorwiegt, ebenso aber auch für die zahlreichen, oft sehr starken polnischen Kolonien in den Großstädten und in sonst deutschen Industriebezirken, im Rheinland und anderswo. Es handelt sich hier um ein paar Millionen Proletarier und es ist gar nicht zu bestreiten, daß wir hier wichtige, bisher unterdrückte oder nicht beachtete Aufgaben von großer Bedeutung zu erfüllen haben. Das in langen Jahren Versäumnis jetzt plötzlich nachzuholen, ist unmöglich, die nun wohl auch in weitere Kreise gedrungene Erkenntnis von der Wichtigkeit dieser Agitationsarbeit aber wird uns dazu führen, in den kommenden Jahren ganz anders wie bisher an der Gewinnung des polnischen Proletariats für die Sache der Arbeiterklasse zu arbeiten. Die Polenführer fürchten diese Gefahr lange, sie wissen auch, daß, wenn die Sozialdemokratie hier einmal ernst vorgeht, das polnische Proletariat Preußens in nicht langer Zeit zum besten begeisterten Teil der deutschen Sozialdemokratie gehören wird. Und die Furcht davor diktiert ihnen jene verächtliche Verleumdungstaktik gegen die Sozialdemokratie, gegen die beste, treueste Freundin und Helferin des gedrückten und mißhandelten polnischen Volkes.

Wird es also noch nicht gelingen, in Oberschlesien die national-polnische Bewegung hinter die sozialdemokratische zurückzudrängen, so darf man doch sicher hoffen, daß wenigstens ein größerer Teil polnischer Arbeiter mehr wie bisher zur Erkenntnis kommen wird, daß nur die sozialdemokratische Partei die verusene Vertreterin des polnischen arbeitenden Volkes ist. Und das wäre ein erfreulicher Schritt vorwärts auf der richtigen und freien Bahn, die in Oberschlesien die Sozialdemokratie zu gehen gezwungen ist. In fünf von den sechs zum Agitationsbezirk Kattowitz gehörenden Wahlkreisen sind in Aussicht auf die in ihrer großen Mehrheit polnische Bevölkerung Kandidaten polnischer Nationalität aufgestellt. Mitglieder der polnisch-sozialdemokratischen (P. S.) Partei, die noch bei im vergangenen Frühling vollzogene Einigung in besserer Harmonie mit den Angehörigen der deutschen sozialdemokratischen Partei lebt. Nur in einem der sechs Wahlkreise, Groß-Strehlitz-Cosel, ist mit Rücksicht auf die dort zahlreich vorhandenen Bauhandwerker der Bauleiter des Bauereverbandes für Oberschlesien, Waude, ein Deutscher, von den Genossen aufgestellt worden. Leb-

Wortes Interesse und starker Eifer zeigt sich bei diesen Wahlen überall auch in Oberösterreich, das Verlangen nach sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmzetteln kommt aus weitverbreiteten oberösterreichischen Orten so zahlreich, daß wir im ganzen gewiß auf einen erheblichen Stimmzuwachs rechnen dürfen.

So wenig wie das Zentrum haben auch die Sozialisten, die hier identisch sind mit den Grubenkapitalisten, der sogenannten „Hüttenpartei“, zu hoffen, obwohl sie, im Gegensatz zum Kleinlaut gewordenen Zentrum, den Mund in echt „patriotischer“ Schneidigkeit sehr voll nehmen. Sowohl im Wahlkreis Rattowitz wie in Weiden-Tarnowitz hat die Hüttenpartei ihre Kandidaten, zwei hohe Beamte der Grubenbarone, aufgestellt. Und die „Freisinnigen“ haben sich nach längerem Sträuben für „diesmal noch“ entschlossen, diese in der Welle gefärbten konservativen Kandidaten zu unterstützen, in der vagen Hoffnung, daß ihnen das Grubenkapital bei den nächsten Landtagswahlen eines von den drei Mandaten des Industriebezirks gütigst zuwenden lassen werde, als Ersatz für gewisse Maßnahmen für die jetzt bewiesene Bedientenhaftigkeit. Natürlich wird man die Zammerteile um den Lohn ihrer Bestimmungslöslichkeit betrügen, aber deshalb bleiben sie doch kenntlich treue Freisinnsmänner, die geborsam für erzkonservative Reaktionen an die Wahlurne treten, besser kriechen!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Agitation für den gelben Verband

wird im gegenwärtigen Moment von den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin mit erneuter Heftigkeit betrieben. Sogar in einem so untergeordneten Betriebe, wie es die sogenannte Finanzabteilung am Altmarktischen Platz ist, war gestern ein älterer Vater den ganzen Vormittag tätig, Proselyten für die Streikbrecherorganisation zu machen. Jedem der Angestellten wurde ein Zettel zur Unterschrift vorgelegt, worin er „ersucht“, daß ihm sein Beitrag für den „Unterstützungsverein von Arbeitern und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H.“ und der Siemens u. Halske Aktien-Gesellschaft“ durch das Lohnbüro wöchentlich vom Lohn gekürzt und dem Vorstand des genannten Vereins zugeführt werden möchte.

Angedehnt hat der Agitator für den gelben Verband an dem einen Vormittag 20 „Aufnahmen“ vollzogen, den Nichtaufgenommenen aber noch mitgeteilt, daß er am Freitag, dem Lohnzahlungstage, wieder vorsprechen werde.

Dies wird also auf die Arbeiter geradezu ein Zwang zum Beitritt ausgeübt.

Webrigens sind derartige Lohnabzüge zugunsten Dritter direkt ungesetzlich, insbesondere wenn die Sicherstellung des Gläubigers (also hier des gelben Vereins) geschieht, ehe die Leistung des Arbeiters oder seine Dienste erfolgt, und ehe der Tag, an welchem die Vergütung gesetzlich oder vertragmäßig zu entrichten war, abgelaufen ist. Alle Arbeiter, die also auf diese Weise sanft zur Beitragszahlung an die „Gelben“ gezwungen werden, mögen über die Höhe der abgezogenen Summe genau Buch führen und dieselbe beim Verlassen des Betriebes von der Firma als Lohnrest ausklagen.

Vielleicht werden bei dieser Taktik schließlich den Unternehmern ihre gelben Gründungen doch zu teuer. Und am Geldbeutel ist der Kapitalismus immer zuerst zu treffen.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Die Ausperrung hat bis jetzt noch bei weitem nicht den erwarteten Umfang angenommen. Am Montag sind in 100 Werkstätten, die schon am Sonnabend ausgesperrt hatten, weitere 580 Arbeiter ausgesperrt worden. 80 Betriebe, die sich am Sonnabend noch nicht an der Ausperrung beteiligen wollten, haben am Montag 390 Arbeiter ausgesperrt. In Weiskensee sind noch 70, in Rixdorf 50, in Charlottenburg 70, in Schöneberg 10, in Neuenhagen 10 ausgesperrt hinzugekommen. Es sind also am Sonnabend und Montag in Berlin und den Vororten im ganzen (einschließlich der gestern gemeldeten) 4304 Arbeiter ausgesperrt worden.

Nachdem die Führer der Unternehmer seit Monaten für die Ausperrung agitiert haben und der Kampf auf jener Seite von langer Hand vorbereitet ist, konnte man erwarten, daß die Ausperrung einen größeren Umfang annehmen würde. Doch, man kann auch jetzt noch nicht wissen, ob nicht in den nächsten Tagen noch weitere Ausperrungen folgen werden. Montagabend war allerdings der Zeitpunkt, den die Leitung der Unternehmerverbände als den spätesten Termin für die Ausführung des Ausperrungsbeschlusses angelegt hatten. Aber es ist ja bekannt, daß derartige Beschlüsse von den Unternehmern nicht gerade pünktlich befolgt werden. Der eine wartet erst ab, wie sich der andere verhalten wird und richtet danach seine eigenen Maßnahmen ein, die Führer helfen, wie wir bei früheren Gelegenheiten gesehen haben, durch kräftigen Terrorismus bei den Jüngeren nach und so ist immerhin anzunehmen, daß die Ausperrung in den nächsten Tagen noch zunehmen wird. So viel läßt sich aber schon jetzt sagen, daß die Einigkeit der Unternehmer keine vollkommene ist. Manche, die am Sonnabend einige Arbeiter ausgesperrt hatten, haben die Ausperrung am Montag schon wieder zurückgezogen. Webrigens befinden sich unter den als ausgesperrt angegebenen einige hundert, die der Holzarbeiter-Verband aus solchen Werkstätten herausgezogen hat, bei denen die völlige Stilllegung als Antwort auf die Ausperrung eines Teiles der Arbeiter Erfolg für die Wiedereinstellung der Aussperrten verspricht. Diese Taktik befolgt der Holzarbeiterverband natürlich nicht allgemein. Es wird von Fall zu Fall geprüft, ob sie angebracht ist und nur auf ausdrückliche Anweisung der Verbandsleitung dürfen Nichtausgesperrte den Betrieb verlassen.

Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein tritt — wie wir schon gestern mitteilten — auch bei dieser Gelegenheit wieder in der Rolle einer Streikbrecherorganisation auf. Das unsolidarische Verhalten dieser Leute ist nach einem Bericht der „Berliner Volkszeitung“ in einer Gewerbevereinsversammlung damit begründet worden, daß durch das Vorgehen des Gauleiters Stusche vom Holzarbeiterverband der Gewerbeverein von den Verhandlungen ausgeschlossen wurde. — Diese Beschönigung der gewerbevereinslichen Streikbrecherei beruht auf einer großen Unwahrheit. Stusche konnte ja den Gewerbeverein gar nicht von den Verhandlungen ausschließen, denn es ist doch Sache der Unternehmer, mit wem sie über ein Vertragsverhältnis verhandeln wollen. Das „Vorgehen des Gauleiters Stusche“, womit die Gewerbevereinsleute ihr verräterisches Verhalten zu beschönigen suchen, war folgendes: Ebe die Vertragsverhandlungen angingen, fragte Obermeister Rhabardt bei Stusche an, ob der Holzarbeiterverband auch den Gewerbeverein zu den Verhandlungen einladen werde. Stusche antwortete, dazu habe der Holzarbeiterverband keine Veranlassung, wenn aber Herr Rhabardt den Gewerbeverein einladen wolle, so möge er es tun. Der Gewerbeverein mußte dem auch wohl durch die Arbeitgeber eingeladen worden sein, denn in der ersten Sitzung, welche über den Vertrag verhandelte, war ein Vertreter des Gewerbevereins anwesend. In den späteren Sitzungen sah man ihn nicht mehr. Wahrscheinlich haben die Unternehmer schon damals ein Sonderabkommen mit dem Gewerbeverein getroffen, was diese „braven Arbeiter“ so sehr befriedigt, daß sie jetzt den ausgesperrten Unternehmern Hilfe im Kampfe gegen den Holzarbeiterverband leisten. Daß sie hierzu bereit sind, dafür ist schon der Beweis geliefert. In einer Versammlung, wo der Holzarbeiterverband die Nichtausgesperrten

herauszog, gehörten auch zwei Gewerbevereinsleute zu den Letzteren. In diesem Falle gingen sie mit hinaus, denn, sagten sie, den Betrieb könnten sie ja doch nicht halten; wo sie aber in der Lage wären, den Betrieb aufrecht zu erhalten, da würden sie es tun ohne Rücksicht auf den Holzarbeiterverband. Das bedeutet also nichts anderes als, der Gewerbeverein wird in jedem Falle, wo es ihm möglich ist, Arbeiterverrat treiben. Und was ist der Judaslohn für solchen Verrat? Wie man hört, soll das Abkommen der Unternehmer mit dem Gewerbeverein darin bestehen, daß alles, was die Unternehmer mit dem Holzarbeiterverband etwa vereinbaren sollten, auch den Mitgliedern des Gewerbevereins zugute kommt! — Also die Hoffnung auf Vorteile eines Kampfes, den andere führen, veranlaßt den Gewerbeverein, die Verräterrolle zu spielen. Die Zahl der Gewerbevereinsmitglieder, die für den gegenwärtigen Kampf in Frage kommen, ist indes äußerst gering. In den Werkstätten, die bis jetzt ausgesperrt haben, arbeiten etwa 30 Gewerbevereinsmitglieder. Diese Leute werden also den kämpfenden Verbandsmitgliedern keinen sonderlichen Schaden zufügen können, aber ein schändlicher Verrat der Arbeiterinteressen bleibt ihr Verhalten trotzdem.

In einer Vertrauensmännerversammlung beschäftigten sich am Montag die Musikinstrumentenarbeiter des Holzarbeiterverbandes mit der Ausperrung in der Holzindustrie. Es waren Delegierte aus 83 Fabriken anwesend. Eine eingehende Aussprache über diese Angelegenheit ergab, daß auch die Musikinstrumentenarbeiter die gegenwärtige Situation ernstlich haben und dem jetzt ausgebrochenen Kampfe das größte Interesse entgegenbringen. Darüber herrschte Einstimmigkeit unter den Versammelten, daß alle Mittel aufzuboten werden müssen, um den Ansturm des Unternehmertums gegen den Holzarbeiter-Verband energisch zurückzuweisen. Die jetzige wirtschaftliche Nachstellung des Verbandes müsse in vollem Umfange erhalten bleiben.

Bzüglich der bevorstehenden Reichstagswahl wurde folgender Antrag angenommen: Die heute versammelten Vertrauensmänner beschließen, in allen Betrieben darauf hinzuwirken, daß am Wahltag die Arbeit ruht.

Zur Ausperrung der Automobilfahrer.

Mit Stolz wurde in der letzten Versammlung der Autoführer am Dienstagmorgen im Gewerkschaftshaus festgestellt, daß bis jetzt nicht einer der ausgesperrten abtrünnig geworden sei. Die Unternehmer selbst mußten diese Einstimmigkeit anerkennen; sie ließen auf Umwegen das Streikkomitee um eine Unterbrechung ersuchen, denn ihre Drohungen blieben wirkungslos. Am Montagabend fanden sich die Vertreter der Arbeiter auf dem Bureau der Unternehmervereinigung ein, wo sie zuerst hören mußten, daß keine offizielle Einladung vorläge und man immer noch auf Vorschläge von den Fahrern warte. Dann ließ man sich auf Unterhandlungen ein und machte schließlich das Angebot, 20 Proz. Provision statt der bisherigen 25 Proz. zu geben und alles übrige beim alten zu lassen; der Arbeitsnachweis solle paritätisch sein und wo „Rißverhältnisse“ über die neue Arbeitsordnung vorlägen, wolle man mit sich reden lassen. — Mit diesen Vorschlägen beschäftigte sich eine Vertrauensmännerversammlung eingehend, dann wurden sie von Rettig, der über die Lage referierte, den Aussperrten selbst unterbreitet. Diese zeigten durchaus keine Neigung, sich angeheiß des jetzt offensiblen Fiaskos der Unternehmer mit ihrer Ausperrung eine Reduktion gefallen zu lassen. 226 Fahrer arbeiten zu den alten Bedingungen; neue Leute sind schwer zu gewinnen, und die 580 Aussperrten halten mit seltener Festigkeit zusammen — daraus gewinnt jeder einzelne das Gefühl der Stärke und Sicherheit. — Schumann, der Vorsitzende vom Zentralverband, nahm das Wort zu einer Ansprache, in welcher er zuerst seiner Verdringung über den Stand der Bewegung Ausdruck gab und dann die Situation darlegte. Die gemachten Vorschläge, die von einzelnen Unternehmern ausgehen, sind nicht bestimmt genug festgelegt, man müsse warten, bis man etwas Schriftliches als Willensmeinung von der Unternehmervereinigung in Händen habe. Das Müßige in dieser Lage sei, wenn die Versammlung sich zu Unterhandlungen auf annehmbarer Basis bereit erklärt und ihrer Kommission den Auftrag gibt, Verhandlungen zu führen. Eine entsprechende Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. Die Aussperrten beschloßen noch, daß in kürzester Frist eine Versammlung aller fahrenden Kollegen einberufen werden soll.

Der Streik der technischen Gummiarbeiter hat jetzt eine Veränderung zugunsten der Ausständigen erfahren. Nach abermaligen Verhandlungen mit den Arbeitgebern erklärten sich sieben von den zehn in Betracht kommenden Firmen bereit, einen neuen Tarifvertrag anzuerkennen, der den Arbeitern einige Verbesserungen sichert. Demnach beträgt die Arbeitszeit 52 Stunden pro Woche. Der Mindestlohn für Arbeiter ohne Lehrzeit ist auf 35 Pf. für solche von 18 bis 20 Jahren, und auf 40 bzw. 45 und 50 Pf. für solche von über 20 Jahren je nach der Beschäftigungsdauer festgesetzt. Der Lohn für Arbeiter mit dreijähriger Lehrzeit beträgt im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 47 Pf. und vom zweiten Jahre ab 50 Pf. pro Stunde. Alle Arbeiter, die den angeführten Mindestlohn bereits verdient haben, erhalten 5 Pf. Zuschlag pro Stunde. Bei Akkordarbeiten werden die Mindestlohnjähre garantiert. Für Ueberstunden gilt ein Zuschlag von 25 Proz. Werkzeuge werden geliefert; auch verpflichten sich die Arbeitgeber, für genügende Schutzvorrichtungen, Ventilation, Wassereinrichtungen usw. Sorge zu tragen. Der Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1908. Auf Grund dieser Vereinbarungen ist die Arbeit bei den sieben Firmen gestern wieder aufgenommen worden. Die drei Firmen jedoch, welche den Vertrag noch nicht unterschrieben haben, bleiben bis auf weiteres gesperrt.

Ausland.

Der Streik in Fougères.

Paris, 14. Januar. (Fig. Ver.) Das Schicksal der 8000 Arbeiter, die die maßlose Habgucht der Fabrikanten von Fougères dem Elend preisgibt, lenkt die Augen der ganzen Oeffentlichkeit auf sich. Selbst die ärgsten Reaktionen wagen es nicht, offen ihre Sympathien mit den Ausbeutern zu bekennen. Als die sozialistischen Deputierten in der Kammer für die Ausständigen eine Kollekte veranstalteten, bekamen sie auch von Liberalen und nationalistischen Kollegen Beiträge. Praktisch von größter Bedeutung ist, daß die Kammer den Antrag der sozialistischen Fraktion, für die Opfer des Streiks einen Kredit von 100 000 Fr. zu bewilligen, mit Zustimmung der Regierung der Budgetkommission zu dringlicher Erledigung zugewiesen hat.

Ein Ende des Konflikts ist nicht abzusehen. Die Bemühungen zweier bürgerlichen Abgeordneten des Departements, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien einzuleiten, scheiterten an der hartnäckigen Weigerung der Fabrikanten, die Gewerkschaft anzuerkennen. Wie wenig ehrlich es die Unternehmer mit ihrer Friedensliebe meinen, geht auch aus folgendem hervor: Da sie in ihrer Eingabe um Zurückziehung von Militär behauptet hatten, die Mehrheit der Arbeiter sei zur Rückkehr in die Fabriken bereit und lasse sich nur „terrorisieren“, schlug ihnen der Präfet vor, die Verhandlung mit den Arbeitern von dem Ergebnis eines unter den jede Beeinflussung ausschließenden Wahrgesetzten vorgenommenen Referendums abhängig zu machen. Die Unternehmer lehnten auch diesen Vorschlag ab.

Die Kammer hat auch die Vernahme einer Untersuchung über die Lage der Schuhindustrie beschlossen. Die damit betraute Arbeiterkommission wählte einen Unterausschuß, der sich in der nächsten Woche nach Fougères begeben wird.

Der Generalfreist der Seelente.

Rom, 17. Januar. (Fig. Ver.)

Während die mehr oder weniger offiziellen Auslandskorrespondenzen das Ende dieses Streiks melden, wird er mit großer Sol-

darität und Einmütigkeit fortgeführt. Die Einigung mit der Schiffahrtsgesellschaft Puglie ist nicht von Dauer gewesen; wegen einer abweichenden Deutung eines Abzuges des neuen Abkommens ist die Arbeit wieder niedergelegt worden. Im ganzen sind nach einer Statistik der Reeder bis heute 80 Dampfer von ihren Mannschaften verlassen worden; von diesen wurden 23 Transatlantische und 21 Postdampfer von den Reedern entwauffnet, 33 Dampfer sind mit Streikbrecherpersonal in See gegangen, drei warten auf Streikbrecher, um abfahren zu können. Von dem Streikbrecherpersonal ist zu berichten, daß es der Zahl nach ganz unzulänglich ist, so daß von Seegeswegen die Abfahrt dieser mangelhaft bemannten Dampfer strafbar wäre; es sind Leute ohne Matrosenbuch und ohne Qualifikation, deren Tüchtigkeit sich z. B. darin zeigt, daß an einem einzigen Tage (9. Januar) drei Dampfer in besanntem Fahrwasser aufgelaufen sind und noch heute festliegen.

Die Ausperrung der Textilarbeiter in Lodz.

Seit die Konterrevolution Oberwasser gewann, ist die Unternehmerrschafft im ganzen russischen Reiche eifrig daran, die wirtschaftlichen Verbesserungen, die sie den Arbeitern zugestehen mußte, rückgängig zu machen. In dem zentralrussischen Industriegebiet wie in Petersburg haben die Arbeiter derartigen Attentaten keinen großen Widerstand entgegen sehen können und es kam dort nicht zu großen wirtschaftlichen Kämpfen. Anders in Rußisch-Polen. Mit derselben zähen Ausdauer und revolutionärem Eifer, mit dem die Fabrikproletarier den politischen Kampf führen, haben sie auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Interessen verteidigt, und ganz besonders in Lodz waren die verflochtenen zwei Jahre eine Zeit ununterbrochener Kämpfe. Es ist nahezu selbstverständlich, daß die Arbeiter nicht immer gefachit manövierten, daß vielfach Fehler gemacht wurden. Es kam vor, daß die Arbeit eingestellt wurde, ehe überhaupt Forderungen formuliert waren, oft genug waren die Forderungen unklar und verworren. Wie könnte es auch anders sein, wenn die wirtschaftlichen Organisationen erst im Anfangsstadium sich befinden, wenn die Arbeiter keine öffentlichen Versammlungen abhalten können und ihnen keine Presse zur Verfügung steht. Zu bewundern ist vielmehr, daß unter diesen Bedingungen der Kampf nicht in rohe Zerstörungswut ausartete. Wir betonen: nicht ein Fall von Zerstörung der Maschinen usw. ist in dieser Zeit in Lodz wie überhaupt in Polen vorgekommen, während doch derartige Vorkommnisse in keinem Lande in ähnlichen Situationen ausbleiben. Es ist dies zweifellos das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, deren moralischer Einfluß stark genug ist, um die Arbeiter von Exzessen abzuhalten, um im Gemüsel des Kampfes rohe Ausschreitungen zu verhindern.

Gegen Ende des vergangenen Jahres haben nun die Kapitalmagnaten des polnischen Randgebietes zu einem entscheidenden Schlage ausgeholt: sie bereiteten eine allgemeine Ausperrung der Arbeiter in den Textilfabriken vor. — Die Situation schien ihnen günstig. Die Konjunktur in der Textilindustrie Rußlands ist gedrückt, der Absatz gering. Es ist das eine direkte Folge der Störung des Kredits und der Hungersnot in Rußland. Lodz arbeitet eben für den russischen Markt; der hungersüchtige Bauer kann keine Ware kaufen, der Kaufmann hütet sich, sein Lager zu füllen, zumal er keinen Kredit findet. Unter solchen Umständen bedeutet die Stilllegung der großen Fabriken für die Kapitalisten keinen allzu großen Verlust. Dabei kommt in Betracht, daß diese Kapitalmagnaten in der Tat über riesenhafte Mittel verfügen. Seit zwei Menschenaltern wurden in Lodz fabelhafte Profite erzielt; obgleich die Fabrikanlagen mit schwindelhafter Schnelligkeit erweitert wurden, sind sie heute amortisiert, die Baumwollspinnerei sind nicht auf Kredit angewiesen, im Gegenteil, die Scheibler, Poznanahy, Heinsel verfügen über immense Geldkapitalien, beherrschen die Banken. Unter solchen Verhältnissen ist die Sperrung der Fabriken für Wochen, selbst für Monate ein Verlust, der sich verschmerzen läßt. Ja, sie ist unter Umständen ein gutes Geschäft: es gibt in Lodz noch Tausende von kleineren Fabriken, besonders Webereien, die den Riesenbetrieben lästige Konkurrenz machen. Werden nun die großen Fabriken gesperrt, so sind diese Konkurrenten lahmgelegt, denn sie bekommen kein Garn; eine solche Produktionsstörung halten sie aber nicht aus, weil sie alle auf Kredit arbeiten und nur bei ununterbrochenem Umsatz existieren können. Die Ausperrung könnte daher den — für die Scheibler, Poznanahy und Konkorten erwünschten — Ausgang haben, daß der Widerstand der Arbeiter gebrochen und die kleinen Konkurrenten, die noch nicht durch die wirtschaftliche Depression der Revolutionszeit vernichtet sind, ans Wasser geliefert werden. Ein Trutz der Baumwollmagnaten zur Ausplünderung der Konsumenten ist dann das nächste Ziel.

Die Ausperrung war also beschlossene Sache bei den Hauptmachern. Man wartete auf eine „günstige“ Gelegenheit.

Diese bot sich in der Fabrik von Poznanahy. Das ist für jeden Kenner der Dinge in Lodz sehr erklärlich, denn die Herren Poznanahy sind in ganz Polen die Personifizierung schmutzigster Profitgier und Skrupellosigkeit. Noch vor 40 Jahren war der Begründer der Firma, der Vater der jetzigen Millionäre, ein schäbiges Schachersjüdelein; auf dem Wege zum Reichtum streiften Papa und Söhne mehr als einmal das Judthaus mit dem Aermel. Da ist z. B. ein Vorkommnis solcher Art: Poznanahy baut eine Weberei und eine eigene Gasanstalt. Da aber die Gasleitung der Stadt sein Grundstück streift, bohrt der Ehrenmann das Rohr der städtischen Leitung an und stiehlt der Stadt jahrelang das Gas. Da sind vertuschelte Prozesse wegen Vertriebes falschen Geldes, Prozesse wegen Diebstahl von Mustern usw. usw. Als Arbeitgeber sind die Herren die schmutzigste Gesellschaft in ganz Lodz und das will etwas heißen. Natürlich sind die Angestellten der Firma zumeist würdige Diener ihrer Herren. Es gibt darunter Leute, die eine ganze Garnitur von Kriminalverbrechen auf dem Kerkerbühl haben, weil eben anständige Techniker und Meister es nicht so lange bei solchen Unternehmern aushalten, sondern in der Regel mit Krach, wobei es wiederholt Ohrfeigen für die Herren Kosche schmeißt, schleunigst ihre Stellung verlassen. Was Wunder, wenn in der Fabrik von Poznanahy das Verhältnis zwischen Arbeitern einerseits und Verwaltung und Meistern andererseits das denkbar schlechteste war und ist, daß dort seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung die Konflikte nicht aufhörten. Zu einem solchen Konflikt kam es wiederum im November. Einer der Herren Ingenieure fühlte sich beleidigt und die Fabrikleitung stellte den Arbeitern folgende Bedingungen: sie sollten den Beleidigten demütigst um Verzeihung bitten, es sollten 80 Arbeiter entfernt werden, es sollte fortan die Fabrikleitung nach Willen der Arbeiter ohne Kündigung entlassen dürfen, schließlich sollten die Arbeiter sich verpflichten, „regelmäßig zu arbeiten und unter keinen Umständen den Betrieb zu stören“. Die Arbeiter wiesen dieses Ansuchen zurück, weil die Bedingung der kündigungslösen Entlassung unannehmbar ist. Das würde eben bedeuten, daß die Arbeiter sich jeder Willkür fügen, daß sie sich verpflichten, jede Lohnreduktion, jede Verschärfung der Arbeitsbedingungen widerstandslos hinzunehmen. Die letzte Bedingung aber bedeutet, daß die Arbeiter sich verpflichten sollten, auf Demonstrationen, auf politischen Streiks zu verzichten, „um den Betrieb nicht zu stören“.

Daraufhin erfolgte die Ausperrung bei Poznanahy, und eine Anzahl anderer Fabriken, Scheibler, Heinsel, Kuniker, Niebermann, Steiner usw., kündigten ihren Arbeitern in der Weise, daß sie die Sperrung der Fabriken androhten, wenn die Arbeiter von Poznanahy nicht die Arbeit aufnahmen.

Die Situation ist aber die: in den großen Betrieben, die an der Verfassordnung beteiligt sind, arbeiten über 20 000 Menschen; geringe ist, die kleinen Betriebe lahmzulegen, indem man ihnen das Garn sperrt, so werden weitere 10 bis 15 000 Arbeiter brotlos. Wenn die Arbeiter trotzdem den Kampf aufnehmen, so erklärt sich das daraus, daß für sie eben alles auf dem Spiele steht. Durch die bisherige Lohnkämpfe haben die Arbeiter Lohnverbesserungen von 25 bis 33 Proz. erzielt; ihre Lage ist daher wohl etwas gebessert, doch kommt in Betracht, daß auch die Lebensmittelpreise durchweg gestiegen sind. Es gilt also vor allem, das Erreichte zu verteidigen. Es gilt aber auch — und das haben die Arbeiter sofort mit richtigem Instinkte erfasst — die sozialen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Die Lodzer Arbeiter haben erreicht, daß

Die Unternehmer sie nicht mehr wie willenlose Sklaven behandeln dürfen, daß sie mit ihnen wie Macht zu Macht verhandeln; sehen die Unternehmer jetzt ihren Willen durch, brechen sie den Widerstand der Arbeiter, dann kehren die alten Zustände zurück, dann werden die Löhne Fabriken von neuem den Arbeitern zur unentgeltlichen Hilfe, dann wird wieder die alte Sklaverei eingeführt. Und dagegen eben wehren sich die Arbeiter, deshalb nahmen sie todesmutig den Verzweiflungskampf auf.

Zum Glück gelang es den Fabrikanten nicht, volle Einigkeit zu erzielen. Es gibt „Kupfersticker“ unter ihnen. Eine Anzahl großer Betriebe — Geber, Rosenblatt, Silberstein usw. — zogen es vor, aus dem Spiel zu bleiben. Diesen stehen nun zahlreiche Aufträge zu; sie haben gesicherten Absatz für ihre Ware und außer-

dem wird dem Garmangel der kleinen Betriebe wenigstens zum Teil vorgebeugt. In den letzten Tagen haben die genannten nicht ausstehenden Betriebe neue Arbeiter eingestellt und arbeiten Tag und Nacht. Dadurch werden ein paar Tausend der ausgesperrten Arbeiter beschäftigt. Die Organisationen haben dabei die Sache derart eingerichtet, daß die Arbeiter in diesen Betrieben abwechseln, indem jeder nur drei Tage in der Woche arbeitet.

Die Lage ist also zurzeit die: die Arbeiter haben Aussicht, den Angriff abzuwehren. Es kommt darauf an, einige Tausend Mann einige Zeit zu unterziehen. Hilfe ist dringend nötig. Wenn die Arbeiter Europas die internationale Solidarität betätigen, dann ist der Sieg in Lodz sicher.

Vermischtes.

Ein Erdbeben in der Südsee. Der in San Francisco eingetroffene Dampfer „Ventura“ brachte die Nachricht, daß am 21. v. M. ein heftiges Erdbeben in Apia (Samoa) veripurt wurde. Die dortige deutsche fotografische Station stellte fest, daß das Erdbeben auf eine submarine Erschütterung 900 Meilen südlich von Apia zurückzuführen ist.

Vor den Augen der Mannschaft erschossen. Auf dem Exerzierplatz in Riba hat sich wie aus Innsbruck gemeldet wird, der Leutnant Rudolf Horak vor den Augen der Mannschaft auf dem Exerzierplatz erschossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 16. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Das Glashaus.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Kammerstücke: Das Friedensfest.
Westen. Souffle Bobby.
Vorhang. Der Wildschütz.
Anfang 8 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Salome.
Leffing. Der heimliche König.
Saitler O. (Wagner-Theater.)
Minna von Barnhelm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Der Familienstag.
Mittwoch 3 Uhr: Tiroler Krippenspiele.

Schiller-Theater Charlottenburg. Die rote Robe.
Neues Schauspielhaus. Herthas Hochzeit.
Kleines. Eine triviale Komödie.
Berliner. Sherlock Holmes.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Neues. Denise.
Residenz. Florette und Patapon.
Kunsthilfshaus. Sufarenfieber.
Zentral. Künstlerblut.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.

Thalia. Eine lustige Doppeldecker.
Luisen. Die schöne Ungarin.
Berthas Hochzeit. Ausgewiesen.
Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Familienstag im Hause Breckstein.

Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Apollo. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.
Kosmos. Ledige Leute. Spezialität.
Hollies Caprice. Das Rodel. Serenissimus August XXVI. Josef Fleischmann.

Prater-Theater. Wilhelm Tell.
Passage. Berlin paß' auf! Spezialitäten.
Figaro. Der Kavaliere. Die Klau.
Chicagoer Landwirt. Unterm Bett.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Spezialitäten.
Karl Döberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tanzenstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.
Sternwarte. Invalidestr. 57/62.

Ferdinand Bonus
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Rich Werner.
Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus
Mittwoch, den 16. Januar 1907:
Herthas Hochzeit.
Donnerstag:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr

Neues Theater
Gastspiel Suzanne Després aus Paris.
Denise.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Maison de Poupée.
Freitag: Thérèse Raquin.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Dunbury.)
Donnerstag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Anfang 8 Uhr.
Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Pariser Leben.
Freitag: Lafalot.
Sonnabend: Pariser Leben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Ab. 8 Uhr: Carmen.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Tiroler Krippenspiel.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh:
Die Alkalmietale.

Louising-Theater
Beilkenallee 7/8.
Mittwoch, den 16. Januar, 7 1/2 Uhr:
Der Wildschütz.
Abonnements gültig.
Donnerstag: Martha.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Ungarin.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr.
Florette und Patapon.
Schauspiel in 3 Akten v. R. Desnoequin und Pierre Weber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der Schlafwagen-Kontrollleur.**

Bernhard-Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Heute:
Letzte Aufführung:
Ausgewiesen.
Soziales Volkstheater in 4 Akten von Karl Böllger.
Anf. 8 Uhr. Billetoverkauf. 10—1 Uhr an der Theaterk.

W. Noack's Theater.
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Cherliche Arbeit.
Volkstheater mit Gesang in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Garten- und Vorzugskarten gültig.
Donnerstag große Extravorstellung:
Fromont junior und Risler senior.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bender.
Giampietro, Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonnabend den 19. Januar 1907:
II. gr. Metropol-Theater-Ball.

Etablissement Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Lenore die Grabesbraut
Dramatisch. Gemälde in 3 Akte von von Hardt.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetoverkauf von 10—1 Uhr an der Kasse des Etablissements.

Sanssouci
Königsplatz 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Montags, Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Die Wahrsagerin.
Jubiläumserfolg!
Sonn- u. Montags, Donnerst. u. Freitags.
Theater, Abends.

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Das Modell.
Serenissimus August XXVI.
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Schiller-Theater. Charlottenburg, Blomardstraße, Ecke der Orlomanstr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Scribe. Deutsch von Anne St. Core.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Jugend.
Freitag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.

Zirkus Busch.
Heute abends 7 1/2 Uhr.
Der Todes-Globus
Der Burkhardt-Football, Schulk. 4 Springfeder-Konkurrenz. Herrn Schumanns neueste Dress. Die berühmte Reiterfamilie
Lecusson.
Um 7/10 Uhr:
ROM.
Gr. Origin.-Aussl.-Pantomime des Zirkus Busch in 7 Bildern

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Apollo Theater
8 Uhr: Die Spezialitäten-Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Die schöne Vestalin.
Operette. Musik von Viktor Holländer.
Sonntag, den 20. Januar, nachm. 3 Uhr: Doppelvorstellung. Salbe Breisel: 1. Akt. Variété. 2. Akt. Demis auf Erden.

Wintergarten
SAHARET.
Otto Reutter
Kaufmann-Truppe, wohl. Radfahrer. Ein Ballabend i. Paris, Ballott, ausgef. von der Tiller-Truppe, London. Johnson und Dean, Mollatten-Gigolin. Die 3 Schwestern Klooss, Gymnastische Produktionen. Howard und Harris, Amerikanische Excentrics. Aniollet und gedankenlesender Hund Pils. Paul Cinquevalli, Jongleur. Fiorotta's Luftballon. Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Berlin paß' auf!
Bunteste in 2 Akten v. Leop. Cig. Musik von Rudolf Kellon. In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix. Außerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Berlin paß' auf!
Bunteste in 2 Akten v. Leop. Cig. Musik von Rudolf Kellon. In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix. Außerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Berlin paß' auf!
Bunteste in 2 Akten v. Leop. Cig. Musik von Rudolf Kellon. In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix. Außerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Walhalla-Variété-Theater
Weidenbergstr. 19/20, Kolonnenstr. 10.
Heute abends 8 Uhr:
Die erste Zentration von 1907!
Kosta, der Mann der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue 14 Carneval-Spezialitäten 14

Polologlow - Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 16. Januar etc., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm u. Berlin's größt. gegenwärtig größte Sensation.
Das Original
Der Motor im Globus.
Mit Ireno und Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé,
die Könige der Equilibristen.
Vorführung der bestbesetzten Schul-, Freizeits- und Springfeder sowie die neu engagierten Spezialitäten.
Zum Schluss zum 27. Male:
Die größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart:

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpckeplatz 67/68.
Heute und jeden Abend 8 Uhr:
Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lacherfolg:
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
„Ueber'n großen Teich.“

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Letztes Auftreten
des
Januar-Spielplans!
Ab 19. Januar:
Münchener Hochbier-Feste!
Im März:
Wiederbeginn
der
Variétévorstellungen.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann. Vorher das bunte Januarprogramm. Bella, Schwan in 1 Akt v. M. Krüger.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol
[r. Puhmann, Schöndauer, Klee 148.
Jeden Sonntag Anfang 8 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige **15**
Nummern!
Nach der Vorstellung: Extratanz.
Dienstag: Rose-Theater-Gastspiel.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.<

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15. — Telefon IV, Nr. 3578.

Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Andreas-Feistale,
Andreasstr. 21 (Zug. Fritz Waller):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten.
Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Adressen der Obleute:

Fritz Hübner, Rixdorf, Elbestraße 34, vom parterre. Branchenleiter für Süden und Südwesten. — Wilhelm Unger, Currystr. 37, vom III. Obmann für Südost. — Otto Neumann, Norduferstr. 21, Obmann für Norden und Mosbit. — Paul Schade, Rangstr. 37, vom II. Obmann für Osten und Nordosten.

77/10 Die Kommission.

Achtung! Jalonsierarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Saal 7:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Gesamtkommission. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Achtung, Modelltischler!

Donnerstag, den 17. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Agthen,
Wagelstraße 5:

Vertrauensmänner-Versammlung der Modell- und Fabrikarbeiter sowie Modelldrehler.

Tages-Ordnung:
1. Ausgabe der Vertrauensmännerkarten. 2. Bericht der Kommission.
3. Verschiedenes. Die Kommission.

Landsberg-Soldiner Wahlkreis.

Am Freitag, den 18. d. Mtz., abends 8 1/2 Uhr, findet im
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal II, eine

Versammlung

aller aus obigem Kreise hier beschäftigten Personen statt und ist das Er-
scheinen eines jeden notwendig. Der Einberufer: H. Strohw.
Die Mitglieder des Agitationsvereins sind ebenfalls verpflichtet, zu er-
scheinen. 907B

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 17. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im großen
Saale des Volkshauses, Rosknechtstraße 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906. 2. Situationsbericht über die
Arbeitsverhältnisse. 3. Jahresbericht und Wahl der Ortsverwaltung. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 77/20
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. — Ohne Mit-
gliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 34, Amal 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amal 4, 9679.

Donnerstag, den 17. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,
Rosknechtstraße 3:

Bezirksversammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung: 110/18
1. Die Reichstagswahl und ihre Bedeutung
für die Gewerkschaften. Referent: Genosse
Dr. Borchardt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 17. Januar 1907, abends 8 Uhr, bei Thiel,
Bergrstraße 151-152:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Der Kampf in der Holz-
industrie. Referent: Bauvorsteher Kollege Stusche. 4. Verbands-
angelegenheiten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, ohne Verbandsbuch oder
Streichkarte kein Zutritt. 78/1 Die Ortsverwaltung.

Neuerscheinung!

Das Ende des Reichs

Deutschland und Preußen
im Zeitalter der großen Revolution
von Kurt Eisner.

Elegant gebunden 5,- Mark

Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

2. Wahlkreis.

Heute Mittwoch, den 16. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

2 Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Gott-Bräuer“, Tempelhofer Berg, Referent: Parteisekretär Fritz Ebert.
Fühles Festale, Deunewitzstraße 13, Referent: Redakteur H. Ströbel.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

3. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 16. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

Augustin, Oranienstraße 103. Referent: Dr. Pleßner.
Insel-Festale, Inselstraße 10. Referent: Benno Maaß.

Tages-Ordnung:

1. Der bevorstehende Wahlkampf. 2. Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

4. Wahlkreis!

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr:

9 Volks-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

1. Der Wahlkampf und die bürgerlichen Parteien.

2. Freie Diskussion.

Kellers Festale, Köppenstraße 29.

Elysum, Landsberger Allee 41.

Litfin, Memelerstraße 67.

Markgrafensäle, Markgrafendamm.

Bocker, Weberstr. 17.

Drachenburg,

Vor dem Schlesischen Tor.

Graumann, Rannysstraße 27.

Urania, Wrangelstraße 9-10.

Süd-Ost, Waldemarstraße 75.

Referenten: Stadtv. Paul Hirsch, Sekretär A. Ritter,
Alb. Kohn, Max Schütte, Stadtv. Emil Basner, Wilh. Gründel,
Hugo Heimann, Karl Hetzschold, Redakteur Karl Wermuth.

Regen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

5. Wahlkreis!

Freitag, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Wähler-Versammlung

in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Diskussion. Referent:
Stadtverordneter Hugo Heimann. [245/5] Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr:

2 öffentl. Wählerversammlungen

bei Groterjan, Schönhauser Allee Nr. 130,
in Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee Nr. 148.

Tages-Ordnung:

„Der Wahlkampf als Kampf gegen die Reaktion“.

Referenten sind die Genossen Julian Borchardt und Ernst Brückner.
Zahlreichen Besuch erwartet Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokrat. Wahlverein Schöneberg.

Bezirk I.

Am Samstag, den 12. Januar,
verstarb plötzlich im Alter von
40 Jahren unser Mitglied, der
Bemühungsbereite

Gustav Heß.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 16. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zwölf-Apostel-Kirchhofes,
Tempelhoferstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
15/4 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß

unser Mitglied, der Schmelz

Gustav Heß

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 16. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zwölf-Apostel-Kirchhofes
in Schöneberg aus statt. 110/19
Nego Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 13. Januar verstarb unser

Kollege

Julius Mai

45 Jahre alt, an Lungenleiden.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

16. Januar, nachmittags 3 Uhr,

von Trauerhause Gradenstr. 4

auf dem Zuhlen-Kirchhof, Westend,

Jägerstrasse aus statt.

Gute Beteiligung erwünscht

189/6 Die Verbandsleitung.

Am 12. d. Mtz. starb unser

Mitglied

Ernst Schlecht.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mitt-
woch, nachmittags 3 Uhr, von der

Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes aus statt.

Der Vorstand des Sparvereins

„Foster Wille“

Clallherstraße 60. [3872]

Am 13. Januar verschied nach

kurzem schweren Leiden meine

liebe Frau

Auguste Kaiser.

Franz Kaiser, Schuhmacher,

Waldstr. 5.

Die Beerdigung findet am

17. Januar, nachmittags 3 Uhr,

von Thomas-Kirchhof, Hermann-
straße, aus statt. 902B

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster

Teilnahme bei der Beerdigung meines

lieben Vaters, unseres guten Vaters,

Schwagers und Großvaters, Bruders,

Schwagers und Onkels, sage allen,

die davon teilgenommen haben,

meinen herzlichsten Dank. [3676]

Am Namen der Hinterbliebenen:

Hw. Berta Ebert.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Hant- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot

nach Maß, schnell, dauerhaft, Latone,

von 20 Mark an. Moritz Laband,

Oranienburger Straße 4, 1.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.

12 erstklassige Schlagor 12

Konzertsaal:

Wiener Schrammeln.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Der Berliner Rathausfreisinn.

Hat Mut bekommen. In großen Worten verkündet er's: „Das rote Banner muß vom 2., 3. und 5. Wahlkreis heruntergeholt werden.“ In allen Wählerversammlungen wiederholen die freisinnigen Wortführer vor ihren paar Dutzend Parteianhängern unter einem Aufwande von Kraftworten die alten Tiraden aus Eugen Richters Sozialistenpiegel vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat, höchstens noch verdrängt mit einer Anleihe aus dem Zitatenjad des anrührenden Lügenverbandes. Dabei lassen es die Herren aber nicht bewenden; sie lassen das Zeug auch drucken und schicken es den Wählern ins Haus. Wenn das die Wähler schwarz auf weiß lesen, so müssen ihnen, glauben sie, die Stimmen gleich massenhaft zufließen. Daß unsere lieben Freisinnigen bei dieser Gelegenheit den Mund recht voll nehmen und unsere Partei in der maßlosesten Weise beschimpfen, darf nicht wundernehmen. Diese Erfahrung kann man bei allen den Leuten machen, die sich „nach oben“ nicht genug bücken können. Devot nach oben, brutal nach unten! ist ihre Devise!

Will es, die Eingriffe der Krone in die städtische Selbstverwaltung zurückzuweisen, so sind diese Herren sehr kleinlaut, wenn nicht ganz mühsamstill. Höchstens freuen sie sich im stillen, wenn ein Sozialdemokrat offen gegen diese Eingriffe Stellung nimmt. Dafür gehen sie ans Brandenburger Tor und stehen stundenlang im schlechtesten Wetter, um „auf Wunsch“ des Kaisers einem auswärtigen Potentaten in gebückter Haltung ihre Neberenz zu erweisen. Was die Herren hier an Energie vermissen lassen, versuchen sie doppelt und dreifach weitz zu machen, wenn es gilt, gegen die Arbeiterklasse und deren Vertreter zu Felde zu ziehen.

In den Flugblättern, die kürzlich von den Freisinnigen vornehmlich im 3. und 5. Kreise verbreitet wurden, wird ganz im Sinne der scharfmacherischen „Post“ losgelegt gegen den angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter, die Arbeitswillige zum Streik zwingen, Arbeitgeber zur Entlassung ihnen mißliebiger, nichtorganisierter Arbeiter nötigen und Wohlstand und Sperrre verhängen. Wie können die Arbeiter auch so unerschrocken sein und von ihrem ihnen geschlechtlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machen, von einem Koalitionsrecht, das heute schon durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung erheblich eingeschränkt ist. Aber es sind ja Arbeiter, gegen die sich die freisinnigen Angriffe richten. Daß Unternehmer ihre Arbeiter, die nicht zu allen Bedrückungen Ja und Amen sagen, ohne mit der Wimper zu zucken, aufs Pflaster werfen und wochenlang aussperrn, wie jetzt wieder die Holzarbeiter-Aussperrung beweist, scheinen die „freisinnigen Arbeiterfreunde“ ganz in der Ordnung zu finden!

In einem freisinnigen Flugblatt — „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ überschrieben — bekommen es Herr Cassel wie Herr Rosenow fertig, sich sogar als Arbeiterfreunde aufzuspielen, indem sie die Lage der Angestellten in „sozialdemokratischen Betrieben“ schildern. Zu diesen sozialdemokratischen Betrieben rechnen diese Herren die Konsumvereine. Dabei treiben sie mit einer Statistik über die Lage der Angestellten in diesen Konsumvereinen geradezu Unfug. Zunächst sei betont, daß die Konsumvereine keine sozialdemokratischen Betriebe sind, also keine Betriebe, die von der Partei gegründet oder beauftragt werden. Dann aber steht fest, daß die Lage der Angestellten von dem Augenblick an, too Sozialdemokraten in den Konsumvereinen einen maßgebenden Einfluß gewonnen, eine ständige Verbesserung erfahren hat. Gerade die sozialdemokratische Presse ist es aber gewesen, die den Beschwerden der Lagerhalter bereitwilligst ihre Spalten geöffnet hat und an der Dividendenjägerlei der betreffenden Konsumvereine schärfste Kritik übte. Genau so hat es die Gewerkschaftspresse gemacht! Boher hätte denn der Freisinn überhaupt sein — freilich vom Freisinn tendenziös entstelltes — Material, wenn nicht aus der Partei- und Gewerkschaftspresse selbst! Selbst ein Vorkämpfer der Genossenschaftsbewegung, wie Genosse v. Elm, hat auf dem Berliner Gewerkschaftslongreß im Jahre 1905 den sich hier und da in den Konsumvereinen breitmachenden „Kramergelst“ in der abfälligen Weise kritisiert. Die Lagerhalter brauchen also wahrhaftig nicht zu warten, bis sich ihrer der Freisinn annehmen. Der Freisinn mag daher vor der eigenen Türe fegen!

Ganz und gar verfehlt aber ist der Hinweis auf die Zustände in der Druckerei des „Vorwärts“ unter Bezugnahme auf eine Auslassung des Organs der Buchdrucker, des „Korrespondent“. Dasselbe Organ hat bekanntlich erklärt: „Daß die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ besser sind, als in den meisten bürgerlichen Betrieben, ist unbestritten.“ Es muß sehr schlecht um ihre Sache stehen, wenn unsere Wegner zu solch niedrigen Mitteln greifen müssen.

Dagegen haben wir seinerzeit nachgewiesen, daß die Arbeitsverhältnisse gerade in freisinnigen Blättern, z. B. in dem „Berl. Tageblatt“ und der „Morgenpost“, außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen! Als vor Jahren die beiden Korrektoren der „Freisinnigen Zeitung“ vom Verlag bessere Bezahlung verlangten, erhielten sie ihre Kündigung. Es wurden an Stelle der Entlassenen Damen eingestellt, die aber bei vielen Druckfehlerberichtigungen wegen wieder entlassen wurden. Seit dieser Zeit beschäftigt der Verlag zwei städtische Lehrer. Was doch der Freisinn seine Nase erst einmal in diese Dinge stecken!

Daß unsere freisinnigen Wegner durch solche oben gekennzeichneten Tintenstregereien Arbeiter einzufangen, werden sie wohl selbst kaum annehmen.

Auch die Redensarten von der durch die Sozialdemokratie erstrebten „Anfreiheit“ sind albernere Geschwätz. Daß es gerade die Sozialdemokratie ist, die direkt kulturfördernd wirkt, hat kein anderer als der Reichstagsler Fürst Bülow — wenn auch unbewußt — in seinem Silberbrief an den Lügenverband zum Ausdruck gebracht, indem er behauptete, daß die deutschen Arbeiter die bestgebildeten von der Welt seien“. Es ist kein Zufall, daß gerade in Deutschland die Sozialdemokratie und die Genossenschaftsbewegung ganz außerordentlich stark vertreten ist, und ohne Uebertreibung können gerade diese beiden Faktoren ein außerordentlich großes Verdienst an der sittlichen und geistigen Hebung der deutschen Arbeiter für sich in Anspruch nehmen.

Ganz besonders schlecht sieht es dem Rathausfreisinn aber an, sich als Arbeiterfreund aufzuspielen. In der Stadtverordnetenversammlung, wo sie das Heft in den Händen haben, sind sie sehr schwer zu bewegen, den städtischen Arbeitern das zu gewähren, was ihnen rechtmäßig zukommt. Die sozialdemokratischen Vertreter müssen um die berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter mit diesen Herren einen ständigen harten Kampf führen und ihnen jedes Zugeständnis abringen. Wie es mit der Entlohnung der städtischen Arbeiter noch heute aussieht, möge ein Bericht über die Verhandlungen der Deputation

für die städtische Kanalisation beweisen, den wir Ende November veröffentlichten konnten: Dort heißt es:

Die Kieselwörter hatten in ihrer Petition beantragt: ihnen einen Anfangslohn von 21 M. pro Woche zu gewähren, also 3 M. pro Tag, steigend alljährlich um 1 M. pro Woche bis zum Höchstjahre von 27 M. Die Deputation hat diesen Antrag abgelehnt und beschlossen: den Anfangslohn auf 2,75 M., nach 5 Jahren auf 3 M. und nach 10 Jahren auf 3,25 M. festzusetzen. Zurzeit werden circa 200 Kieselwörter beschäftigt, der Anteil des einzelnen an der Lohnaufbesserung ist also nur gering. Gegenüber dem schweren Dienst dieser Arbeiter, der abwechselnd in 12stündiger Tag- oder Nachtschicht besteht, Sonntags eingeschlossen — im Winter nur bei ganz strenger Kälte alle sechs Stunden Ablösung — ist diese Aufbesserung ganz unzulänglich. Immer sind aber die Kieselwörter noch besser weggekommen als die übrigen Gutarbeiter, denen jede Verbesserung versagt wurde. Allerdings hatte man im Frühjahr, als bei der ersten Lesung des Etats von unseren Genossen genehmigt wurde, daß Gutarbeitern 1,50 M. Tageslohn bei 12stündiger Arbeitszeit gezahlt würden, den Mindestlohn auf 2 M. pro Tag festzusetzen. Diese Festsetzung hat aber nicht viel zu sagen, denn der Durchschnittsverdienst beträgt im Sommer und Winter in Moskau 2,20 M. pro Tag, in Spandau 2,25 M., in Blankenfelde 2,65 M. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter erhalten einen Tageslohn von 80 Pf. im Winter und 1,50 M. im Sommer. Die Bitte, diesen Arbeitern den Lohn zu erhöhen, ist kurzweg abgeschlagen worden, zum Teil mit der Begründung, daß immer noch Arbeiter dafür zu haben sind.“

Wie es mit der Bezahlung des in der städtischen Irrenpflege beschäftigten Personals steht, dafür liefert ein Bericht der Direktion der Volkshilfe Anhalt einen schlagenden Beweis. In diesem gewiß einwandfreien Bericht hieß es:

Die von uns vorgeschlagenen Löhne sind fast durchweg nicht bewilligt, sondern es sind die für 1906 gewählten in den Etat für 1906 wieder eingestellt! Infolgedessen ist die Unzufriedenheit groß, die unverschämten Leute verlassen zum Teil ihre Stellen, die verheirateten mit Familie sind bei den immer mehr steigenden Preisen aller Lebensbedürfnisse tatsächlich Entbehrungen ausgesetzt.

Ganz besonders schlecht gestellt sind noch immer unsere Pfleger, und die Folge davon ist, daß wir ständig mit einem schweren Kostand in dieser Beziehung zu kämpfen haben. Nicht nur, daß sich das Pflegepersonal, das das neu einleitende anlangt, in seiner Qualität verschlechtert hat, es ist überhaupt kaum möglich, auch nur die Zahl vollständig zu halten. Es ist zeitweise vorgekommen, daß 20 und mehr Pfleger fehlten. Daß darunter der Dienst und, was in erster Linie in Betracht kommt, namentlich auch die Kranken leiden müssen, braucht nicht gesagt zu werden. Heberall bieten sich unseren besten Leuten angenehme und lohnendere Stellen an; aus diesem Grunde haben allein in den letzten zwei Jahren (1904/05) 27 Pfleger, die nach längerer Dienstzeit zu den besseren gählten und ungern entlassen wurden, die Anstalt verlassen, darunter 11 in dem schweren Dienste des Ueberwachungs-hauses gut ausgebildete Leute. Von dem beständigen Wechsel der weniger tauglichen Elemente sehen wir dabei ganz ab. Gemiß ist dieser Uebelstand nicht nur durch höhere Löhne zu bekämpfen, sondern erfordert noch ganz andere Maßnahmen, aber zunächst wird es doch immer ein höherer Lohn sein, der den Anfang der Besserung herbeiführen kann. Er entspricht auch in keiner Weise mehr, verglichen nach dem jetzigen Werte des Geldes, den früheren Löhnen und auch nicht den in anderen Verwaltungen gezahlten Löhnen. Eine Abhilfe in dieser Beziehung ist dringend notwendig ufm.“

Das sind Zustände, die doch zum Himmel schreien. Und jahrelang haben die Freisinnigen im Roten Hause solche Zustände gebuddelt und das Personal nach dem Bericht der Direktion „tatsächlich Entbehrungen“ ausgesetzt.

In recht geistreicher Beleuchtung hat aber der Rathausfreisinn seine Arbeiterfreundlichkeit gerückt, als am 10. Mai vergangenen Jahres der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten betreffend die Einführung von Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins zur Beratung stand. Die freisinnige Mehrheit hielt es gar nicht für nötig, über die Anträge unserer Genossen zu diskutieren, sondern ging darüber einfach zur Tagesordnung über. Der Redner der Mehrheit, der den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung begründete, erklärte im Namen der drei Fraktionen, daß die Anträge ganz erhebliche, ausföhrliche Forderungen enthielten. Wörtlich folgte er fort:

„Sollten die geplanten Arbeitsordnungen festgesetzt werden, so würde kein Frieden zwischen der Stadt und den Arbeitern eintreten. Es handelt sich auch hier nicht um den Kampf um Rechtsformen, sondern um die Machtstellung, und deshalb meinen die drei Fraktionen, daß wir die Stellung unserer Stadtverwaltung in diesem Kampfe zu stärken haben, sie aber nicht schwächen dürfen. . . . Die drei Fraktionen meinen, daß zu einer materiellen Prüfung des Antrages weiter keine Veranstaltung vorliegt. Es handelt sich auch nicht nur um eine Schädigung der Stadtverwaltung, sondern es liegt eine Gefahr für die gesamte Industriewelt Berlins in diesem Antrage. (Unruhe, auch auf der Tribüne.) Deshalb haben wir unseren Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. (Beifall bei der Mehrheit. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die freisinnigen Arbeiterfreunde beschloffen auch demgemäß; sie hatten ja die Mehrheit. Unter den Stadtverordneten, die für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stimmten, befanden sich auch die jetzigen Reichstagskandidaten für Berlin III und V, die Herren Rosenow und Cassel. Herr Kämpf, der freisinnige Kandidat für den 1. Kreis, war in der Sitzung nicht anwesend. Aber es ist wohl als sicher anzunehmen, daß er bei Anwesenheit gleichfalls für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestimmt hätte. — Das ganze Verhalten der Herren ist um so schlimmer, wenn man berücksichtigt, daß die Stadt gar keine Konkurrenz zu fürchten hat, wie dies bei einem Privatunternehmer der Fall ist. Unvergessen ist auch noch die im November 1903 erfolgte Entlassung von 91 Gasanstaltsarbeitern, weil die Arbeiter von ihrem staatsbürgerlichen Rechte der Ausübung des Wahlrechts zur Landtagswahl Gebrauch gemacht hatten. Anstatt den schuldigen Beamten, der die Entlassung versagte, zur Verantwortung zu ziehen, wurden die Arbeiter aufs Pflaster geworfen und waren dem „Wohlwollen“ ihrer Vorgesetzten wegen ihrer Wieder Einstellung angeliefert. Gerade der Rathausfreisinn hat alle Ursache, auf seine Rolle als städtischer Arbeitgeber mit einem Gefühl der Beschämung zu blicken. Wir nehmen auch gar nicht ernsthaft an, daß der Berliner Freisinn durch seine infame Verkämpfung der Sozialdemokratie, durch sein Geschwafel vom Terrorismus und dergleichen mehr beabsichtigt, Arbeiter für seine Zwecke zu gewinnen. Wir glauben vielmehr, daß er sich bei den rechtsstehenden Parteien, bei den Scharfmachern beliebt machen und den Beweis erbringen will, daß er, der Freisinn, in puncto Niederknüttelung der Arbeiter und reaktionärer Gesinnung es mit dem schlimmsten Scharfmacher aufnehmen kann. Es wäre ungerecht, wenn ihm deren Hilfe versagt würde; verdient hat sie sich der Rathausfreisinn!

Ein „imponierender“ Gegner.

Der Berliner Freisinn trägt einen unerbötlich scheinenden Optimismus zur Schau: am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf. Ist es zu glauben, daß seine Führer von einem „neuen Aufschwung“ sogar im vierten Wahlkreis träumen?

Im vierten Wahlkreis haben bei den letzten Reichstagswahlen bereits 8878 Wähler für die Sozialdemokratie gestimmt; das sind mehr als drei Viertel aller, die hier zur Wahl kamen (89294), ohne die ungültigen Stimmen), und fast drei Fünftel aller, die hier überhaupt wahlberechtigt waren (115851). Da wäre also für die bürgerlichen Parteien selbst dann nichts mehr zu wollen gewesen, wenn die famosen „Reichswähler“ bis auf den letzten Mann herangebracht worden wären und abesamt noch für die bürgerlichen Kandidaten gestimmt hätten. Daß die Freisinnigen wie die Konservativen dennoch auch diesmal wieder mit Jählandbaten vor die Wähler-schaft des Kreises hintreten, das verstehen wir. Aber unerträglich ist uns, woher sie den Mut nehmen, den Wählern vorzuführen, daß in dieser Gegend der Sozialdemokratie noch irgend etwas für die bürgerlichen Parteien zu hoffen sei.

Die Freisinnigen haben am Montag den Zigarettenfabrikanten Kaphun als ihren Jählandbaten proklamiert. In der Versammlung freisinniger Wähler, die zu diesem Zweck zusammenberufen worden war, referierten über die Bedeutung der Reichswahlen ein Handelskammersekretär Meher und ein Direktor Willner. Herr Meher bezeichnete es als Aufgabe des Freisinns, „langsam aber sicher die Reichshauptstadt aus den Händen der Sozialdemokratie zu befreien“. Im vierten Kreis sei das besonders schwer, aber auch hier werde es einmal möglich werden. Schon diesmal müsse der Freisinn, so mahnte er, „eine Stimmengahl aufbringen, die der Sozialdemokratie imponiert und ihr Furcht einflößt“. Er sprach übrigens in föhlicher Nattheit um die Stimmen auch der Konservativen, obgleich diese hier selber eine Jählandbatur bereithalten. Einen größeren Faden spannte der Direktor Willner. (Wir wissen nicht, was der Herr „Dirigier!“) Er besorgte die dem Freisinn unentbehrliche Schimpferei über die Sozialdemokratie, die ihm seine Partei der Freiheit, sondern eine Partei „terroristischer Anechtung“ ist. Daß die Sozialdemokraten „auch unser deutsches Vaterland verunrühmen“, darüber müsse sich einem das Herz im Leibe zusammenkrallen“ (wörtlich). Es kam dann die „Kandidatende“ des Herrn Kaphun. Auf einen „hochpolitischen Vortrag“ könne er verzichten, aber die Wählerschaft werde ihn näher kennen lernen wollen. Er wohne seit 30 Jahren im Osten, den Jug nach dem Westen habe er nicht mitgemacht. So ähnlich wird ein Bezirksvereinsmitglied sich für das Amt des Bezirksvorsitzenden empfehlen! Doch Herr Kaphun erzählte noch mehr: er sagte unter anderem, in der Sozialgesetzgebung für die Arbeiterklasse dürfe das bisherige rasche Tempo nicht weiter innegehalten werden.

In der Diskussion sprach zunächst ein Wähler, der besonders für den Mittelstand eintrat. Der Mann hatte schon nach dem Vortrag des Herrn Willner eine Diskussion herbeiführen wollen, war aber abgewiesen worden. Als er hiergegen protestierte, kündigte der Versammlungsleiter, ein Herr Sandmann, ihm an: „Wenn Sie nicht ruhig sind, werfe ich Sie hinaus!“ Der Gast hatte sich nicht etwa besonders ungebührlich benommen. Aber wo die freisinnige Tapferkeit sich in der Mehrheit weisz, da ist sie rasch bereit, unbenannte Leute die Faust fühlen zu lassen. Uebri-gens hatte man den Mittelständler offenbar für einen der Sozials gehalten. Da mußte man denn dem vermeintlichen Anhänger des sozialdemokratischen „Terrorismus“ durch sofortigen Hinweis auf die freisinnigen Kaufschmeißermeister zu „imponieren“ suchen. Als er nachher doch noch zu Worte kam, versicherte er, er sei kein Sozialdemokrat. Er bereitete aber den Freisinnigen den Schmerz, nicht nur gegen Kaphun zu sprechen, sondern auch die Verdrehungen und Verleumdungen zu tabeln, mit denen der Freisinn die Sozialdemokratie belämpfe.

Die übrigen Redner sprachen für Kaphun. Einer, ein Arzt Dr. Wis, rühmte von ihm, daß er „ein sogenanntes Programm entwickelt“ habe. „Das ist auch ganz überflüssig“, sagte er, „denn unterscheiden wir uns von den Sozialdemokraten, wir tragen unser Programm unter dem Herzen.“ Dabei hatte vorher der Herr Willner nach bekanntem Rezept gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf erhoben, sie verhalte ihr Programm — und die Versammlung hatte ihm zugestimmt! Sonst wußte der Herr Doktor noch zu erzählen, Herr Kaphun habe „keine offene Hand gehabt“, er habe „keine Zeit, kein Geld und seinen Wispel für andere Leute in die Waagschale geworfen“. Schließlich wurde der so empfohlene, programmlose Herr Kaphun widerspruchslos zum freisinnigen Kandidaten proklamiert.

Wären wir nicht Sozialdemokraten, so könnte der gute Mann uns leid tun — er, der nun „keine Zeit, kein Geld und seinen Wispel“ (wie der fröhliche Herr Doktor so geschmackvoll sagte), ganz nutzlos opfern wird. Die Wählerschaft des vierten Kreises wird für ihren bisherigen Vertreter im Reichstags, den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Singer, eine so gewaltige Stimmengahl aufbringen, daß für den „imponierenden“ Wegner nur ein Heiterkeitserfolg herauskommt. Imponierend muß die Rundgebung ausfallen, durch die der vierte Kreis am 23. Januar sich aufs neue für die Sozialdemokratie als die einzige Partei des Fortschritts erklärt — imponierender als je!

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat in einer Versammlung, die dieser Tage im Rudauer Hof stattfand, beschloffen, „alle national denkenden Handlungsgehilfen Berlins und der Vororte aufzurufen, bis auf den letzten Mann von ihrem Wahlfrecht Gebrauch zu machen, um den Sieg der vaterlandverräterischen Sozialdemokratie zu verhindern.“ Im ersten Wahlkreis wollen sie dafür sorgen, daß einer der beiden nationalen Gegenkandidaten, Damaskle oder Stockmann in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten gelangt. So recht im klaren sind sich die Herren nur nicht, wer der geeignetere Kandidat ist, Damaskle oder Stockmann. Da man aber nur für einen Kandidaten stimmen kann, will es ein Teil mit Damaskle ein anderer mit Stockmann versuchen.

Eine Landpartie nach dem Wahllokal

müssen die Wähler des 397. c. Wahlbezirks unternehmen. Sie müssen von der Comarck- und Lippewerstraße an der Greifswalderstraße durch den Friedrichshain wandern, um nach dem in der Landberger Allee belegenen Wahllokal von Steffens zu gelangen. Sollte wirklich in der Comarck- oder Lippewerstraße kein geeignetes Lokal aufzutreiben sein, um die Wähler vor diesem Marsch zu verschonen?

Wählerversammlungen.

Zweiter Wahlkreis.

Heute, Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Wählerversammlungen in folgenden Lokalen statt: Bodbrauerei, Tempelhofer Berg. Referent: Parteisekretär Fritz Ebert. Zähllokal: Festsaal, Demnewitzstr. 13. Referent: Redakteur G. Ströbel.

Dritter Wahlkreis.

Heute abend 8 Uhr zwei Wählerversammlungen. Die erste findet statt bei Augustin, Oranienstr. 108; die zweite in den Insel-festhallen, Inselstr. 10. Tagesordnung: „Der bevorstehende Wahl-lampf“. Referenten sind die Genossen Dr. Pichner und Benno Raab.

Wählerversammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Am Montag fanden wieder zwei Versammlungen statt. Eine in der Schönhauser Vorstadt und eine im Weddingviertel. Ein ungeheurer Andrang herrschte im Saale der Trauererei Königstadt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war jeder Platz besetzt. In den Gängen und auf den Treppen zur Galler-

drängen sich die Versammlungsbefucher. Viele fanden überhaupt keinen Einlass mehr. Freude am Wahlkampf war auf allen Gesichtern zu lesen und diese Stimmung wurde noch erhöht durch die Wirkung der Rede des Genossen Ledebour, der mit rücksichtsloser Schärfe die Kolonialphantasie und ihren derzeitigen hervorragenden Vertreter Dernburg kennzeichnete. Das herrschende System in Staat und Gesellschaft unterzog der Redner einer scharfen Kritik und zeigte den Zuhörern, die seine Ausführungen mit stürmischem Beifall aufnahmen, daß uns der 25. Januar einen gewaltigen Sieg bringen muß, durch den wir dem endgültigen Siege unserer Ideen ein bedeutendes Stück näher kommen werden. — Eine kurze Diskussion folgte dem Vortrage. Genossin Philipp wandte sich an die Frauen und forderte sie auf, gegen ihre Rechtlosigkeit dadurch zu protestieren, daß sie, soviel sie können, die Sache der Sozialdemokratie fördern helfen. Genossin Gau gab der Enttäuschung Ausdruck über die Handlungsweise jenes Rechtsanwalts, der kürzlich als Verteidiger eines Raubmörders es wagte, die Sozialdemokratie für das Verbrechen verantwortlich zu machen. Auch ein Genosse sprach noch für lebhaftere Wahlbeteiligung. Dann schloß die Versammlung mit brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

Sachons Saal in der Müllerstraße war das Ziel, dem die Genossen und Genossinnen an der äußersten Grenze des Weddingviertels zustrebten. Bald war denn auch der geräumige Saal von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge gefüllt und wurde durch die Polizei abgesperrt. Mit lebhaftem Interesse folgten die Versammelten dem Vortrage des Genossen Augustin, der in kräftigen Worten den Kolonialschwindel sowie die reaktionäre, volksausbeuterische Politik der herrschenden Klassen kennzeichnete. Stürmischer Beifall fand die Aufforderung, den reaktionären Gelüsten entgegenzuwirken durch massenhafte Stimmabgabe für den Kandidaten der Sozialdemokratie. — Auch in der Diskussion, die dem Vortrage folgte, zeigte sich, daß überall in proletarischen Kreisen die größte Begeisterung für den Wahlkampf herrscht und daß jeder Parteigenosse dafür eintritt, daß sich die Scharen der sozialdemokratischen Kämpfer mehren und unserer Partei ein großer Sieg gesichert wird.

Teltow-Beeskow-Storlow-Charlottenburg.

Nach langem, heißem Bemühen ist es endlich gelungen, für unseren Kreis eine konservative Kandidatur zustande zu bringen. Herr Boddin, Bürgermeister einer reinen Arbeiterstadt wie Rixdorf, hat sich den Reaktionen und Brotwucherern zur Verfügung gestellt. Mit ihm will sich der freisinnige Stadtschulrat Reufert in den Durchfall teilen. Diese beiden Kandidaturen haben schon zu Differenzen unter den Nationalliberalen Anlaß gegeben. Nicht alle wollen für Boddin votieren und der Vorsitzende der Nationalliberalen hat schon sein Amt niedergelegt.

Die Namen der bisherigen Abgeordneten des Kreises sind: 1871—74 Dr. Prinz Handjery (konservativ), 1874—77—78 Niepert (nationalliberal), 1878—81 Wöllner (Fortschrittspartei), 1884—85 bis 87—90—93 Dr. Prinz Handjery (konservativ), 1893—98—1903 bis jetzt Jubel (Sozialdemokrat).

Seiner eingeschriebenen Wählerzahl nach ist der Kreis bereits das vorige Mal der größte von ganz Deutschland gewesen. Der Zuwachs von 1898 bis 1903 betrug nicht weniger als 48 083, und seit 1903 dürfte die Wählerzahl mindestens wieder um 50 000 zugenommen haben. In Rixdorf allein sind etwa 18 000, in Charlottenburg etwa 12 000, in Wilmerdorf 6 000, in Schöneberg 9 000 Wähler hinzugekommen. Wir können also auf 230 000 wenn nicht mehr eingeschriebene Wähler rechnen.

Daß die Gegner keine Aussicht haben, den Kreis, den sie ziemlich lange gegen uns verteidigt haben, zurückzuerobieren, lehrt die folgende Tabelle. Es erhielten Stimmen:

Jahr	Hauptwahl				Stichwahl			
	Sozialdemokratie	Konservative	Nationallib.	Freisinn.	Sozialdemokratie	Konservative	Nationallib.	Freisinn.
1871	—	7 551	2 802	—	40	—	—	—
1874	1 453	4 525	4 842	—	182	—	4 507	8 299
1877	2 608	4 704 ¹⁾	4 901	3 835	54	—	8 478	5 939
1878	4 763	8 891	2 550	6 606	511	—	10 870	12 458
1881	1 205	14 278	113	12 032	83	—	—	—
1884	4 543	15 916	—	9 830	111	—	—	—
1887	8 868	24 930	—	8 365	35	—	—	—
1890	19 169	22 760 ²⁾	84 ³⁾	7 437	393	22 839	28 945	—
1893	31 424	18 487	7 786 ⁴⁾	8 253	483	36 330	29 987	—
1898	42 669	28 441	2 080 ⁵⁾	11 392	1 587	51 967	46 361	—
1903	73 834	36 703	7 623	11 711	3 013	—	—	—

¹⁾ 2228 Konservativ, 2467 Reichspartei. ²⁾ 673 Reichspartei. ³⁾ Antifemiten.

Zweifelslos haben sich auch bei der letzten Wahl noch manche unserer Freunde die Abgabe eines Stimmzettels geschenkt, weil sie „Wichtigeres“ zu tun hatten und sie leichtfertig sich sagten: Der Sieg ist uns ja doch sicher! Solche Handlungsweise ist durchaus zu verwerfen; manches Mandat ist durch solche Laune in Bekundung der Parteipflicht schon verloren gegangen. Und was eigentlich noch wichtiger ist: für uns zählen nur die Stimmen, die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind und wird durch die Wahlfäulen die Parteistärke verkleinert.

In Charlottenburg haben bei der letzten Wahl 17 000, in Schöneberg 8 000 Wähler sich der Stimme enthalten, und diese alle reklamieren die Gegner der Sozialdemokratie für sich. Wenn unsere Parteigenossen auch nur einigermassen auf dem Posten sind, dann ist es uns ein Leichtes, diesmal 100 000 Stimmen auf unseren Kandidaten, den Genossen Jubel zu vereinigen. Diesem Ziele müssen wir alle zustreben. Gelingt es uns, diesmal im ersten Wahlgang über 50 Proz. der Wahlberechtigten für uns an die Urne zu bringen, dann werden unsere Gegner wohl ein für allemal die Hoffnung aufgeben, uns den Pflasterwahlkreis zu entreißen; dann wird der Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storlow-Charlottenburg zu einer Hochburg der Sozialdemokratie geworden sein, die die bürgerlichen Parteien nie und nimmer erklimmen können.

Daß es zur Erreichung jenes Zieles noch kräftiger Anstrengungen bedarf, läßt das folgende Tableau erkennen.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Prozentverhältnis der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in der Hauptwahl veranschaulicht folgende Aufstellung:

Jahr	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebenen Stimmen		Für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in Prozenten d. Wahlberecht.
		Zahl	in Proz.	
1871	—	10 483	—	—
1874	—	11 002	—	13,19
1877	—	16 102	—	16,17
1878	—	24 321	—	19,57
1881	—	27 721	—	4,56
1884	47 662	30 400	64,1	9,53
1887	54 107	41 998	77,8	16,02
1890	65 943	49 843	75,8	29,07
1893	87 911	68 433	77,7	35,74
1898	124 903	86 199	64,1	30,89
1903	138 076	192 904	74,9	40,34

Wenn bei der letzten Wahl auch schon ein erheblicher Bruchteil über die Hälfte der Wähler für unseren Kandidaten Genossen Jubel votierte, so sollten doch noch fast 10 Proz. an der Hälfte der Wahlberechtigten. Dies Wando muß am 25. Januar ausgeglichen werden, und bei unermüdlichem Eifer wird das Ziel erreicht. Wie unbedingt not-

wendig rastlose Arbeit ist, zeigt der Ausfall der Wahl im Jahre 1898. Wohl wurde für uns eine geringe relative Steigerung der Stimmzahl erzielt, von 47,30 auf 49,54 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen, aber unser Anteil an den Wahlberechtigten war prozentual gesunken, weil die Wahlbeteiligung erheblich hinter dem früheren Satz zurückgeblieben war. Mit der stärkeren Wahlbeteiligung im Jahre 1903 verbesserte sich auch die Verhältniszahl für uns ganz wesentlich. Das ist jedenfalls wohl ein Beweis dafür, daß sich unter den Wahlträgern viele Sozialdemokraten befanden. Diesmal muß jede Stimme herangezogen werden, die Abstimmung am 25. Januar muß sein:

Ein Ruf wie Bogendrang: „Nieder mit den Volksfeinden!“

Kreis Teltow.

Rixdorf. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Handels- und Transportarbeiter, in welcher auch die Frauen zahlreich vertreten waren, referierte Genosse Störmer über den Wahlkampf und die Parteien. Treffend charakterisierte er die bürgerlichen Parteien und riefte die Machenschaften des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie ins rechte Licht, dabei auch den bekannten Aufruf des Reichskanzlers nicht vergebend.

Der Referent unterzog das Regierungssystem, unsere ganze Kolonialwirtschaft einer vernichtenden Kritik und beleuchtete kritisch die Vera Wilkows. In flammenden Worten ersuchte er die Anwesenden, am 25. Januar ihre Stimmen dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Fritz Jubel zu geben.

Hier sei den Rechtlosen und Unterdrückten Gelegenheit gegeben, der Regierung die rechte Antwort zu geben, der Sieg muß unser sein. Stürmischer Beifall lohnte die treffenden Ausführungen. Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 13. Januar tagende öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen von Rixdorf und Wrig vertritt im Sinne des Referats zu wirken.“

Die Anwesenden verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß am 25. Januar die Regierung die richtige Antwort erhält.

Auch ist zu erwarten, daß aus dem Wahlkampf die Sozialdemokratie als Siegerin hervorgeht, denn diese Partei ist die einzige, welche „Gleiches Recht für alle“ fordert.

Nieder-Barnim.

In echt demagogischer Weise sucht jetzt die kleine Lokalpresse die Geschäfte des bürgerlichen Kandidaten zu betreiben. Kein Tag vergeht, an dem nicht über neuen unerhörten Wahlterrorismus der Sozialdemokratie berichtet wird. So mußte in der Montagsnummer des Lichterberger Ortsblätchens wieder mitgeteilt, daß unsere Genossen in Belzen die Geschäftsleute zu Gaden für den Wahlfonds herangezogen hätten. Wenn an dieser Notiz auch nur etwas wahr wäre, woran aber gar nicht zu denken ist, so bliebe das Vorgehen unserer Genossen noch weit hinter den Machenschaften unserer Gegner zurück, bei denen der Wahlterrorismus die beste Waffe im Wahlkampf ist. Ueberdies scheint das Blatt mit einer solchen Mitteilung nur den Zweck zu verfolgen, Wagnersang zu treiben.

Weißensee. Mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigt sich am Sonntag im „Vereinshaus“ eine polnisch-christlich-nationale Versammlung. Der Referent erklärte, daß unter keinen Umständen der Kandidat Erzberger unterläßt werden dürfe, da seine Partei alle Forderungen der Regierung zur Bekämpfung des Völkertums bewillige. Zum Schluß forderte er auf, für den Polen die Stimme abzugeben. In der Diskussion suchte ein polnischer Genosse die von einigen Rednern erhobenen Angriffe gegen die Sozialdemokratie zurückzuweisen, ihm wurde jedoch das Wort verweigert. Die Versammlung war von 150 Personen, darunter 20 Angehörigen unserer Partei besucht. Der die Versammlung leitende Vorsitzende Tischler Sniegowski scheint noch nicht gelernt zu haben, daß man auch einen Gegner zum Worte kommen lassen muß.

Zur Widerlegung der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Angriffe findet am Sonntagmorgen 1 Uhr ebenfalls im „Vereinshaus“, Charlottenburgerstr. 160, eine öffentliche polnische Versammlung statt, in der jedem Redner das Wort gestattet wird. Die deutschen Parteigenossen werden ersucht, ihre polnischen Arbeitskollegen auf diese so wichtige Versammlung aufmerksam zu machen, damit dieselbe zahlreich besucht wird.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Bezirksführer und Stellvertreter des Kreises werden ersucht, am Donnerstag, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter, Parteigenossen des Kreises Ost- und West-Sternberg! Die Wahl am 25. Januar erfordert Kräfte, die mit den Verhältnissen des Kreises vertraut sind. Es ist dringend erwünscht, daß sich am Tage der Wahl recht viele Genossen zur Verfügung stellen.

Am Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Gott, Dragonerstr. 15, eine Zusammenkunft der in Berlin arbeitenden Ost- und West-Sternberger statt. Rego Beteiligung erwartet. Das Wahlkomitee.

Landberg-Soldiner Wahlkreis. Am Freitag, den 18. d. Mts., 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal II, eine Versammlung aller aus obigem Wahlkreis hier beschäftigten Personen statt. Erscheinen ist Pflicht.

Achtung! Kalau-Ludau. Am nächsten Sonntag findet im Wahlkreis Kalau-Ludau Flugblatt- und Stimmzetteldistribution statt. Parteigenossen, die helfen wollen, sind zum Donnerstag abends 8 1/2 Uhr bei Wehnacht, Grünstraße 21, eingeladen; dort findet die Materialausgabe statt. Um rege Beteiligung bitte!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Agitationsvereins für den Reichstagswahlkreis Kalau-Ludau, Eitz Berlin. H. Moebius, Kottbusser Ufer 68.

Johannisthal. Am Donnerstag, den 17. d. M., findet eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, abends um 8 Uhr, pünktlich und zahlreich bei Sobin, Roonstr. 2, zu erscheinen. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Barnimendstraße 6, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, zu welcher jeder Genosse pünktlich zu erscheinen hat. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Wufschel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Da am genannten Abend Maskenbälle stattfinden, werden die Genossen ersucht, Billets zurückzugeben, für die obige Versammlung zu agieren und zahlreich in derselben zu erscheinen.

Alt-Glienide. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Lokale der Witwe Haberecht. Referent ist der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter Fritz Jubel. Sämtliche Wähler nebst Frauen sind hierzu eingeladen. Das Wahlkomitee.

Bezirk Waldmannslust. Sonnabend, den 19. d. M., abends 8 Uhr, findet in Detmoldstr. im Forsthaus eine öffentliche Reichstagswählerversammlung statt. Gemeindevorteiler Denker-Waldmannslust referiert über: „Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen.“ Zu dieser Versammlung findet Donnerstagabend eine Handzetteldistribution statt. Treffpunkt abends 7 1/2 Uhr im Forsthaus. Genossen, es ist Pflicht aller, zu erscheinen.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr: Öffentliche Reichstagswählerversammlung in Stolpe im Lokale der Witwe Bergemann. Gemeindevorteiler Denker-Waldmannslust referiert über: „Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Neuwahlen.“ Zu dieser Versammlung findet Freitagabend eine Handzetteldistribution statt. Treffpunkt Freitagabend 8 Uhr bei C. Seifert, Hohen-Neuendorf, Karl Ludwigstr. 6. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Vorsigwalde. Sonntag, den 20., früh 8 Uhr, findet in allen Orten des Bezirkes eine Flugblattverteilung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Diejenigen Genossen von Vorsigwalde, die gewillt sind, schwächere Orte zu unterstützen, ebenso die Radfahrer werden ersucht, Sonntag früh 7 Uhr im Lokal von Reuter zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Der Gesangsverein „Waldhor“, Vorsigwalde, veranstaltet am Sonnabend, den 19. Januar, in Trappes Festsaal in Tegel einen Maskenball. Da der Verein sich jederzeit zu den Parteiarbeiten zur Verfügung stellt, ist es erwünscht, daß die Genossen denselben bei seinen Veranstaltungen unterstützen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Zeichen und Wunder — vor den Wahlen!

Hat schon mal jemand erlebt, daß in der „Freisinnigen Zeitung“, die sonst so unentwegt die Grundzüge und Handlungen des Berliner Kommunalfreisinnig verteidigt, der Magistratsoffiziosus abgerüffelt wurde, weil er Klagen über neue Ausgaben der Stadtgemeinde den Zeitungen überliefert hatte? Das noch nie Dagewesene — jetzt vor den Wahlen ist es Ereignis geworden!

Das genannte Organ des Kommunalfreisinnig veröffentlicht eine Notiz des Magistratsoffiziosus über die Absicht des Magistrats, in der Lehrergehaltfrage endlich nachzugeben und auch für Arbeiter, Handwerker, Unterbeamte, Kuffeher und Feuerwehrlente Lohnerhöhungen und Gehaltszulagen in den nächsten Etat einzustellen. (Vgl. „Vorwärts“, Nr. 11 und 12.) Jene rathäusliche Notiz endet mit einem Zusatz, der ankündigt, daß dann „sehr viele Etats mit erheblichen Mehrausgaben abschließen werden, die nur durch Erschließung neuer Steuerquellen gedeckt werden können“. Die Gesamthöhe der Mehrausgaben werden wohl zwei Millionen übersteigen. Hierzu macht nun die „Freis. Ztg.“ die folgende Anmerkung:

„Ganze machen, gilt nicht! Daß für neue Ausgaben die nötigen Einnahmen beschafft werden müssen, liegt klar auf der Hand. Das wird selbst einmal im Juliandstaat nicht anders. Doch aber wegen der höchstens zwei Millionen, um die der Ausgabeetat wachsen wird, neue Steuern nötig wären, scheint uns doch noch nicht so ganz sicher zu sein. Soll am Ende gar die Wertzuwachssteuer dadurch schmählich gemacht werden? Wir hoffen nicht. Jedenfalls wollen wir uns durch diesen Wind mit dem Kampfbild die Freude darüber nicht trüben lassen, daß endlich der Magistrat die gerechten Wünsche der Lehrer und städtischen Arbeiter betriebigen zu wollen, Einsicht genug gehabt hat. Wir glauben sogar, daß der eine oder der andere der Herren sich jetzt davon überzeugt haben wird, daß es auch ohne die Schärfe gegangen wäre, die sich bei der letzten Debatte in der Stadtverordnetenversammlung bei diesem Punkt geltend machte.“

Ja, es geschieht noch Zeichen und Wunder! „Gerechte Wünsche“ nicht nur der Lehrer, sondern sogar der Arbeiter? Ist es die Möglichkeit!? Und selbst das Bild des schrecklichen Zukunftsstaates, das durch den Gedanken an die neuen Ausgaben und die dadurch nötig werdende Beschaffung neuer Einnahmen vor das Auge der freisinnigen Lehrer, Beamten- und Arbeiterfreunde hingezaubert wird, vermag nicht, ihnen die herzliche Freude über die dem Magistrat endlich gefommene Einsicht zu trüben? „Höchstens zwei Millionen“, wie nobel das klingt! Ja, so sind wir freisinnigen immer — wenn Wahlen bevorstehen.

Das einzig Kergerliche ist nur das, daß die Arbeiter, Handwerker, Unterbeamten, Kuffeher usw. es mit der Zeit verlernt haben, den Versicherungen zu glauben, die kurz vor den Wahlen gegeben werden. Diese Undankbaren werden mißtrauisch genug sein, zu vermuten, daß die Einsicht des Magistrats samt der Freude der „Freis. Ztg.“ nach den Wahlen einige Einschränkungen erfahren wird. Verdächtig ist schon, was die „Freis. Ztg.“ über die neuen Steuern sagt, deren Notwendigkeit ihr doch noch nicht so ganz sicher scheint, speziell der Zusatz über die Wertzuwachssteuer, die Terrainspekulationsbesteuerung, die sie sich nicht schmählich machen lassen will. Da hat freisinnige „Freude“, die mit Angst um den Geldsack sich paart, sich ein bißchen verplappert.

Propos, Wertzuwachssteuer! Wertzuwachssteuer machen wir nicht,“ das ist ja der Standpunkt der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit. Erst im vorigen Sommer hat sie im Rathause ihn durch den Mund des Stadtverordneten Kampff verkündet. Herr Kampff hat dabei die Terraingesellschaften, die uns die Wohnungen ins ungemessene verteuern, mit so überschwänglichen Worten gepriesen, daß jeder Terrainspekulant seine Freude an ihm gehabt haben wird. Derselbe Herr Kampff ist jetzt freisinnigskandidat im Wahlkreis Berlin I. Da war es eigentlich doch ein bißchen unklar, durchblicken zu lassen, daß dem Freisinn die Wertzuwachssteuer selbst durch die Notwendigkeit der Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht „schmählich gemacht“ werden kann.

Aus der städtischen Verkehredepuration.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehredepuration gelangte zunächst eine Mitteilung des Polizeipräsidenten betreffend die Unternehmung des Opernplatzes zur Verlesung. Belohnlich war es nach langem Hin und Her den technischen Beamten der Verkehredepuration vor mehreren Jahren gelungen, für diese Unternehmung, die von anschlagegebender Bedeutung für die Entwicklung des städtischen Straßenbahnnetzes ist, ein Projekt aufzustellen, das allen Anforderungen genau entsprach und von dem man Grund hatte annehmen zu können, daß es genehmigt werden würde. Die Prüfung des Projekts im einzelnen konnte von den beteiligten Behörden damals noch nicht vorgenommen werden, weil, wie diese Behörden mitteilte hatten, die Lage des neuen Opernhauses noch nicht endgültig festgestellt war und eine Änderung hier eventuell auch Änderungen des Tunnelprojekts bedingen würde. Da über die Lage des Neubaus des Opernhauses jetzt aber Beschluß gefaßt sein sollte, war neuerdings angefragt worden, ob denn nunmehr nicht in die Prüfung des städtischen Projekts eingetreten werden könne. Darauf hat der Polizeipräsident jetzt geantwortet, daß die Gerüchte über eine endgültige Beschlußfassung bezüglich des neuen Opernhauses unwichtig seien und daß er ferner im Auftrag des Ministers der öffentlichen Arbeiten darauf hinzuweisen habe, daß nach der auch den städtischen Behörden völlig bekannten Entscheidung, die die Frage der Herstellung von Unterflurstraßen zwischenzeitlich genommen hat, die Zulassung eines einfachen zweigleisigen Tunnels unter dem Opernplatz kaum noch wird in Er-

Redung gezogen werden können. — Der Coup der Großen Straßenbahn-Gesellschaft, durch ihre Tunnelprojekte den Bau des Rindentunnels durch die Stadt zu hinterziehen, ist also, wie das obige Schreiben zeigt, glänzend gelungen. Lange Jahre, bevor die Große Straßenbahn auf ihre Tunnelprojekte dachte, hat der städtische Plan den beteiligten Behörden vorgelegen und nur die Unfähigkeit bezüglich des neuen Opernhauses hinderte, wie es hieß, die Erledigung. Jetzt ist zwar diese Unfähigkeit auch noch nicht behoben; „zwischenzeitlich“ aber hat die Große Straßenbahn die Möglichkeit gehabt, ihre Projekte einzureichen, und nun handelt es sich nicht mehr um das neue Opernhaus, sondern vor den Projekten der privatkapitalistischen Erwerbsgesellschaft müssen die städtischen Pläne zurücktreten!

Die Mitteilung von der Einrichtung provisorischer Oberleitung auf dem Schlossplatz rief eine ebenso ausgelebte wie erregte Debatte hervor. Es bleibt vorbehalten, auf diese Debatte und die ihr zugrunde liegenden Tatsachen ausführlicher einzugehen. Hier sei heute nur das an sich ja gleichgültige, aber doch bezeichnende Kuriosum erwähnt, daß der Herr Polizeipräsident in eigener Person mit einem Brief der Großen Berliner Straßenbahn beim Herrn Oberbürgermeister erschienen war, um persönlich diesem die Wünsche der Gesellschaft nahezu legen. —

Der Einspruch der Speicherbesitzer Berlins gegen den Bau von Speichern aus Gemeindemitteln wurde abgelehnt. —

Ein Antrag der Passagenbau-Aktiengesellschaft, die von ihr geplante Passagenanlage zwischen Friedrich- und Oranienburgerstraße mit der Untergrundbahn „Süd-Nord“ zu verbinden, wurde unter der Voraussetzung, daß die Gesellschaft alle entstehenden Kosten übernimmt, widerspruchslos gegen eine jährliche Melognitionsgebühr von 300 Mark genehmigt. —

Ein wiederholter Antrag der Firma Carl Edte G. m. b. H., betreffend die Aufstellung ihrer Meteor-Stationen an den Haltestellen der Straßenbahnen, wurde wiederum abgelehnt. —

Ein Antrag des Vereins Heinersdorfer Grundbesitzer wegen Anlage einer elektrischen Straßenbahn von Berlin (Neuer Markt) über Heinersdorf, Wlankenburg und Karow nach Buch soll technisch noch näher geprüft werden. —

Der Antrag der Oberpostdirektion, betreffend die Einrichtung elektrischer betriebener Tunnelbahnen zur Briefbeförderung, soll vorbehaltlich aller Rechte der Stadt gefordert werden.

Eines Pastors Werden und eines Arbeiters Antwort.

Der Maurer Fritz Weimann hat seine Töchter, die im Alter von 13, 16 und 18 Jahren stehen, nicht taufen lassen. Daraus ist er wiederholt von der Leiterin der Sonntagsschule, die seine Kinder besuchen, und von einem Pastor Bescheiden gebeten, die Taufe vorzunehmen zu lassen. Der Genosse Weimann setzte in ruhiger Weise der Dame und dem Pastor die Gründe auseinander, weshalb er von der Kirche nichts wissen wolle. Die Dame und der Pastor suchten ihre entgegengesetzte Ansicht klarzulegen. Trotz der Lieblichkeit und Freundlichkeit, mit der beide voringen, mußten die Gegenstände an der festen Überzeugung des Vaters zerbrechen. Die Unterhaltungen über Kirche und Religion wurden stundenlang, aber stets in dem Ton und der Art geführt, wie überzeugte Menschen höflich miteinander disputieren. Das wurde anders, als ein Pastor Schlegelmilch den Genossen Weimann besuchte, um ihn zur Taufe seiner Kinder und — zur Änderung seiner politischen Überzeugung zu veranlassen. Der Herr Pastor suchte durch kräftiges Schimpfen auf Juden und Sozialdemokraten die Bekehrung des Genossen zu bewirken. Erst dann: Sehen Sie, meinte er, Rebel und Singer fahren Droschke erster Klasse, so sind Ihre Führer. Weimann entgegnete aber: Warum sollen denn die Genossen nicht Droschke erster Klasse benutzen, wenn sie es eilig haben; meinen Sie denn, Ihre Amtsbrüder fahren nicht erster Klasse oder sogar Equipage? Sie irren, wenn Sie annehmen, wir wollen alles „verringern“, nur zu Fuß laufen oder dergleichen! Wir Sozialdemokraten verlangen Gleichberechtigung, das heißt nicht ein schlechteres Los, sondern ein besseres Los für alle. Reich kennen wir nicht, den überlassen wir denen, die über Liebe predigen.

Als der Pastor Schlegelmilch sah, so kommt er nicht zu Rande, zog er härtere Saiten an. Er glaubte dem Genossen durch ein wüdes Geschimpfe auf Juden zu imponieren. Als der Genosse Weimann mit heftiger Ruhe den Gallimathias widerlegte, fuhr der Pastor der Liebe ganz scharfes Geschimpf auf. Er tischte die alten Verleumdungen gegen Genossen Singer auf, deren halber der Redakteur der „Staatsbürger Zeitung“ Volker Feinzeit als Verleumder zu 400 M. Geldstrafe verurteilt und dann begnadigt wurde. Als der Pastor mit den Schmähungen und Verleumdungen trotz der Bitte des Arbeiters, gegen Abwesende in anständiger Form und in dem Rahmen der Wahrheit zu polemisieren, nicht aufhörte, wies Weimann dem ungebetenen und unbescheidenen Gast die Türe.

Das war kurz vor Weihnachten. Zu Weihnachten erhielt der Genosse Weimann folgendes pastorale Sendschreiben:

25. Dezember 1906.

Lieber Herr Weimann!

Ich hatte Ihnen versprochen, als Sie mich so ganz parteilich an die Luft setzten, nach der Lösung: „Wer sich nicht fügt, der scheidet“. Ihnen den Beweis für meine Behauptung zu bringen, daß Sie doch keinen Grund hätten, so besonders stolz auf Ihren Parteiführer Singer zu sein, und daß unser Hosprediger Dr. Stöcker es immer noch mit demselben aufnehmen könne, den Sie doch so schamlos beschimpften. Nun sende ich Ihnen eben zwei Nummern des „Reich“, die Ihnen aus Ihrem Irrtum zur Wahrheit verhelfen können, wenn Sie nur die Wahrheit haben und hören wollten. Obwohl ich es bestimmt aus langer Erfahrung weiß, daß viele Ihrer Parteigenossen eben die Wahrheit nicht wollen, wie sie es schon mit Jesus gemacht haben und wie Sie aus Johanni 8 erkennen können, wenn Sie das einmal in der Stille durchlesen möchten, so weiß ich doch andererseits auch dies, daß viele nur blinde Radauher sind, die sich ohne jedes Nachdenken irreführen lassen. Sie werden wohl selber nicht behaupten wollen, so sehr Sie sich auch für einen klugen, nicht aber für einen bornierten Menschen halten, daß Verstand, Nachdenken bei der großen Volksmasse sei. Schon ein lateinisches, Jahrtausende altes Sprüchwort sagt: „mundus vult decipi“ d. h. „die Masse will getäuscht sein“. So viel Lebenserfahrung traue ich Ihnen selber zu. Darum nehme ich Ihnen auch die überaus unbillige Behandlung nicht übel, die Sie mir in Ihrem Hause zuteil werden ließen. Sie können nicht anders, darum erwarte ich von Leuten Ihrer Bestimmung nichts anderes. Es heißt auch hier: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Kann man auch Trauben lesen von den Dornen und Feigen, von den Disteln?“ Matthäus 12—20. Aber seien Sie überzeugt, auch dieser 19. Vers unseres Herrn und Heilands ist Wahrheit und hat auch Ihnen schon Ihr Urteil gesprochen. Eder werden Himmel und Erde vergehen, ehe ein Tüppelchen dieses Wortes vergeht. Nicht die Juden Ihrer Partei Singer, Stadthagen u. a., sondern Jesus ist Sieger. Und vor ihm werden auch Sie einst Ihre Knie beugen und bekennen, daß Jesus Christus der Herr sei zur Ehre Gottes des Vaters. Das schreibe ich heute an seinem Geburtstage und denke dabei an das Wort der Geburtsgeschichte: „denn sie hatten keinen Raum in der Herberge.“ Nur einen Raum gönnte man ihm, auf Golgathas Höhe, das Kreuz. Dennoch hat er sich als Sieger diese 1900 Jahre erwiesen, als Richter über die, die ihn nicht aufnehmen, wie Sie an dem Schicksal des armen, geheglichen Judenvolkes sehen, als Richter für die, die ihn aufnehmen — und zwar bis heute als Sieger! Haben Sie und Ihre Partei gestern abend Wunden heilen, Schmerzen stillen, Tränen trocknen können? Aber ich wünschte, Sie hätten mich und unsere Sängere auf unseren Stadtmissions-Begen gestern und heute begleitet und die Freude und die Tränen sehen können, die wir schauen durften. Sehen Sie, wir haben unsere armen Brüder lieb und suchen nach Kräftigen Whilfe zu schaffen, wo Not ist und Wundbalsam auszutrocknen, wo es Not ist. Wir suchen auch das Wohl meines Volkes, aber auf dem Wege, der seit 1900 Jahren als der

geeignete sich erwiesen hat, indem wir die Armen auf ihren besten Freund hinweisen, der alle Not zu Ende bringt.

Und wo der fehlt, sind Not und Schmerzen.

Wo der kommt, kommt Rat und Trost.

Wo der ist, da glüht die Herzen.

Wo der bleibt, gibts Himmelsloft.

Ach, es wär zum Weinen, wenn kein Heiland wär,

Aber sein Erscheinen bracht den Himmel her.

Wer zu ihm kann sagen: Mein Gott und mein Herr,

Der braucht nicht mehr klagen. Stets wirds herrlicher!

Suchen Sie von ganzem Herzen und auch Sie werden das Glück finden, das Ihnen fehlt. Und das wünsche und erlese ich Ihnen von ganzem Herzen. Und wenn Sie aufrichtig sind und die Wahrheit suchen, wirds Ihnen gelingen.

Mit herzlichem Gruß

Schlegelmilch, Pastor.

Diesem Erzeugnis pastoraler Nächstenliebe waren die Nr. 512 und 514 der Zeitung „Das Reich“ mit den bekannten Anwürfen gegen den Genossen Singer beigelegt. Nr. 514 hatte der Pastor Schlegelmilch mit folgendem Liebesausflug eigenhändig verfaßt:

Burn, Stadthagen, Arons, Sohn,

Bernstein, Goldstein, Davidsohn,

Bergfeld, Haase, Singerleben

Und die Rosa noch daneben,

Das ist, Himmel hoch und bei,

Die deutsche Arbeiterpartei!

Diese Festtagsarbeit des Pastors Schlegelmilch beantwortete Genosse Weimann. In der Antwort betonte er, daß er die pastorale Weihnachtswort und zur weiteren Verwendung überlassen werde und das Einverständnis des Herrn Schlegelmilch hierzu annehme. Dem Wunsch nach Veröffentlichung sind wir gern nachgekommen. Nachstehend teilen wir aber auch die treffliche Antwort des Genossen Weimann mit. Der Genosse schrieb:

Berlin, den 28. Dezember 1906.

Geachteter Herr Pastor!

Die Mühe, die Sie sich nach Ihrer Behauptung am Weihnachtstage genommen haben, um einen vier Seiten langen Brief an mich zu schreiben und denselben mit zwei Nummern „Das Reich“ mit den bekannten Sägenartikeln zu beschweren, eine dieser Nummern auch mit einem, gelinde gesagt, abernen Inotigen Gedicht zu versehen, hätten Sie sich sparen sollen. Statt dessen hätten Sie die Bibel wirklich studieren und einige Lehren derselben sich aneignen sollen. Von den Anwürfen im „Reich“, die der Wahrheit widersprechendes, abernes Neug widersäuen, gilt das bekannte Wort: Es ist ehrenvoll, von der Unwahrheit, beneidenswert, von der Gemeinheit gehat zu werden. Doch Ihr christliches Gemüt mit „Borniertheit“ vorhält, verargt ich Ihnen nicht, denn Ihr Eindringen und Auftreten in meinem Hause und Ihr Geschreibsel beweist eine so ungeheure Annahme und ein so tiefes Unwissen, Wahres vom Falschen und Gerechten zu unterscheiden, eine so grenzenlose Selbstsucht und ein so maßloses Gegenteil von wirklicher Menschlichkeit und menschlicher Demut, daß mich Ihre Weihnachtswort nicht wunder nehmen kann. In meinem Leben habe ich Pastoren kennengelernt, vor denen ich trotz meiner andern Ansicht über Gott und die Religion volle Hochachtung als Menschen habe, weil ich sie als aufrichtige, wirklich gläubige, bescheidene, menschenfreundliche und nach Wahrheit suchende Männer kennengelernt habe. Sie gehören zu solchen Pastoren nicht. In Ihrer Erziehung bin ich nicht verpflichtet, aber als ein kleines Liebeswort möchte ich Ihnen dringend raten, folgende Bibelstellen in Zukunft für Ihr Leben zu beherzigen und von jedem Versuch abgesehen, die Religion als Deckmantel böser Bestrebungen zu mißbrauchen oder zu verächtlich, sie als Anecht Kluprecht für Erwachsene aufzumarkieren zu lassen.

Also erinnern Sie sich endlich des Gebotes: Du sollst kein falsch Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten, und suchen Sie das auch Ihrem Lieblingsblatt dem „Reich“ beizubringen. Ferner lesen Sie nach: Jesus Strach 3, 24: Was Deines Amtes nicht ist, da lasse Deinen Fürwitz; Matth. 6, 24: Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon; Matth. 23, 27: Phariseer sind Heuchler und überhäufte Gräber, welche außenwändig hübsch scheinen, aber innenwiegend sind sie voller Totengruben und allen Unflats. Schlagen Sie die Bibel auf: vielfach finden Sie ähnliche Stellen, die trefflich auf Sie passen. Vielleicht befehlen Sie nach eifrigem Studium mit Hiob: Darum bekenne ich, ich habe unweisdlich geredet. Wollen Sie die Bestrebungen der Arbeiter verstehen, so lernen Sie das Ihnen noch unverstandliche Wort erschreien, das Sie Jak. 5, 4 vorfinden: Siehe, der Lohn der Arbeiter . . . den Ihr unterlassen, schreit zu Gott und ihre Stimmen dringen zum Herrn Sabaoth . . . Es schreien zum Himmel die Stimmen der Unterdrückten und Witwen.

So heißt es in der Bibel. Wüden Sie genug Predigten gegen die Reichen, denen Sie und „Das Reich“ dienen. Die Sprüche beherzigen Sie und auch die, die von der Verschwendung und von der Gleichberechtigung der Menschen reden, dann werden Sie damit aufhören, die Religion als Unterdrückungsmittel gegen Arme zu mißbrauchen. Es gibt Amtsbrüder von Ihnen, die so handeln. Vielleicht sind Ihnen die Schriften des Schweizer Pastors Kutter bekannt oder die des amerikanischen Pastors Mac Gradd. Die Lesen Sie, gehen Sie in sich, tun Sie nicht fortwährend im Gegenseitig zum Gebot der Bibel Ihrem Nächsten Unrecht und lassen Sie mich in Zukunft ungeschoren. Für meine Familie und die Allgemeinheit habe ich Nichtigeres zu tun, als mich mit solchen herumzuschlagen, wie Sie sind. Ubrigens sollten Sie eigentlich wissen, daß Jesus, den Sie zu verehren behaupten, ein Jude, die Sie so innig hassen, war.

Hochachtungsvoll

Fritz Weimann, Maurer.

Wird der Herr Pastor in Zukunft Achtung vor der Überzeugung anderer belätigen und die Bibel studieren?

Erweiterung des Rohrpostnetzes. Der Rohrpostbetrieb in Groß-Berlin erfährt am 25. Januar eine Erweiterung. In diesem Tage, dem Tage der Reichstagswahlen, wird bei dem Postamt 70 am Hufeisen Markt der Rohrpostbetrieb eröffnet. Die Annahme von Rohrpostsendungen beginnt bei diesem Amte täglich im Sommerholzjahr um 7 Uhr, im Winterhalbjahr um 8 Uhr morgens. Sie schließt während des ganzen Jahres um 10 Uhr abends. Das Postamt C 78 ist eine Postweigstelle des Postamtes. Es hatte bisher nur Telegraphenbetrieb.

In den Heimstätten weichen in diesem Winter die Belegungs-ziffern erheblich von denjenigen des vorigen Winters ab. Fast sämtliche Heimstätten sind jetzt stärker belegt als um dieselbe Zeit im vorhergehenden Jahre; und in der Heimstätte Wlankenburg für Genesende Frauen ist die Belegungs-ziffer geringer geworden. Im Dezember 1906 stand in allen Heimstätten dieselbe Zahl Betten zur Verfügung wie im Dezember 1905: in Gütergoy für lungenkranke Männer 98 Betten, in Buch für lungenkranke Männer 150 Betten, in Wlankensfelde für lungenkranke Frauen 78 Betten, in Malchow für lungenkranke Frauen 104 Betten, ferner in Heinersdorf für genesende Männer 72 Betten, in Wlankenburg für genesende Frauen 70 Betten. (Die Betten der überall auch für Winterbetrieb eingerichteten Reserver Baracken sind mitgezählt.) Ber-pflegungsstage wurden geleast im Dezember 1906 (in Wlankenburg für Dezember 1906): von Gütergoy 2029 (2024), von Buch 4030 (3278), von Wlankensfelde 2032 (1899), von Malchow 2888 (2890), ferner von Heinersdorf 1797 (1629), von Wlankenburg 1038 (1265); mithin war die durchschnittliche Tagesbelegung: für Gütergoy 94 (85), für Buch 140 (106), für Wlankensfelde 67 (61), für Malchow 93 (84), ferner für Heinersdorf 58 (53), für Wlankenburg 33 (41). Da ist fast überall ein beträchtliches Mehr zu konstatieren, mit Ausnahme von Wlankenburg. Darum hier die Belegungs-ziffer

zurückgegangen ist? Die Notwendigkeit, eine Heimstätte für Genesende aufzusuchen, wird wohl in diesem Winter bei den Frauen und Mädes der minderbemittelten Bevölkerung kaum geringer sein, als sie es im vorigen Winter war. Aber die vielbesagte Abneigung gegen den Winteraufenthalt in einer Heimstätte scheint leider noch zugenommen zu haben. Wir können nur wiederholen, was wir schon so oft gesagt haben: die Heimstättenpflege ist im Winter ebenso sehr zu empfehlen, wie im Sommer. Es braucht sich niemand zu fürchten, jetzt in eine Heimstätte hinouzugehen; er erfriert da nicht. Wer in der kälteren Jahreszeit, speziell im Dezember und Januar sich entschließt, eine Heimstätte aufzusuchen, der darf darauf rechnen, daß er ohne nennenswerte Wartezeit Aufnahme findet. Das gilt übrigens nicht nur für Wlankenburg, sondern bis zu einer gewissen Grenze auch für die anderen Heimstätten. Speziell im Dezember sind in allen Heimstätten, mit alleiniger Ausnahme von Buch, immer noch Betten frei gewesen, wenn auch bei weitem nicht so viel wie in der Heimstätte Wlankenburg, die ja im Dezember knapp halb belegt war.

Geschäftspolitik.

Die Verleger der sogenannten parteilosen Blätter, die natürlich immer im Grunde ihres Herzens arbeitserfeindlich sind, wie jeder Streit und jede Wahlbewegung leidet, geraten bei den jetzigen Wahlen beim Druck der Flugblätter für die Arbeiterfeindlichen Parteien in eine Zwidmühle. Ihre Firma wollen sie nicht unter die Flugblätter setzen, damit die Arbeiter ihre Blätter nicht erfahren sollen, welchen Parteiinteressen sie eigentlich dienen; den Profit aus dem Druck der Flugblätter wollen sie aber auch nicht einbüßen. Als findige Leute, denen die Politik im letzten Ende ein gutes Geschäft ist, wissen sie einen Ausweg: sie geben nicht ihre wirkliche Druckfirma dafür, sondern haben für diesen Zweck Extrafirmen. So druckt zum Beispiel „Morgenpost“-Mikstein die freisinnigen Flugblätter, als Druckfirma gibt der „Morgenpost“-Verleger aber nicht seinen ehrliehen Drucknamen Mikstein, sondern er setzt darunter: Druck: „Imprematur G. m. b. H., Berlin SW.“ So erfahren die „Morgenpost“-Leder nicht, wessen politischen Parteizwecken ihr Verleger dient. Der König der gestimmungslosen Meinungsfabrik, der große August des politischen Regierungszirkus, Scherl, druckt für die Regierung circa 5 Millionenauflage des Regierungsflyblattes: Wahlbetragungen, das beimbe so diplomatisch geschrieben ist wie die Wälo - Silberbetragung. Aber auch er setzt nicht seine Kellamestema Scherl darunter, sondern bescheiden nennt er sich: „Druck und Verlag von Patria G. m. b. H., Berlin.“ Die faul müssen sogar diese beiden geliebten Geschäftsleute die Sache halten, daß beide nicht ihre Namen hergeben, sondern beide wieder eine „Gesellschaft mit besonderen Hintergedanken“ bilden. Jauf, oberfaul!

Arbeiterwerkföhung beim Kommunalfreiwinn. Aus Kreisen der städtischen Arbeiter wird uns geschrieben: Wir haben es schon zu hunderten Malen gehört, daß die Stadt Berlin in recht liberalem Geiste regiert wird. Alles, was da im hohen Olymp flucht und kreucht, gibt sich Mühe, mit liberalen Gebarden durch das Erdenobesen zu pilgern und zu sehen, wie man noch weiter oben sich räuspert und spuckt. Oft genug ist jedoch schon an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß sich der moderne Kommunalfreiwinn, weder in Fragen der großen Politik, noch in bezug auf seine „sozialpolitische“ Einsicht und Arbeiterwerkföhung von den Reaktionsären agrarischer Couleur unterscheidet. Im Reichstage hilft der Freiwinn an dem sozialpolitischen Hungerturm zimmern, im Gemeindepalast schimpft er über sein Werk im Reichspalast und gibt die Feuerung der Lebensverhältnisse zu, und als die Arbeiter in Begriffe waren, aus der besseren Einsicht dieses Liberalismus eine Lohnhöhung herauszuschlagen, sagt man, die „haben“ Wöhne der städtischen Arbeiter seien auch der Feuerung gewachsen. Und — die Götter wissen es — vielleicht steht die in Aussicht gestellte Lohnzulage ab 1. April d. J. noch in Frage, wenn das Kollegium nicht einen neuen Steuer bewilligt. Worauf es uns aber augenblicklich ankommt, ist, zu zeigen, wie gering die Reichsgarantien sind, die den städtischen Arbeiter der Reichs- und Reichsbürger umgeben. Die Organisation der städtischen Betriebe ist fast militärisch eingerichtet und so eingestelt, daß aus den Knochen der Arbeiter ein möglichst hoher Gewinn herausgeholt werden kann. Zu diesem blühenden Beginnen ist in den Gasanstalten, in der Straßenreinigung und auch zum Teil in den übrigen Betrieben ein raffiniertes Aufpasser- und Antreiber-system eingerichtet worden. Auf höchsten 10 Arbeiter kommt schon immer ein Vorarbeiter, Meister, Aufseher, ohne die Oberaufseher und sonstigen Chargen, die auf Kosten der produktiven Arbeit ihr latentes Leben dahinbringen. So ist immer dafür gesorgt, daß das städtische Arbeitstier nicht still stehen kann, sondern arbeitet — und den Mand hält. Was in den Gasanstalten den Arbeitern in bezug auf Behandlung und Bewältigung eines Arbeitsquantums zugemutet wird, könnte Erntemann bei allen denen hervorgerufen, die sich einstens über die Abschaffung der Sklaverei in den amerikanischen Südstaaten gestreut haben. „Wem nicht paßt, kann gehen“; — „wenn Sie nicht wollen, so können Sie Ihre Karte bekommen“; — „draußen stehen genug, die gerne dafür arbeiten“, sind Lebensarten, die die Arbeiter oft genug von Leuten zu hören bekommen, die ihre Stellung nicht ihren Fähigkeiten, sondern den Bestimmungen über die Verfassung der Militäranwärter verdanken und auch solcher, die sich aus Arbeitkreisen erst zu Vorarbeitern usw. heraufgedrängert haben. Geradezu trostlose Zustände rufen nach dieser Richtung in der Straßenreinigung ein, wo die Existenz zweier Organisationen, die des Gemeindepalastverbandes und eines „blauen“ Lokalvereins das Lichtscheu Kestelreiben der Vorarbeiten geradezu begünstigt. Doch den Aufpasser der Verband der Gemeindepalastarbeiter im Magen liegt, ist schon oft nachgewiesen worden, und ebenso konnten wir dabei beobachten, wie die trostlichen Rechtsverletzungen dazu benutzt werden, den im Verband organisierten Kollegen das Leben so sauer wie möglich zu machen. Wenn die Aufpasser mit diesen organisierten Arbeitern sonst fertig werden können, so begibt man sich auf das Gebiet der Demagogie. Man beschuldigt Ding und Kunz, während des Dienstes in einer Wirtschaft geirret zu sein. In der Beschuldigung oder nicht gut angegriffen, so erfolgt meistens keine sofortige Entlassung. Verantwortet sich ein Arbeiter gegenüber dem Herrn Vorarbeiter, so wird er gemeldet und mit Strafarbeit belegt. Nicht einmal, sondern hundertmal schon sind Arbeiter während der Arbeit beschimpft und — mit Schlägen von den Vorarbeitern bedroht worden; reagiert der arme Teufel darauf, so wird er wegen Insubordination „gemeldet“ und oft genug bestraft oder entlassen. Die meisten Proteste gegen ein derartiges Verfahren sind fruchtlos, weil die Direktion den Beamten mehr als den beschuldigten Arbeitern und ihren Reagen glaubt. Ein typischer Fall, wie mit der Existenz der städtischen Arbeiter umgesprungen wird, hat sich wieder in den letzten Tagen in der städtischen Straßenreinigung ereignet. Ein Arbeiter beschwerte sich in einer Eingabe vom 28. November über eine zu Unrecht über ihn verhängte Strafarbeit und gab als Reagen für die Unrichtigkeit der Angaben des Vorarbeiters einen Nebenkollegen an. Vom genannten Tage bis zum 10. Januar d. J. hat der Arbeiter auf seine Beschwerde nichts gehört. Am 10. Januar früh erfolgte die Entlassung des Reagen, abends die des Beschwerdeführers, weil er am Totensonntag (!) in einer Wirtschaft in der Neuen Friedriehstraße gewesen sein soll. Die persönliche Beschwerde gegen diese neuerliche Angeber des Vorarbeiters (1. Abteilung) beim Direktor belief ergebnislos. Man habe nicht nötig, sich um die Fragen des Arbeiters zu kümmern. Daß die beiden Inkonstanten Verbandmitglieder sind, versteht sich am Ende. Wehe Ihnen, wenn Sie sich etwas zuzuschulden kommen ließen! Die „blauen“ jedoch

und auch die Herren Vorarbeiter können sich Freiheiten herausnehmen, die jedem anderen die Existenz kosten würden. Zwischen den nichtorganisierten Leuten können oft genug schlimme Exzesse vor, aber die strenge Ahndung, die bei Verhandlungsgliedern Platz zu greifen pflegt, bleibt hier völlig aus. Es ist geradezu empörend zu sehen, wie ein Teil der Vorarbeiter, die selbst Arbeiter sind, durch niedrige Angebereien und berechnete Liebedienereien ihren Untergebenen stetig mit der Vernichtung der Existenz drohen können. Die Deputation für das Straßeneinigungswesen würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie den maßgebenden Herren einmal nahelegte, ihren untergeordneten Beamten einen anständigen Umgangston mit ihren Arbeitern anzubefehlen. Aber ist der Kommunalfreiwille nicht mehr imstande, seine Pflichten im Rahmen zu halten und dem einfachen Arbeiter zu seinem Rechte kommen zu lassen?

Tunnelbahnen zur Briefbeförderung. Die Oberpostdirektion von Berlin plant die Einrichtung von elektrisch betriebenen Tunnelbahnen in Berlin zur Briefbeförderung von den Bahnhöfen nach den Postämtern und umgekehrt zur Verschleppung der Briefbestellung in Berlin. Diese würde um etwa zwei Stunden beschleunigt werden können und wie die Rohrpost sicher den ungeteilten Beifall des Publikums finden. Die Briefpostwagen würden dann zum größten Teil aus Berlin verschwinden. Wegen der Ausführung dieses Planes hat sich die Oberpostdirektion bereits mit den beteiligten Behörden in Verbindung gesetzt. Bewährt sich dann später diese elektrische Briefbeförderung, dürfte sie weiter ausgedehnt werden und dem Fernsprechverkehr Konkurrenz bereiten, besonders wenn es sich um die Uebermittlung von Nachrichten usw. an mehrere Personen handelt, die jetzt viel Zeit in Anspruch nimmt.

Die Klagen wegen Ueberfüllung unserer Krankenhäuser mehren sich wieder. Erst in voriger Woche legte ein Kranter, der vom Arzt nach einem Krankenhaus überwiesen war, einen Schein vor, auf dem drei Krankenhäuser den üblichen Vermerk eingetragen hatten: Wegen Platzmangel abgewiesen. Gestern wurde uns wiederum von einem Kranken ein Schein vorgelegt, aus dem hervorging, daß der Mann von der Charité, vom Jüdischen und vom Gedwigen-Krankenhaus wegen Platzmangel abgewiesen worden ist, es sei auch auf Nachfrage nach Betten in städtischen Krankenhäusern der gleiche Bescheid eingelaufen.

Da hat man nun die Berliner Bevölkerung betroffen auf das neue Sickerhaus-Krankenhaus. Es hieß, wenn das erst fertig sei, würden alle Klagen behoben sein; in Wirklichkeit scheint in diesem Winter der gleiche Notstand wie früher eintreten zu können.

Mit der Wasserfrage in der StraÙe am Tempelhofer Berg beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung der Freisinnige Verein der Halle'schen Vorzeile. Es wurde betont, daß durch die feuerpolizeiliche Verfügung, nach welcher die Wasserleitungsröhre trotz gerichtlichen Urteils aus dem Gelände der Aktiengesellschaft für Grundbesitz nicht entfernt werden dürfen, nur ein Provisorium geschaffen sei, dessen Aufhebung in kürzester Zeit erfolgen müsse. Der Magistrat sei ja bereit, das fragliche Terrain für den Preis, den bei einem Einziehungsverfahren in Betracht käme, freihändig zu erwerben, jedoch verlange die Waagegesellschaft einen weit höheren Betrag, obwohl es sich um unbebauungsfähiges Gelände handele. Jedenfalls aber sei es dringend notwendig, daß die Angelegenheit möglichst schnell erledigt werde. Im Falle einer Entziehung des Wassers würden die in Betracht kommenden Häuser wertlos und die Bewohnbarkeit derselben in Frage gestellt. Der Polizeipräsident sowohl wie der Branddirektor würden die Häuser zwangsweise räumen lassen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher der Magistrat ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, um das fragliche Terrain schleunigst zu erwerben und den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Daß der Polizeipräsident und der Branddirektor die Häuser räumen lassen werden, glauben wir kaum; jedenfalls findet sich noch ein Weg der Verständigung. Uebrigens zeigt sich hier wieder einmal die Gemeingefährlichkeit der Terraingesellschaften, deren Tätigkeit der Reichstagskandidat für den ersten Wahlkreis, Herr Kämpf, nicht genug rühmen konnte.

Das provisorische Ladengebäude in der Gertraudenstraße zwischen Breitestraße und Petrifstraße wird nunmehr endlich zum Abriß gelangen, nachdem das Grundstück an einen Unternehmer veräußert worden ist. Den Mietern der Läden ist zum 1. April gekündigt worden, weil der Abbruch des Hauses noch im kommenden Frühjahr stattfinden soll. An jener Stelle wird ein monumentales Geschäftshaus errichtet werden.

Verschwandener Buchhändler. Seit acht Tagen ist der Buchhändler Johannes Hüben aus der Barbartschstraße 40 verschwunden. Er verließ am vergangenen Dienstag seine Wohnung, um sich wie gewöhnlich ins Geschäft zu begeben. Von diesem Augenblick an wird er vermißt. Es wird angenommen, daß der Verschwandene einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist, doch ist auch nicht ausgeschlossen, daß er sich das Leben genommen hat. Er ist am 18. Juli 1878 zu Hamburg geboren, ist 1,78 Meter groß, hat dunkles Haar und dunklen Schnurbart, auffallend kleinen Kopf, hohe Stirn und trug bei seinem Weggehen dunklen Ueberzieher und steifen Hut.

Ein gefährlicher Geisteskranker. Auf die Ersparnisse junger heiratsfähiger Mädchen hatte es ein Schwindler abgesehen, der jetzt entlarvt worden ist. Im Mai vorigen Jahres lernte der Schneider Anton Eischenitz das Dienstmädchen Pauline Sch., das bei einer Herrschaft in der Bergstraße angeheiratet war, kennen. Er warb um das Mädchen und versprach ihm mündlich und schriftlich die Ehe. Dadurch ließ sich die Sch. betören, dem E. ihre Ersparnisse anzuvertrauen. Kürzlich brachte sie jedoch in Erfahrung, daß ihr Zukünftiger schon längst verheiratet sei. Im vergangenen Monat verließ sie plötzlich und wandte sich nach Hamburg. Das geprellte Mädchen hat nun gegen ihn Anzeige erstattet. In gleicher Weise soll E. noch eine Reihe weiterer Opfer betrogen haben.

Ein Benzinbrand auf offener Straße alarmierte am Montagabend die 4. Kompanie der Feuerwehrr nach dem Südufer. Dort waren vor dem Grundstück der Reichardt Asphalt Compagnie, Nr. 33-32, und dem Petroleumlagerhof Benzinfässer auf einem Wagen in Brand geraten. Hausdach schlugen die Flammen, weithin das Ufer des Schiffbaukanals bei Ploegensee erhellend. Der Aufsicht spannte mit Hilfe von Straßenpassanten schnell die Pferde an, die dadurch gerettet wurden. Die von mehreren Seiten alarmierte Feuerwehrr nahm sofort mehrere Schlauchleitungen vor, konnte natürlich bei dem ungemein feuergefährlichen und explosiblen Brennstoff nicht verhindern, daß die eisernen Fässer samt dem Wagen ausbrannten. Die Entzündung des gefährlichen Brandes wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt.

Bei einem Gerüstenbruch sind gestern vormittag am Bahnhof Gutligstraße drei Arbeiter verunglückt. Die Fußgängerbrücke, die von der Gutligstraße über den Bahnlörper nach dem Bahnhof führt, soll ausgebaut werden. Zur Herausnahme des Wellblechbelags ließ der Schlossermeister Kurz aus der Dymarsstraße 87 heute morgen ein sechs Meter hohes Gerüst aufstellen. Als auf diesem die Gesellen Richard Köhler aus der Dymarsstr. 2, Albert Walle aus Hummelburg und Jelig Bortusch aus der Ruheplatzstr. 8 arbeiteten, brach es um 11 Uhr plötzlich zusammen. Die Gesellen fielen mit den Trümmern auf den Bahnlkörper hinab. Köhler mußte mit Verletzungen an den Armen und an einem Fußknöchel nach dem Roabiter Krankenhaus gebracht werden. Walle und Bortusch klagten über Schmerzen an der rechten Körperseite, an den Armen und Beinen, im Rücken und an der Schulter.

Der Zusammenbruch eines Bankgeschäftes ereignet im Südwesten der Stadt einiges Aufsehen. Es handelt sich um das Geschäft von Franz Philippborn, das seit 40 Jahren besteht und seit 18 Jahren in der Lindenstr. 22 betrieben wurde. Der Geschäftsinhaber ist ein betagter Mann in den sechziger Jahren, der als Witwer im zweiten Stock wohnte. Die Kundschaft bestand zum größten Teil aus Handwerkermeistern, Kleinhändlern, Tischlern usw. Philippborn scheint wiederholt Neblschläge gehabt zu haben. Der

Geschäftsinhaber deckte eigene Verluste mit Geld, das seinen Kunden gehörte. Vor einigen Tagen erstatteten sechs Geschäftskunde die Anzeige, daß sie von Philippborn ihre Depots nicht erhalten könnten. Der Banker stellte seine Zahlungen ein. Auf Grund der Anzeige prüfte ein Kriminalkommissar heute mittag die Bücher. Das Ergebnis war eine Bestätigung der Befürchtungen, die die Kunden hegten. Philippborn gestand im Laufe des Verhörs, seit längerer Zeit Depotsunterschlagungen und andere Veruntreuungen begangen zu haben. Er schätzte den Verlust seiner Kundschaft auf etwa 60 000 Mark.

Nach einem vorläufigen Gutachten von anderer Seite aber ist der Verlust noch beträchtlich höher. Genaue Feststellungen können erst gemacht werden, wenn alle geschädigten Kunden vernommen sind.

Im Varietè erhängt. Eine eigenartige Stätte suchte sich gestern der Portier Karl Scheer, Vorfigstr. 4 aus, um sich das Leben zu nehmen. Seit etwa 14 Tagen war Sch. in einem Varietè („Austall“) in der Wollfl. 37 als Portier angestellt. Als eine der Rednerinnen gestern durch das Etablissement ging, ließ sie plötzlich an einen menschlichen Körper, der an einer Säule hing; es war der Portier Sch. Ein Arzt, der von der Unfallstation hinzugerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen. Das Motiv ist angeblich in Streitigkeiten zu suchen, die Sch. mit seinen Angehörigen gehabt hatte.

Eine unbekannte männliche Leiche im städtischen Obdach. Am 7. Januar d. J. ist im städtischen Obdach in der Frobelsstraße ein dem Arbeiterstande angehörender ca. 60 bis 65 Jahre alter Mann tot aufgefunden worden, über dessen Person sich bisher näheres nicht ermitteln lassen hat. Der Unbekannte ist ca. 1,70 Meter groß, von schlanker Figur, hat graumelierte Kopfhaare, Glase und graumelierten Schurrbart, blaue Augen, gebogene Nase und war bekleidet mit einem braunen und einem dunklen Jackett, dunkler Weste, schwarzer Hose, Tricotunterhose, weissem Hemd, grauen Strümpfen, braunem gestrickten Schal, weischwargestreiftem Halstuch und schwarzen Halbschuhen. Kennzeichen: auf der Wange zwei Schnarben. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, die Kriminalpolizei, Zimmer 326, oder einem Polizeibeamten zu den Adressen 180 IV 41 07 ihre Mitteilungen zu machen. Photographie der Leiche ist vorhanden.

Ein glücklicher Ausgang nahm ein Unglücksfall, der gestern nachmittag in der Frenzlauerstraße großes Aufsehen hervorrief. Der etwa 50jährige angelernte Gelegenheitsarbeiter Karl Linowski lag gegen 1/2 Uhr vor dem Hause Frenzlauerstraße 20 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnzug der Linie 61 auf dem Fahrdamm und rannte gegen die Betonwand der Vorderplattform. L. wurde zurückgeschleudert und blieb besinnungslos auf dem Straßenpflaster liegen. Der Arbeiter wurde mittels Krankenwagen nach der Unfallstation in der Weibelsstraße gebracht, wo festgestellt wurde, daß der Verunglückte nur leichte Hautabschürfungen erlitten hatte. Linowski, der obdachlos ist, wurde nach dem Polizeigewahrsam in der Alexanderstraße gebracht.

Arbeiter-Samariterkassone. Donnerstag, abends 9 Uhr, 4. Abteilung, für Lichtberg und Umgegend, Uebungsstunde bei Pickenhagen, Schornweberstr. 60. Vortrag über Verbrennungen, Erfrierungen, Hitzschlag, Mithschlag, Verätzungen durch Elektrizität. Vortragender Herr Dr. Hirschfeldt. Nachdem praktische Uebungen sowie Vorführung der Sauerstoffmaschine. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Stadtverordnetenwahl im Wilmerödorf.

Arbeiter, Parteigenossen! Am heutigen Tage nehmen die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse ihren Anfang. Wie notwendig es ist, daß auch die Sozialdemokratie in dem Dreiklassenparlament vertreten ist, haben wir Euch schon oft gezeigt. Die Gegner sehen alle Hebel in Bewegung, um auch in dem neuen Stadtparlament unter sich zu bleiben, ist ihnen doch die Sozialdemokratie und deren Politik ein Dorn im Auge, weil sie ihre Vetterwirtschaft in der Kommune durchkreuzt.

Dieserjenige Genossen, welche sich während der drei Wahltage tagsüber zur Arbeit verpflichtet haben, werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, sich am 16., 17., 18., vormittags um 8 1/2 Uhr in unserem Zentralwahlbureau, „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, einzufinden. Von hier aus wird dann die Befehung der einzelnen Abstimmungslokale bestimmt.

An alle übrigen Wahlvereinsmitglieder aber ergeht die dringende Aufforderung, sich am 17. und 18. von abends 6 Uhr ab in folgenden Lokalen einzufinden:

- Für den 1., 2. und 3. Abstimmungsbezirk (Halensee) bei Plaurer, Kurfürstendamm 137; 4. und 5. Abstimmungsbezirk bei Ratusch, Uhländstr. 71; 6., 7. und 8. Abstimmungsbezirk bei Scholz, Radobstr. 15; 9., 10., 11. u. 12. Abstimmungsbezirk bei Dron, Uhländ-, Ecke Gastenerstraße; 13. u. 14. Abstimmungsbezirk im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112; 15. und 16. Abstimmungsbezirk bei Fischer, Drucksalstraße, Ecke Durlacherstraße.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen: Maurer Hermann Behrendt, Buchdrucker Georg Heese, Stukkateur Otto Gladikow, Dachdecker Friedr. Henkel, Drechsler Emil Meiser, Maurer Friedr. Köpping, Bildhauer Friedr. Pieper, prakt. Arzt Dr. Karl Westphal.

Parteigenossen! Nun sei ein jeder der übernommenen Pflicht eingedenk. Keiner bleibe zurück. Sinein in die Wahlarbeit!

Röpenitz.

Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter wird uns geschrieben: Einen beachtenswerten Erfolg hat die gewerkschaftliche Verteidigung der städtischen Arbeiter unserer mittlerweise so verläumt gewordenen Gemeinde zu verzeichnen. Die hiesige Filiale des Verbandes der Gemeindearbeiter hat im Herbst vorigen Jahres eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in welcher neben der Errichtung eines Arbeiterauschusses auch die Umstellung verschiedener im Betriebe der Gasanstalt vorhandener Röhren verlangt wurde. Unsere damals auch im „Vorwärts“ veröffentlichte Kritik der sozialpolitischen Minderheit der Stadtverwaltung von Röpenitz scheint doch nicht ganz fruchtlos gewesen zu sein, denn dem Wunsch der städtischen Arbeiter auf Errichtung eines Arbeiterauschusses ist nunmehr Folge gegeben worden. Wenn die Bewilligung dieser Forderung mit einer etwas ängstlich aussehenden Ueberde vollzogen wird, so soll uns das nicht weiter stören. Der Magistrat sagt nämlich in seinem Schreiben: „Wir haben gegen einen Arbeiterauschuss, der freiwillig von den Arbeitern gewählt wird und der keinerlei Zwang auf sie ausübt, nichts einzuwenden. Sowohl wir wie die Betriebsverwaltung sind bereit, mit demselben, wenn er unter den genannten Bedingungen gewählt ist, zu verhandeln.“ — Bei einigen guten Willen der Betriebsleitung wird sich mit den Mitgliedern des zu wählenden Arbeiterauschusses recht gut auskommen lassen! — Von den übrigen bewilligten Punkten seien noch folgende mitgeteilt: Ein Speiseraum für die Gasarbeiter ist in Verwaltungsgebäude hergestellt worden. — Den Arbeitern die außerhalb des Werkbildes der Stadt arbeiten, wird das Fahrgehalt vergütet. — Für die Standaufnehmer werden Sicherheitslaternen und für die Außenarbeiter Regenpelimerne angeschafft. — Die Schaffung eines Unterkunftsraumes an der Werkstatt für Außenarbeiter soll zurzeit unmöglich sein, weil die Verwaltungen durch Vertrag noch bis 1. Oktober 1907 an den jetzigen Werkstattraum gebunden ist. Doch soll Ingeratenteil veranlo.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Scherz & Co., Berlin SW.

Bei einer Reumleitung die Schaffung eines Unterkunftsraumes vorzusehen werden. — Leider konnte sich die Gemeindeverwaltung nicht dazu aufschwingen, ähnlich anderen Städten, allen erkrankten Arbeitern die Differenz zwischen Krankengeld und zuletzt bezogenem Lohn zu zahlen; dagegen erklärt sich die Verwaltung bereit, in Fällen der Bedürftigkeit den Arbeitern während der Krankheil Zuschüsse in erforderlicher Höhe zu gewähren. — Es wird daher immer eines hohen politischen Verfahrens bedürfen, um die Feststellung zu machen, daß der „Geschickliche“ wirklich bei Ratiball am letzten angekommen ist, um ihn der helfenden Gnade des Köpenicker Stadtmagistrats teilhaftig werden zu lassen!

Potsdam.

Todessturz von der Treppe. Die im Hause Jägerstraße 12 wohnhafte 53jährige Frau Marie Brandt stürzte am Sonnabend vormittag beim Schauern der 10stufigen Handtreppe von der Mitte derselben herab und zog sich schwere Verletzungen an der rechten Schläfe, an der Nase und am Auge zu. Hausbewohner, die sie in stehender Stellung bewusstlos aufanden, brachten sie nach ihrer Wohnung, wo sie ohne Bewußtsein 2 1/2 Uhr nachmittags ihren Verletzungen erlag. Die Tote hinterläßt neun erwachsene Kinder. Man nimmt an, daß sie in einem plötzlichen Schwindelanfall das Gleichgewicht verlor und herabstürzte.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein: Gutenberg d. P. 9.—, Berllstätt Stad u. Co. 16.—, Vereinte Sangesbrüder Noabit 50.00, Arbeiter d. Gieserei Hausfeld, Stralau 5.00, Gehülfen der Malerwerkstatt Viktor Schmieder 5.50, Kollegen der Drechserei E. Seeger, Groß-Pichterfelde 3.05, Von den H-Brüdern 20.—, Patienten der Heilstätte Weich B I 21.—, Radfahrerverein „Vorwärts“ Tempelhof-Mariendorf 10.—, Mitglieder vom Fahrpersonal der Schloßbrauerei Schöneberg, Sektion II des Brauereiarbeiterverb. 22.—, Charlottenburger junge Garde 4.65, Werkstelle der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer 8.—, Arbeiter-Rauherbund Berlins und Umgegend 100.—, Verbandsmitglieder der Buchdruckerei A. Seydel u. Co. 12.20, Streikende von Siemens u. Halske, Kontrolle Schlef.-Bahnhof 10.65, Gesamtpersonal d. Buchdr. v. Maurer u. Dimmig, 2. Rate 7.50, Personal der Buchdruckerei F. A. Günther u. Sohn 14.75, B. K. 2.—, Zentralverband der Bildhauermeister, Dybowskiverwaltung Berlin 50.—, Summa 365.30 M. Vereits quittiert 13 039.60 M. Summa 13 405.29 M. Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegengenommen.

Vermischtes.

Ein Bankdirektor erschossen. Der Direktor der Lübecker Commerzbank, Schüler, Vorsitzender des Lübecker Bürgerausschusses und früherer Reichstagsabgeordneter für Lübeck, wurde gestern auf offener Straße von der ehemaligen Wäscherin seiner geisteskranken Frau, einem Kräulein Veltz Schulz, erschossen. Die Täterin erschöpfte sich dann selbst.

Der gestrandete Dampfer. Ueber die Strandung des Dampfers „Lucie Boermann“ erhielt die Reederei aus Rome ein Telegramm vom gestrigen Tage, nach welchem der Schleppversuch durch den Dampfer „Sons Boermann“ erfolglos geblieben ist. Heute werden „Alexandra Boermann“ und „Henriette Boermann“ gemeinsam einen Abschleppversuch machen. Das gestrandete Schiff ist noch dicht, die Lage ist unverändert.

Eine Gasexplosion. In Posen erfolgte gestern nacht um 1/2 Uhr in dem Gasometerhaus der städtischen Gasanstalt eine heftige Explosion. Das Gebäude ist vollständig zertrümmert, auch die Nachbargebäude sind stark beschädigt. Auf der Graben- und Dammstraße wurden durch den Luftdruck fast alle Fensterscheiben und mehrere Türen eingedrückt und auch in einigen Wohnungen Vermisungen angerichtet. Vier Personen erlitten keine Verletzungen, hauptsächlich durch Glasplitter. Die Ursache der Explosion ist bis jetzt unbekannt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Nummer 2 des „**Büchischen Postillon**“ sandte uns der Verlag R. Ernst in München. Ein schönfarbiges Bildhild voll Leben und Auffassung gibt R. E. in seinem „Die Schmaroger“, dem E. R. den poetischen Balaust aus „Wir wählten rot“, folgen läßt. E. V. bringt eine ausdrucksvolle Zeichnung „Reichsamerzer“ mit gutem Blick. Im farbigen Schilde präsentiert R. E. die liberale Wahlparole und den Hülfsmittel im Contenten. Auch teglich bietet die Nummer reiche Auswahl und bleibende Auffassung der weiten Kreise der Proletarier: Die Unterwerfung der Korbelzwarte. — Zum Kampf (Geb.). — Wahlgeanten. — Jurefernung des Nobelpreises (Blatt.). — Staatslösung (Geb.). — Entladung (Geb.). — Der Dohle. — Studentische Wahlhilfe. — Vom Wahlkampf. — Keine Ueberbürdung (Blatt.). — Blum hatte einen Piepmatz (Geb.). — Krähmüller Landsturm

Berliner Marktpreise. Was dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion (Großhandel) Rückblick Ia 70-75 pr. 100 Pfd., Ia 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56, Kaffeebohnen, Doppelsänder 120-135, Ia 58-65, IIIa 58-65, IVa 58-65, Kaffeebohnen, Doppelsänder Ia 67-75, IIa 52-65, Schweinefleisch 53-62, Rehwild Ia pr. Pfd. 0.65, IIIa 0.00-0.00, Rehwild Ia 0.30-0.46, IIa 0.30-0.35, da. Kalber 0.30-0.44, Danmüll 0.40-0.45, da. Kalber 0.45-0.55, Büchschweine 0.30-0.45, Ferkel 0.00-0.00, Golen per Stück 2.50-2.65, da. klein und IIa 2-2.40, Rindfleisch per Stück 0.50-0.60, Wiederkäuer per Stück 1.20, Hühner, alte per Stück 1.50-2.00, da. IIa 1.10-1.40, da. junge per Stück 1.10-1.75, Tauben per Stück 0.50-0.60, junge keine 0.00, italienische 1.00, Enten per Stück 2.00-2.80, Hamburger junge per Stück 0.00, Gänse, Oberländer, per Pfd. 0.00, da. Hamburger pr. Pfd. 1.00, Gänse, 0.57-0.58, Gänse per 100 Pfd. 78-82, mittel 0.00, Hender 0.00, Hatt 101, Schiele, groß 0.00, unsort. 0.00, mittel 0.00, viele 28-29, kleine 27, groß 0.00, mittel 0.00, klein und mittel 0.00, unsortiert 0.00, Wägen 25-30, Karren, 10er 0.00, da. 30-35er 0.00, da. unsortiert 0.00, 50-80er 0.00, 80-100er 0.00, Karren, 10er 0.00, Karren 0.00, Viehische 0.00, Weis 0.00, Bunte Röhre 0.00, Amerikaner Röhre Ia neuer per 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75, Ercelachs 20-25, Sprossen, Meier, Ball 0.75-1.25, Danziger, Ball 0.80, Hundern, Meier, Stiege Ia 4-6, da. mittel per Riste 2-3, Hamb. Stiege 4-5, halbe Riste 1.50-2, Bälgen, per Ball Meier 3.50-5.00, Stralauer 0.00, Kalle, groß per Pfd. 1.10-1.30, mittelgroß 0.80-1.00, klein 0.50-0.80, Deringe der Schod 4-5, Schellische Riste 3-4.00, da. 1/2 Riste 2.00, Rabblau, p. 100 Pfd. 20-25, Heilbrunn 0.00, Sordelien, 1902er per Kasser 33, 1903er 33, 1904er 33, 1905er 33-35, Schottische Polsteringe per 100 Pfd. 130-140, fall. 30-38, mod. 35-45, heutzutage 37-44, Deringe, neue Röhre, per 1/2, 20-120, Erdbeeren, russ., Pfd. 1.50-1.60, Brauerlinge, Röhre (4 Liter) 1.50-1.75, Neumannen, Schodschaf 11, keine 5-6, Meisen 14, Gummern, keine, per Pfd. 0.00, Strohle, per Schod, große 0.00, mittel 0.00, kleine 0.00, unsort. 0.00, Gulliger, groß 0.00, mittel 0.00, Ger. Land, per Schod 4.75-5.25, Butter per 100 Pfd. Ia 114-120, IIa 110-115, IIIa 108-112, abfallende 90-100, Saure Sauren Schod 3.50-4.00, Westerröhren 3.50-4.00, Kaffeebohnen per 100 Pfd. 0.00, magnum bonum 2.10-2.25, Dabersche 2.10-2.25, Rosen 0.00, weisse 1.75-2.00, Salzfarrerstein 5.00-6.00, Spinat per 100 Pfd. 6-10, Karotten per 100 Pfd. 10-12, Zerknie, fleische, per Schod 2.00-3.00, da. pomerische 3.00-6.00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 1.25-1.00, da. kleine 2.00-2.50, da. fleische (Perl-) 0.00, Charlotten 0.00, Petersilien, grün, Schodband 2.00, Rohkost per Schod 0.00, Meitka, lauz., per Schod 2.40-4.80, Radischeen per Schodband 0.00, Salat, per Schod 0.00, da. Escarole, per Rindell 0.00, da. Endivien 0.00, Kohlraben per 100 Pfd. 2.50-3.00, Teufelwer Rindern per 100 Pfd. 8-10, fleische Rindern, große 2-2.50, keine 6-8, Rote Rindern 2-3, Blumenkohl hell, per Kopf 0.00, Ital. per Kopf 0.17-0.20, Kürbis, per Schod 3.00-6.00, Kartoffeln p. Schod 3.00-8.00, Weizkohl 100 Pfd. 2.00-2.50, Rosenkohl p. 100 Pfd. 10-25, Grünkohl per 100 Pfd. 1-3, Spitzkohl 12 Röhre 4-4.50, Kohlraben, Schod 2.00, Rindern 0.00, Birnen, per 100 Pfd. fleische 7-10, röhrichte 8-20, Kefel, per 100 Pfd. fleische 6-32, Gravensteiner 0.00, Tröler in Röhren 0.00, Riste 30-60, Amerik. 12-30, Röhren, Weisina, 200 Stück 6.00-10.00, 300 Stück 8.00-9.00, 200 Stück 9-13, Röhren, Weisina, per Riste 0-00, Murcia 200er Riste 6-10, da. 300er 7-11, Valencia 430er Riste 10-16, da. 714 er 18-20, Weisina, Stat-100er 10, da. 150er 10.50, da. 80er 9.50

Die russische Revolution.

Das Vorspiel zur Wahl.

Nach dem Wahlgesehe muß die Abhaltung von Versammlungen den Wählern gestattet werden. Die Periode dieser Vorversammlungen ist durch einen Tagesbefehl eröffnet, den der stellvertretende Petersburger Stadthauptmann am 9. Januar an die Polizei der Hauptstadt gerichtet hat.

Man sieht, daß dem Ermessen der Polizeibeamten ein sehr weiter Spielraum gewährt wird. Sie können jede Äußerung verbieten, die sich nicht direkt auf die Person der Kandidaten bezieht.

Der Allrussische Eisenbahnerverband.

Wie vom Zentralbureau des Allrussischen Eisenbahnerverbandes mitgeteilt wird, haben alle Lokalkomitees, die der Verbandsorganisation angehören, die Ueberzeugung ausgesprochen, daß nur Vertreter der sozialistischen Parteien (Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Volkssozialistische) und der ihnen nahestehenden Organisationen (Arbeitsgruppe, Bauernverband) in der neuen Duma wirklich die Interessen der Arbeitenden zum Ausdruck bringen können.

Gerichts-Zeitung.

Mehrere Einbruchsdiebstähle führten den ehemaligen Fabrikarbeiter von Thielern gestern auf die Anklagebank der dritten Strafkammer des Landgerichts II. Der erst 22 Jahre alte Angeklagte ist in Langensalza geboren und der Sohn eines Oberleutnants.

Der erste Straffenat des Kammergerichts unter Vorsitz des Kammergerichtsrats Dr. Kroneder verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Es möge dahingestellt bleiben, ob die Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts, daß die Maßfeier als Erörterungsgegenstand in Arbeiterverbänden stets ein politischer Gegenstand sei, in ihrer Allgemeinheit zutrefte.

Berlin zu Fuß zurückgelegt — nichts übrig geblieben, als zu Stehlen. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Bestrafte Nachlässigkeit der Stadtgemeinde Soldin.

Bei einer Straffenkung in Soldin hatte man die Straffenrinnen, mit einem Kohlenbelag versehen, weitergeführt. Dieser Kohlenbelag ragte bis zu einem Drittel in das Niveau des Bürgersteiges hinein. Eine der stehenden Wahlen war durch die Länge der Zeit untauglich geworden und zog sich von Zeit zu Zeit krumm, so daß die beiden Enden emporstanden.

Das Landgericht Landsberg a. B. erkannte den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Dahingegen änderte das Kammergericht zu Berlin auf die Berufung der Beklagten Stadtgemeinde das erstinstanzliche Urteil dahin ab, daß es den Klageanspruch nur der Hälfte nach für gerechtfertigt erklärte.

Gegen dieses Urteil hatten beide Parteien Revision eingelegt, und hob der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts das Urteil auf die Revision des Klägers hin auf und erkannte vollständig zu dessen Gunsten, während die Revision der Stadtgemeinde zurückgewiesen wurde.

Macht die Besprechung der Maßfeier eine Werkstättenversammlung anmeldspflichtig?

Wie feiern wir den 1. Mai? so lautete der zweite Punkt der Tagesordnung einer Werkstättenversammlung der Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Garbath, die im April vorigen Jahres stattfand. Der Arbeiter Hoffmann meldete sich zu diesem Punkte und verlangte die Nichtbeachtung der Maßfeier, da diese eine selbständige Handlungswelt und Kraftprobe der Sozialdemokratie sei.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Der erste Straffenat des Kammergerichts unter Vorsitz des Kammergerichtsrats Dr. Kroneder verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Es möge dahingestellt bleiben, ob die Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts, daß die Maßfeier als Erörterungsgegenstand in Arbeiterverbänden stets ein politischer Gegenstand sei, in ihrer Allgemeinheit zutrefte.

Die Fördermaschine eines Bergwerks als haftpflichtiger Verkehrshörer.

Der Fabrikbesitzer C. von Borna hatte einen Bekannten nach der Zechen „Victoria“ gefahren und fuhr mit dem Wagen vor der Fabrik hin und her, um auf seinen Wagt zu warten. Plötzlich stieß die Fördermaschine, wie gewöhnlich, den Dampf aus und kostbar, indem er behauptete, daß durch diese überlauten Geräusche für die dem Führerbesitzer hierdurch entstehenden Schädigungen machte dieser die Gewerkschaft der Zechen „Victoria“ haftbar, indem er behauptete, daß durch diese überlauten Geräusche der Fördermaschine eine Gefährdung des Verkehrs hervorgerufen würde, für welche die Beklagte verantwortlich sei.

Das Landgericht Leipzig nahm an, daß eine solche Gefährdung des Verkehrs vorgelegen habe, die den Vertretern der

Beklagten nicht hätte entgegen können und verurteilte deshalb die Beklagte dem Grunde nach, indem sie das eigene Verschulden des Klägers verneinte. Das Oberlandesgericht Dresden urteilte auf die Berufung der Beklagten im wesentlichen im Sinne des ersten Richters; erkannte jedoch betreffend das eigene Verschulden des Klägers auf Erbringung des Beweises dafür, daß ihm die Fördermaschine der Beklagten und das Dampfanklofen derselben nicht bekannt war, anderenfalls grobe Fahrlässigkeit angenommen werden müßte, und der Anspruch dem Grunde nach nur zur Hälfte als gerechtfertigt anerkannt werden könne.

Die beklagte Gewerkschaft machte in einer Revision geltend, daß die Ansprache ein zu nach Lage der Sache überhöht sei. Der gestiegene Verkehr bringe stets Gefahren mit sich, die nicht absolut zu beseitigen sind. Es hätte der Fuhrmann, der bei den Bergwerken verkehrte, sich um die Geräusche derselben kümmern müssen, und hätte dann absteigen und die Pferde am Kopf halten können. Die Revision hatte aber keinen Erfolg, sie wurde vom sechsten Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Haub des eigenen Kindes.

Der am 28. Juni 1880 zu Buzlau geborene Stukateur Bruno Reimann, Krüffelestr. 18 wohnhaft, legt Wert darauf, festzustellen, daß er mit dem Bruno Reimann nicht identisch ist, über dessen Revision vor dem Reichsgericht am Donnerstag berichtet ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsbühnen-Sprechstunde, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefkasten und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Bruno W. Wir können eine und dieselbe Sache unendlich zweimal abdrucken. Sie finden das Genüßliche in dem im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Gedächtnisbänden „Jahre der Zeit“ von L. Uffen. (Preis 60 Pf.) — S. 37. 1. Wenn irgendwo keine Anerkennung und keine Einklang herrschen, hat ja 2. Wenn Sie innerhalb einer Woche nicht über den Bescheid, wird der Zahlungsbefehl für vollstreckbar erklärt. — S. 104. 1. Reim. 2. Sie müßten bei Gericht beantragen, Ihnen eine angemessene Frist zu bewilligen. In erster Reihe beantragen Sie Abweisung der Klage. 3. Ja. — S. 9. 2. 07. Ja. — S. 9. 15. Schließen Sie Ihren Fall und knüpfen Sie daran die Frage. — S. 10. Eine bestimmte Lage ist es nicht. Das Gericht billigt angemessene Gebühren zu. — S. 100. Reim. die Frage ist aber sehr bedenklich. — 111 S. Und sind die einzelnen Fassen nicht bekannt. Sie finden Sie im Adressenbuch II. Teil. — W. R. Reim. — Gelinath 2. Die Klage wäre auszuweisen. — S. 2. 100. In solchen Fällen erben nur die Eltern. — Forderung 72. 1. Lohnbeschlagnahme kann ausgeführt werden; wobei freizulassen ist, hat der Richter von Fall zu Fall zu bestimmen. 2. Unter allen Umständen erbt der Ehemann Beschlagnahme wäre zulässig. — W. R. 29. 1. Reim. 2. Nichts. Eine Klage auf Zahlung des vereinbarten Lohnes hätte in dem von Ihnen geschätzten Halle Aussicht auf Erfolg. — S. 2. 27. Und nicht bekannt. — S. 9. 10. Und nicht bekannt. — S. 2. 42. Werden Sie sich an die Redaktion. — S. 2. 1876. 1. Ja. 2. Amtsgericht Braunschweig. 3. Sie können eigenhändig ein Testament anfertigen, müssen aber die Formvorschriften beachten. Selbstes und Anfertigung hierzu finden Sie auf den letzten Seiten des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. — Steglitz 62. 1. Eine solche Lohnbeschlagnahme ist unzulässig. 2. Die Alimentenforderung geht vor. — Genosse im G. 3. 1. Eine Klage auf Herausgabe hat Aussicht auf Erfolg. 2. 16 Stimmen. — S. 3. Reim. Sie müssen sich aber vorher an die Polizeidirektion wenden. Dort wird Ihnen mitgeteilt, welche Bescheinigungen erforderlich sind, damit die Hofrecht eintritt. — S. 3. Reim. — S. 3. Und nicht bekannt. — S. 60. Das können Sie tun, wie Sie wollen. — S. 6. 46. Ja. — S. 21. Ja. — S. 6. 1907. Für den Antrag von 6 1/2 ist die Beifügung eines Anwalts erforderlich. Wird der Antrag vom Gericht abgelehnt, so entstehen 100 M. Gerichtskosten. — S. 100. Die Firma ist im Recht. — S. 15. 1. Straßer sind Sie nicht. Es wird vorausgesetzt, die Steuer für die beiden letzten Jahre gefordert werden. 2. In die Versicherungsanstalt, die auf der Karte genannt ist. — S. Lange. Ja. — S. 9. 10. Die Geburtsurkunde erhalten Sie vom Standesbeamten, wenden Sie sich an diesen. — Koppentruhe 94. Sie müßten nachweisen, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invaliditätsgesetzes vorliegt. Werden Sie sich an den Magistrat, Könnlicher Vort. — S. 124. 1. Sie können beide reklamieren. 2. Ja. 3. An die Reklamationskommission. — Van 8623. Ja. Sofern nicht dringliche Polizeiverordnungen dagegen stehen. — S. 2. 15. 1. Jeden kann seinen Teil bekommen. 2. Dem Schuldner, also dem Vater, ist zu klagen. — Nummer 2. Ja. — S. 9. 30. Die angeführten Bestimmungen sind kein Hindernis für die Erwerbung der Konzeption. — S. 2. 1. Erst muß geklagt werden. 2. Das Unentschiedene muß befallen werden. — R. Ja. — S. 1000. 1. und 2. Wenn Sie den Schaden nicht nicht leisten können, können Sie zwei Resten verhandelt werden. 3. und 4. Reim. — S. 3. 15. Reim. — Gefällig 15. 1. Reim. 2. Nur, wenn in der künftigen Zeit beide verheiratet haben. — Teife. Nergends. — W. R. 100. Die mündliche Vereinbarung entspricht dem Gesetz und ist gültig. — W. R. 100. Beantragen Sie Klage. Es eine strafbare Handlung vorliegt, ist auf Ihrer Darlegung nicht zu erkennen. — S. 6. 41. Die Bescheid ist der Ehe. — S. 8. 78. 1. Die Frau kann beschreiben. 2. Wird wegen Ehebruch geschieden, so können die beiden einander nicht beiraten. Auf Antrag kann das Gericht Dispens erteilen. — W. R. Eine Klage würde nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn Sie die von Ihnen behauptete Verabredung beweisen können und zur Weibel sich melden. — Wöter. Formulare erhalten Sie in der Buchhandlung von Hoffmann, Blumenstr. 14. — S. 3. 36. Die Vermittlung kann geklärt werden. — W. R. 3. 12. Werden Sie sich an eine zuständige Fabrik. Wir können nicht wissen, welchen Brenner Sie meinen. — S. 2. 1000. 1. und 2. Ja. — Paul R. 24. Jeder ist im Klagenwege dagegen nicht zu machen. — S. 6. 13. Ja. — W. R. 11. Reim. — S. 2. 101. 1. Reim. 2. Nichts. — Hoppem. Wir können Ihnen nur den Fall erteilen, sich an einen Arzt zu wenden. — Zwei aus Reim. 1. 1872. 2. Reim. — S. 2. 16. 1. Reim. 2. Werden Sie sich an einen Waffenhändler. — W. R. 200. Sie können dort wählen, wo Sie in der Liste eingetragen sind. — Blauer. Unklar! Der Betroffene hat nur eine Tochter. — S. 2. Charlottenburg. 200 Marken wären erforderlich, dem Betroffenen steht aber, so weit ersichtlich, eine Kante nicht zu, da er seinen Anspruch auf verjähren lassen. — W. 2. 36. Sie erben in beiden Fällen mit. — W. R. 12. Ist bei Darlehen eine Kündigungsfrist nicht vereinbart, so beträgt sie bei Darlehen von mehr als 300 M. drei Monate, bei Darlehen von geringerem Betrag einen Monat. Es müßte also zunächst gekündigt werden. — W. 15. Reim. — S. R. Rißdorf. Unverständlich! schuldern Sie den Sie betreffenden Fall. — S. 69. Sie sind nachberechtigt. — Brings 11. In der Regel liegt keine Krankenversicherungspflicht vor. Werden Sie sich an die Krankenkasse, eventuell an den Magistrat, Gewerbe-Deputation, Straßenerstr. 1-3. — 20 S. 3. Wenn ein vollständiges Verbleiben vorgelegen hat ja. — S. W. 82. Der Antrag auf Ertrag der Kosten ist bei Gericht zu stellen. Es steht bei Ihnen, im Termin zu beantragen, daß die Kosten dem Kläger auferlegt werden.

Witterungsbericht vom 15. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen.

Wetterprognose für Mittwoch, den 16. Januar 1907.

Nachts etwas kälter, am Tage mild, jedoch vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. Januar. Elbe bei Mülitz — Meter, bei Dresden — 45 Sp., bei Radeburg + 24 Meter. — Uckeritz bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Ratibor + 189 Meter. — Rheinebene + 268 Meter. — Oder bei Strig + 216 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 76 Meter.

Arbeiter - Radfahrer,

welche getötet sind, am Tage der Reichstagswahl Wahlhülfe zu leisten, werden gebeten, bis Donnerstag abend 8 Uhr ihre Adresse bei **Franz Viehr, Weinstraße 31** abzugeben.

11/3



Ich rate jeder Hausfrau nur den echten Auer-Glühstrumpf

DEGEA

zu verwenden.

Nur echt zu haben bei den Gasanstalten sowie allen Installations-Geschäften, welche unser Plakat mit dem roten Auer-Löwen führen.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft) BERLIN

Von unseren Weihnachtsprämien
Ferdinand Freiligrath's Werke
in 3 eleganten Leinenbänden gebunden
Fritz Reuter's sämmtl. Werke
illustrierte Ausgabe in 2 Bänden
Grillparzer's sämmtl. Werke
neueste illustrierte Ausgabe in 2 Bänden
ist noch ein kleiner Rest vorhanden, den wir noch zu dem billigen Preise von 3,- M. für jedes der drei abgeben.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Der Stolz der Familie sind gesunde Kinder, wie man sie durch eine rationelle Ernährung erhält. Wenn die Mutter das Kind nicht selbst stillen kann, so empfiehlt sich am besten die Darreichung von Kuhmilch mit Milch, welches die Milch leichter verdaulich macht und durch seinen Gehalt an Mineral- und Eiweißstoffen selbst die Knochen- und Muskelbildung auf das günstigste fördert. Diese rationelle Ernährung schont den Magen und verhindert dadurch das Auftreten von Magen- und Darmkrankheiten, kann aber auch bei schwacher Verdauung, Magen- und Darmkrankheiten mit Vorteil weiter gegeben werden.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn D. Bürger.
Jeden Mittwoch: 36612*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Leihbibliothek
A. Jandorf & Co. EX-LIBRIS
Kottbuser-Damm 1-2.

Lese-Bedingungen.

Die Abonnements können mit jedem Tage begonnen werden. Der Leser hat die Berechtigung, die Bücher jeden Tag zu wechseln.

Für hiesige Leser	bei 1 Band	bei 2 Bdn.	bei 3 Bdn.	bei 4 Bdn.
Pro Monat . . .	1.20	1.60	2.00	2.40
„ Vierteljahr	2.40	3.20	4.00	4.80
„ Halbjahr .	3.75	4.80	6.00	7.20
„ Jahr	5.00	6.50	8.00	9.60

Als besonderes Entgegenkommen für diejenigen Leser, welche ein Abonnement nicht ausnützen können, verabfolgen wir Lesekarten mit unbeschränkter Gültigkeit für einzelne Bände. Diese Lesekarten bestehen aus 10 Marken à 15 Pf. und berechtigt jede einzelne Marke zur Entnahme eines Bandes für die Dauer einer Woche.

Unkl. untersucht, unverfälscht 1906er
Weiß- u. Rotwein 58 Pf.
pr. Hl. u. 60 Pf. pr. Hl. mit Glas.
Käffer u. 30 Pf., Kisten u. 12 Pf. an.
Probefläße 6 weiß, 6 rot. Weinzeit
Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 88.

1906er Hühner,
garantiert fleischigste Legeh-, Enten-,
Zanden-, Puten-, Brantputen
empfiehlt F. Wegner, Berlin SO.,
Parlamentstr. 34. 7/9*

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Crabb.
Ter. Weg. Brand, Gehrold
1.50, Dose 1.00, Beste 50 Pf.
Prack Masken-Garderobe
Karl Ernst,
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Berzelger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1+

Teppiche mit Farbenschemeln Habermiedeckel Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Steppdecken billig Jodrit Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Teppiche (leiderlos) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Paderloher Markt 4, Bahnhofs Böde. 205/2*

Steppdecken (spottbillig) Jodrit Große Frankfurterstraße 60. 2167R*

Federbetten, breiter Stand, 30 Mark, auch Bettstelle. Dresdenstraße 38, vorn II links. 7/14*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hüten, Kostüme, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Lude, Dranienstraße 131. 8825*

Bronzegastronen !! Gasgastrolampen 9,00, Gaslynen 1 1/2, Solongastronen 15,00! Gasheizapparate, Petroleumöfen (spottbillig) Wohnhaus, Wallnertheaterstraße 32. 2178R*

Damenjackets, Kostüme, Hüten, Abendmantele (Reisemobele), teils aus Seide, durchweg 9 Mark. Kosten eleganter Steppdecken, durchweg 3,75. Julius Reumann, Bellealliancestraße 105. 2184R

Eine vollständige Restaurations-Einrichtung billig zu verkaufen. Hauptgegenstände: 1 Labentisch mit zweifachem Bierapparat, 1 Spiegelrepositorium, 98 Lokalstühle, 15 Lokalstühle, 1 Spielautomat, 1 Klavier, 1 Billard mit 12 Bällen, 1 Saalstempel mit Unterlag und eine vollständige Keller-Einrichtung inklusive 5 Tagen Weibler. Zu erfragen in der Partei-Buchhandlung: G. Köppen, Spandau, Nagowstraße 9. 904b

Kanarienhähne, Weißhän, Eierfisch, Kramer, Vohlagenerstraße 11.

Kanarienvögel, Zuchtweibchen, billig Alexanderstraße 12. 215/18

Kanarienhähne, Weißhän, viel- fach prämiert. Krebs, Köpenickerstraße 154a. 2040R*

Kanarienhähne und Weißhän verkauft Bringschmittenstraße 12 III. nfr. 840b

Junge schwarze Spitze verkauft Kempfer, Doppelnerstraße 45. 720

Geislof, voller Scham, passend für Genossen, frankheitshalber verläßlich. Brauereihülse. Vertreter Daxl, Dranienstraße 209. 720

Konstituten, NW, verkauft Tiefenbach, Petersburgerstraße 84. Passend für einzelne Leute. 740

Beiten, verschiedene Möbel, Tisch- garnitur, Sofa, elegante Steppdecken, Tischdecken, Liebergarden, Säulen-trumeau billig veräußert Gaussestraße, Eingang Schwarztopfstraße 26/27. Hartzel. 908b

Nähmaschinen, mehrere Singer- modellen 40,00, Ringschiffchen, labellos, 25,00, verkauft Reichardt, Landsbergerstraße 12. 906b

Defillation, gutgehend, günstig für Parteilosen, billig veräußert. Reichenbergerstraße 73a. 720

Schiffstoffe, billig, Eberwälder- straße 16, Reimers. 899b

Monatsanzüge und Winter- paletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hüten von 1,50, Gehrosanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpente Figuren. Keine Garderobe zu Hause billigen Preisen, aus Handbleihen verfertigte Sachen laufen man am billigsten bei Koch, Rudolfstraße 14. 896b*

Parteilokal, Restauration - Defillation, keine Küche, täglich 1/2, Bier, viel Schnaps, wegen Krankheit zu verkaufen. Zu erfragen Münchener Brauhaus. 785*

Blüschhofa, Vertiko, Spiegel, Stühle umständlicher billig. Rixdorf, Berlinerstraße 23, Seitenhügel I links. 711b

Möbelfabrikerei (spottbillig) oder abvermieteten Schulstraße 3. 785

Milchgeschäft zu verkaufen Selchomerstraße 9. 7117*

Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Volkarte. Brauser, Lütznerstraße 90. 739

Verschiedenes.

Volkswagen-Gesellschaft Schmelzer, Gndrich, Balg, Mantelstraße 41.

Komiker Holz, Gropiusstraße 6. 855b*

Patentanwalt Weigel, Gropiusstraße 9a. 927b*

Kunstschneiderei von Frau Kofas, Charlottenburg, Goethestraße 84. I. 121

Rixdorf, Neues Festale, Anese- bedstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parteilokal (600 Personen). Sonntags Ball. 7117*

Pfandheine kauft Pfandleihe Bringenstraße 63. 5114*

Saal! Sonnabende, 9. Februar, März frei. Annenstraße 16. 216/2*

Bücher kauft, beilicht Antiquariat Kochstraße 36, I. 1872R

Saal, 150 Personen, Sonnabende frei, vergibt Adolf Schäfer, Bräuverei-ausschank Wilmers, Schönhauser Allee. 5114*

Wachanzug Koppert, Wille-Verlag, Gartenstraße 15, Leibnizstraße 0,10, 4 Handbücher 0,10, Abholung Sonnabende. 2191R

Empfehle zu benachbarten Masten- und Kostümleuten meine reichhaltige Modengarderobe, Freiheit, Königin der Nacht, Regenbogen usw. zu billigen Preisen. Schönhauser Allee 28, Schülz. 895b

Tischler, 10 tüchtige, zur Gründung einer Genossenschaft, gute Arbeit, Einlage 1500. Offerten Expedition, Bringenstraße 31. 773

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Uhlenbergstraße 9. 7/16*

Volkswagen-Gesellschaft Ante, Eisenmühlstraße 17, Ostern frei.

Vereinshaus, Invalidenstr. 146, Saal für Vereine, Gesellschaften einige Tage, auch Sonnabende, zu vergeben.

Vermietungen.

Restaurationsräume mit Wohnung, I. April 1907, vermietet Quilowstraße 105. 779

Wohnungen.

Wartstraße 63, 64 (Bahnhof) Hermannstraße), sofort und später Läden mit Wohnungen, 1 und 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon, Erker. 817b*

Endenauerstraße 36, 37, 38 billige Wohnungen sofort und ersten April. 817b*

Zimmer.

Zandereb, möbliertes Zimmer, allein, billig. Schöneberg, Belgierstraße 18, Seitenhügel I Trepp. 855b*

Möbliertes Zimmer 15,00, sofortigen Parteilosen, Stolpstraße 59, Duergerstraße III rechts. 763

Leeres, zweistöckiges Zimmer, Berend, Köpenickerstraße 3. 121

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang II links. 590b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stubbschreiber bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. K. Götzler, Rudolfstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Kunstmaler, selbständige, verlangt Schloßerstraße 97. 881b*

Paier auf Einzahlung werden verlangt. Spandau, Pilsenerstraße 10, Neubau. 905b

Silberschleifer, tüchtiger, für Band und Fuhrpad sofort gesucht. Adressen unter E. T. 1033* Rudolfstraße 10, Neubau. 7/15

Bildereinrahmer, tüchtige, verlangt Lehner, Alexanderstraße 23/24. 905b

Ein tüchtiger Kochmacher auf Gehalt und Fuhrpad findet dauernde Beschäftigung bei E. Hauschild, Spandau. 2190R

Fliesengeschäft sucht für ihr Lager brandschändigen Lagerverwalter zum sofortigen Eintritt. Gefällige Offerten unter „C. 1“ an die Expedition dieses Blattes. 903b*

Zattler, auf Treibriemen eingearbeitet, verlangt Friedrich Reiche jun., Köpenickerstraße 48/49. 900b

Ein Fleischer verlangt, große Arbeit, G. Nagat, Ackerstraße 159.

Zigaretten-Arbeiterinnen verlangt Sen-Schira, Greifenhagenstraße 14.

Womfels, Jadedis, Scheel, Kuppelstraße 10. 897b

Knochenanzüge, Werkstätten finden dauernde Beschäftigung bei hohen Löhnen auf Gehalt, mittel und billigen Genre. Probearbeit erwünscht. G. u. H. Jacobs, Gertraudenstraße 24. 212/3

Gesucht für den 1. März oder schon früher einen tüchtigen Expedienten und erfahrenen Geschäftsführer für die „Saarwacht“, Saarbrücken-St. Johann. Anfangsgehalt 150 M. monatlich. - Bewerbungen sind zu richten an **Johann Leimpeters, Malstatt (Saar) Gerberstr. 3.** 3672R*

Manfells auf Kostüme verlangt Bialock, Barutherstraße 17 I. 901b

Knochenwaschlösen-Arbeiterinnen erhalten dauernde Beschäftigung und hohe Löhne, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Mark per Tag. Probearbeit erwünscht. G. u. H. Jacobs, Gertraudenstraße 24. 884b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Stimmer für Harmonikas verlangt Kalbe, Gropiusstr. 13. *

Plakatmaler
auf Ladstraße zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen von 6-7 Uhr abends im Hauptkontor IV. Etage. **A. Jandorf & Co.,** Bellealliancestraße 1-2.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Andreasstr. 32 und Grüner Weg 79, die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswille sucht, ist nach 14-tägigem Streik die **Sperre dauernd** verhängt. 141/16*
Zusatz streng fernhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!
Die gelehrte Firma **A. M. Berndt & Co.** in Wilmersdorf, Hildegardstraße 15, führt jetzt folgende Bauten aus:
Charlottenburg, Dernburgstr. 47 und **Suarezstr. 3;** dieselben sind strengstens zu meiden, sämtliche Bauhandwerker werden ersucht dieses zu beachten. 212/3
Die Verbandsleitung.

Gesucht für den 1. März oder schon früher einen tüchtigen Expedienten und erfahrenen Geschäftsführer für die „Saarwacht“, Saarbrücken-St. Johann. Anfangsgehalt 150 M. monatlich. - Bewerbungen sind zu richten an **Johann Leimpeters, Malstatt (Saar) Gerberstr. 3.** 3672R*

Stukkateure.
Die Firma **Wilhelm Denner, Reinickendorf,** bleibt wegen Regenergung nach wie vor 173/2*
gesperrt!
Zentralverband der Stukkateure Deutschlands. Filiale Berlin, Ortsverwaltung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
Fris Jinte, Bauerstr. 89.
H. Bahusch, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Bismarckstr. 52.
Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wenzel, Rübensdorferstr. 3.
Gustav Bogel, Kopenickerstr. 83.
Nordosten:
L. Jucht, Reibstr. 42.
J. Meul, Barnimstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Ackerstr. 36.
H. Trapp, Mühlentstr. 24.
Karl Mars, Köpenickerstr. 123.
Karl Weiche, Wilmersstr. 41/42.
L. Dehnb, Röhrenstr. 24.
H. Vogel, Röhrenstr. 37.
H. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidenstr. 8.
W. Scholle, Gropiusstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Rittenmühlstr. 30.
H. Schröder, Gropiusstr. 27.
Süden:
St. Fris, Bringenstr. 31.
F. Garschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Anhalter Platz 14/15.
P. Horst, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Schandberg, Seifenheimestr. 1.
Friedrichsberg:
C. Seitel, Kronprinzstr. 50.
Rixdorf:
W. Heinrich, Redaerstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg:
H. Rosentrang, Alt-Borghagen 56.
Schöneberg:
Willy Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
H. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schilfert, König-Chauffee 39a.
Reinickendorf:
P. Gurich, Wroningstr. 108.